



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Eine neue Logik des Regierens?

Kulturpolitik zwischen emanzipativer Selbstbestimmung und neoliberalen
Regierungstechniken am Beispiel Netznetz

Barbara Essig

angestrebter akademischer Grad
Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im April 2009

Studienkennzahl laut Studienblatt:
Studienrichtung laut Studienblatt:
Betreuer:

A300
Politikwissenschaft
Dr. Wolfgang Dietrich

L'activité politique est celle qui déplace un corps du lieu qui lui était assigné ou change la destination d'un lieu; elle fait voir ce qui n'avait pas lieu d'être vu, fait entendre comme discours ce qui n'était entendu que comme bruit. [...] Spectaculaire ou non, l'activité politique est toujours un mode de manifestation qui défait les partages sensibles de l'ordre policier par la mise en acte d'une présupposition qui lui est par principe hétérogène, celle d'une part des sans-part, laquelle manifeste elle-même, en dernière instance, la pure contingence de l'ordre, l'égalité de n'importe quel être parlant avec n'importe quel autre être parlant.

[Jacques Rancière – La méfiance]

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG.....	1
1.1. VERHÄLTNIS ZUM THEMA - PERSPEKTIVENBILDUNG.....	1
1.2. FRAGESTELLUNG UND AUFBAU.....	2
1.3. METHODE.....	4
1.4. STATE OF THE ART.....	4
2. ZUR KULTURPOLITISCHEN LAGE IN ÖSTERREICH.....	9
2.1. 1945 – 1970 KONSERVATIVISMUS UND DIE KONSTRUKTION DER „KULTURNATION ÖSTERREICH“	10
2.2. 1970 – 1986 UTOPIE VERSUS KONTINUITÄT.....	11
2.3. 1987 – 1999 NEOLIBERALIE UMSTRUKTURIERUNGEN UND DER ANFANG VON MEDIENKUNST.....	13
2.4. SEIT 2000 „DIE HAND, DIE FÜTTERT, BEISST MAN NICHT“ ⁴²	18
2.5. VORSCHLÄGE ZUR REFORM DER KULTURPOLITIK UM DIE JAHRTAUSENDWENDE ..	21
2.5.1. Weißbuch.....	21
2.5.2. organisierte Kreativität.....	24
2.5.3. sektor3/kultur.....	25
2.6. DIE PUBLIC NETBASE.....	27
2.6.1 im Konflikt mit den Hegemonen.....	27
2.6.2. ... und einem repräsentativen, kulturwirtschaftlichen Kunstverständnis.....	29
3. NETZNETZ.....	33
3.1. WER IST NETZNETZ?.....	33
3.2. INTERNE ORGANISATION.....	37
3.3. DIE VERSCHIEDENEN WAHLMODELLE.....	42
3.3.1. In Peanuts We Trust.....	42
3.3.2. Mana Community Game.....	45
3.3.3. SuperTrust.....	46
3.3.4. Änderungen im Dezember 2007.....	48

3.3.5. ihre Gemeinsamkeiten.....	49
3.3.6. ...und Probleme.....	50
3.4. VERHÄLTNIS ZUM HEGEMON.....	51
3.4.1. Exkurs: Hybrid Cultures. Practices in Cultural Industries.....	52
3.4.2. Initiative zum Fördermodell.....	53
3.4.3. finanzielle Rahmenbedingungen.....	55
3.4.4. hegemoniale Einflussnahme.....	56
3.4.5. Netznetz als Kontrollinstrument der Stadtregierung - Zusammenarbeit mit der SPÖ.....	60

4. NEOLIBERALE GOUVERNEMENTALITÄT – BASISDEMOKRATISCHE SELBSTBESTIMMUNG.....65

4.1. REGIERUNG UND GOUVERNEMENTALITÄT NACH FOUCAULT.....	65
4.1.1. christliches Pastorat.....	66
4.1.2. Staatsräson.....	66
4.1.3. Mittel und Instrumente der Staatsräson.....	67
4.1.3.1. diplomatisch- militärisches Dispositiv.....	67
4.1.3.2. Dispositiv der Polizei.....	68
4.1.4. Die Bevölkerung und der Beginn des Übergangs vom Polizeistaat zum Liberalismus.....	69
4.1.5. Liberalismus.....	70
4.1.5.1. Selbstbegrenzung der Regierung.....	71
4.1.5.2. Die politische Ökonomie als Wissenschaft des Staates und als Mittel zu dessen Selbstbegrenzung.....	72
4.1.5.3. Freiheit und Sicherheit im Liberalismus.....	73
4.1.6. Neoliberalismus.....	73
4.1.6.1. deutscher Neoliberalismus.....	74
4.1.6.1.1. vom natürlichen Tausch zum künstlichen Wettbewerb.....	74
4.1.6.1.2. verminderte wirtschaftliche, erweiterte gesellschaftliche Kontrolle.....	75
4.1.6.1.3. von der Idee einer Egalisierung zur Mindestsicherung.....	75
4.1.6.1.4. Regierung und Gesellschaft.....	76
4.1.6.2. US-amerikanischer Neoliberalismus.....	76
4.1.6.2.1. Humankapital.....	77
4.1.6.2.2. Neoliberalismus als allumfassendes und regierungsunterwerfendes Prinzip.....	77
4.1.6.3. Homo oeconomicus und neoliberale Gesellschaft	78
4.2. VON DER GOUVERNEMENTALITÄT ZUR GOUVERNANCE.....	79
4.2.1. Zivilgesellschaft.....	81
4.2.2. Communities.....	82
4.3. SELBSTBESTIMMUNG, DIREKTE DEMOKRATIE, BASISDEMOKRATIE.....	83
4.3.1. Selbstbestimmung, Selbstbestimmungsrecht, Selbstverwaltung.....	83
4.3.2. direkte Demokratie.....	85
4.3.2.1. Rätedemokratie.....	85
4.3.3. Basisdemokratie.....	86
4.3.3.1. Basisdemokratie als Partizipationsanspruch.....	86
4.3.3.2. Basisdemokratie als Organisationsmodell.....	87
4.3.3.2.1. historische Beispiele basisdemokratischer Binnenorganisation.....	89
4.3.3.3. Institutionalisierungsgefahr?.....	90

5. ANALYSE.....	91
5.1. SELBSTBESTIMMUNG, DIREKTE DEMOKRATIE, BASISDEMOKRATIE.....	91
5.1.1. Selbstbestimmung, Selbstbestimmungsrecht, Selbstverwaltung.....	91
5.1.2. direkte Demokratie.....	94
5.1.3. Basisdemokratie.....	94
5.2. GOUVERNEMENTALITÄT, GOUVERNANCE, ZIVILGESELLSCHAFT.....	96
5.2.1. Gouvernamentalität des (Neo)liberalsimus.....	96
5.2.1.1. Selbstverständnis der Regierung.....	97
5.2.1.2. Wettbewerb.....	98
5.2.1.3. Humankapital und homo oeconomicus.....	99
5.2.2. Gouvernance.....	100
5.2.2.1. Zivilgesellschaft.....	102
5.2.2.2. Communities.....	104
5.3. KULTURPOLITIK DES 21. JAHRTAUSENDS – CULTURAL INDUSTRIES ODER DRITTER SEKTOR?.....	105
5.3.1. organisierte Kreativität und der dritte Sektor.....	105
5.3.2. Weißbuch.....	106
6. CONCLUSIO.....	109
7. LITERATUR.....	115
7.1. WEB.....	118
7.2. ZEITUNGSARTIKEL.....	120
8. ANHANG.....	123
8.1. INTERVIEWS.....	123
8.2. ABSTRACT DEUTSCH.....	127
8.3. ABSTRACT ENGLISH.....	129
8.4. LEBENS LAUF.....	131

1. EINLEITUNG

1.1. VERHÄLTNIS ZUM THEMA - PERSPEKTIVENBILDUNG

Wenn ich über Netzzetz schreibe, so begeben mich auf ein diskursiv äußerst umkämpftes Terrain. Was Netzzetz denn eigentlich ist und welche Interessen und Motivationen hinter diesem Zusammenschluss stehen, war nicht nur Thema diskursiver Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern und KritikerInnen dieser „Community“, sondern wurde auch netzzetzintern sehr heftig diskutiert. Im Wesentlichen gruppierten sich die dabei entstehenden diskursiven Zuschreibungen um zwei antagonistische Pole: während die einen Netzzetz als emanzipative Form von Selbstbestimmung und Basisdemokratie sahen und somit als eine Möglichkeit eines zivilgesellschaftlichen Gegengewichtes zu einem übermächtigen Staat, stellte die Gruppierung in den Augen anderer gerade ein verstärktes Eingreifen des Staates in die Sphäre der Medienkunst und -kultur dar, eine Form neoliberaler Gouvernamentalität im Sinne Foucaults, die eine verringerte wirtschaftliche mit einem Mehr an gesellschaftlicher Regulierung kompensiert, den BürgerInnen eigentlich staatliche Verwaltungsaufgaben aufbürdet und sie in die Selbstregierung führt.

Gerade vor diesem Hintergrund erscheint mir zu Beginn meiner Arbeit eine Positionierung meiner Selbst hilfreich. Denn auch wenn eines der Ziele dieser Arbeit sein wird, beide Sichtweisen darzulegen, wird es wohl kaum zu vermeiden sein, dass diese Darstellung durch einen Filter, gebildet von meinen eigenen Erfahrungen und Kontakten in der Wiener Medienkunst- und -kulturszene, geschehen wird.

Mein erster Kontakt mit einer Institution, die sich ganz eindeutig in diesem Bereich positioniert, fand im Rahmen eines Seminars in den Räumen der Public Netbase statt. Die Beschäftigung mit dem Thema „Tacital Media“ - einem Hauptaktivitätsfeld der Public Netbase – bildete die Grundlage für mein Interesse und meine Sympathie für die Aktivitäten der Kulturinitiative.

Das somit geweckte Interesse für die Wiener Medienkunst- und -kulturszene war die Hauptmotivation für meine spätere Mitarbeit bei der Medienkulturinitiative Super.net. Die

Tatsache, dass es sich bei dieser um ein Gründungsmitglied von Netzzetz handelt, wie auch der Umstand, dass meine Mitarbeit genau in jenen Zeitraum fiel, in dem Netzzetz seine grundlegende Funktionsweise festlegte und Fördermittel der Stadt Wien erstmals via Netzzetz vergeben wurden, erlaubte mir einen sehr detaillierten Einblick in die Anfangsphase des Projekts. Die Netbase wiederum stand Netzzetz äußerst kritisch gegenüber und war stets Teil jener Gruppe, die Netzzetz als Regierungsinstrument in den Händen des Staates sahen.

Wie wohl leicht nachzuvollziehen ist, fand ich mich also zwischen diesen beiden Pole wieder. Und auch wenn heute sowohl die Netbase als auch Netzzetz in seiner damaligen Form und meine Mitarbeit bei 5uper.net Geschichte sind, beschäftigt mich die Frage, was Netzzetz denn nun „wirklich“ war und ist bis heute. Sie ist der wesentliche Antriebsgrund für Fragestellung und Erkenntnisinteresse meiner Diplomarbeit.

Selbst wenn der Schwerpunkt der Arbeit auf der politischen Logik oder Strategie hinter Netzzetz liegen soll, werde ich kaum vermeiden können, auch immer wieder den Bereich von Kunst und Kultur sowie die davon existierenden Begriffe im Umfeld von Netzzetz zu streifen. Wiederum werden hier eine breite Palette verschiedenster Definitionen und Zielfestschreibungen auftauchen. Während Medienkunst und -kultur oftmals unter dem Aspekt der Creative Industries gesehen wird und mensch sich von ihr vor allem neue Impulse für die Technologiewirtschaft erhofft, sehen andere, Hegel und Adorno folgend, die Hauptaufgabe von Gegenwartskunst in politischer Opposition und Gesellschaftskritik. Da ich mich selbst während meines Studiums immer wieder mit dem Überschneidungsfeld von politischem und künstlerischem Aktivismus beschäftigt habe, ist wohl leicht zu erkennen, dass ich mich selbst letzterer Gruppe zuordne.

1.2. FRAGESTELLUNG UND AUFBAU

Wie bereits erwähnt, hat die vorliegende Arbeit Netzzetz zum Thema, einen Begriff, der einerseits einen Zusammenschluss von Wiener Medienkunst- und -kulturschaffenden bezeichnet, andererseits auch ein Modell, mit dessen Hilfe staatliche Fördermittel verteilt wurden und unter mittlerweile veränderten Bedingungen noch immer verteilt werden. Aus dieser doppelten Bedeutung lässt sich eines der Hauptcharakteristika von Netzzetz ablesen, nämlich, dass jene Gruppe von KünstlerInnen und Kulturschaffenden, die um finanzielle Unterstützung ansuchte, auch gleichzeitig jene war, die das für die Verteilung dieser angewendete System entwickelte und über die Vergabe entschied. Stark vereinfacht, könnte ich es auch so formulieren: Die Stadt Wien

stellte lediglich die Gelder zur Verfügung. Was damit geschah, blieb den KünstlerInnen selbst überlassen.¹

Die zentrale Fragestellung soll nun sein, welche Logiken, Strategien, Hoffnungen und Erwartungen hinter der Gründung bzw. der Unterstützung des Modells Netzzetz liegen. Bei der Beantwortung dieser Fragestellung wird nicht nur auf die beiden, bereits erwähnten, antagonistischen Pole, eingegangen werden, sondern auch auf die unterschiedlichen Motivationsgründe von Seiten der Mitglieder von Netzzetz und der Wiener Kulturpolitik.

Um eine Vorstellung vom kultur- und gesellschaftspolitischen Umfeld zu bekommen, aus dem Netzzetz entstanden ist, werde ich zu Beginn meiner Arbeit versuchen, die österreichische Kulturpolitik nach dem zweiten Weltkrieg im Allgemeinen und jene der schwarz-blauen Regierung im Speziellen zu skizzieren. Die Wiener Kulturpolitik war, anders als die Bundespolitik, zwischen 2000 und 2006 nicht in blau-schwarzer, sondern weiterhin in roter Hand und versuchte teilweise ein Gegengewicht zur Bundespolitik zu setzen. - Dennoch sind sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene dieselben Tendenzen festzustellen.

Eine weitere wichtige Rolle nimmt die Public Netbase ein, die sich mit ihren gesellschaftskritischen Aktivitäten – die ab 2000 sehr offensiv gegen die schwarz-blaue Regierung gerichtet waren – das Missfallen der Regierung zuzog und nach der Streichung sämtlicher Bundesförderungen mit dem Start von Netzzetz auch die Förderung auf Landesebene verlor. Daher scheint es mir wichtig, einen Blick auf die Stellung der Netbase im damaligen kulturpolitischen Gefüge zu werfen, bevor ich mit einer detaillierteren Betrachtung von Netzzetz beginne.

Nach der somit erfolgten Bestimmung der Ausgangslage wird der größte Teil der Arbeit dann Netzzetz gewidmet sein. Dabei möchte ich mit einem eher deskriptiven Teil zur Geschichte und den Motivationen hinter der Gründung von Netzzetz beginnen, der zum Ziel hat, die Dinge so zu schildern, wie sie von den in den Prozess Involvierten gesehen werden. Dem soll ein theoretischer Teil folgen, in dem ich versuchen werde, jene Theorien vorzustellen, die zur Untermauerung der Positionen sowohl von BefürworterInnen als auch KritikerInnen von Netzzetz herangezogen werden können, bevor in einem analytischen Teil die Anwendung der Theorie auf die deskriptive Darstellung von Netzzetz erfolgen soll.

¹ Dass es sich hierbei tatsächlich um eine starke Simplifizierung der Sachverhalte handelt, wird zu einem späteren Zeitpunkt anhand des Kapitels über das Verhältnis von Stadt Wien/ MA7 und Netzzetz klar werden.

1.3. METHODE

Neben literarischen Quellen, die zweifellos nötig sind, um die Informationen zu Gouvernamentalitätstheorien, basisdemokratischen Theorien sowie Theorien zu direkter Demokratie und dem historischen Verlauf österreichischer Kulturpolitik zu erhalten, werden auch eine Reihe nicht-wissenschaftlicher Texte, wie Beiträge aus Mailinglisten, Stellungnahmen von InteressenvertreterInnen und Einzelpersonen oder Einträge aus dem Netznetz-Wiki, herangezogen werden. Weiters möchte ich Interviews mit Johannes Grenzfurthner, Thomas Thurner, Matthias Tarasiewicz und Michael Wlodkowski von Netznetz, sowie Sylvia Faßl-Vogler von der MA7 führen. Dies soll einen Eindruck nicht nur ihrer persönlichen Sichtweise der Ereignisse, sondern auch ihrer Motivationen für die Unterstützung von Netznetz vermitteln. Die starke Dominanz männlicher Interviewpartner war von mir weder beabsichtigt noch gewollt und resultiert lediglich aus dem unterschiedlichen Grad der Gesprächsbereitschaft der einzelnen Mitglieder. Als weitere Quelle werden mir von Super.net im Rahmen des (Software)-Sprints in Reichenau geführte Interviews dienen, die ebenfalls persönliche Motivationen und Erwartungen der Beteiligten gegenüber Netznetz zum Inhalt haben.

Diese Vielzahl verwendeter nicht-wissenschaftlicher schriftlicher und mündlicher Quellen, scheint mir einerseits deswegen nötig, weil das „Warum“ für die Gründung und Unterstützung von Netznetz mir nur auf diesem Weg zugänglich erscheint, ohne lediglich auf meinen Thesen und Vermutungen zu beruhen, andererseits ist sie auch der Aktualität des Themas Netznetz geschuldet und dem daraus resultierenden Mangel an wissenschaftlicher Literatur.

Zitate, die aus der Zeit vor der Rechtschreibreform stammen, wurden in ihrem ursprünglichen Zustand belassen und weder an die neue Rechtschreibung angepasst noch als falsch markiert.

1.4. STATE OF THE ART

Über Netznetz selbst gibt es, wie gerade erwähnt, so gut wie keine wissenschaftliche Literatur. Zwar hat sich die Zeitschrift malmoe immer wieder einmal mit dem Thema beschäftigt, die Artikel beleuchteten jedoch nur Teilaspekte und reichen bei weitem nicht aus, um ein vollständiges Bild von Netznetz zu erhalten. Gleiches gilt für Artikel, die im Standard, der Presse

oder im Falter erschienen sind und zugleich noch den Nachteil haben, nicht als „wissenschaftlich“ bezeichnet werden zu können. Die einzige umfangreichere, politische und juristische Auseinandersetzung mit dem Fördermodell, seinen Bedingungen an und Auswirkungen auf die Netzkunst- und -kulturszene fand meiner Meinung nach im Rahmen der Veranstaltung Neumann's Play Off² im Jänner 2007 im Wiener Depot statt. Eine Videoaufzeichnung dieses Abends ist online verfügbar und einige der dort erörterten Aspekte werden zu einem späteren Zeitpunkt noch Eingang in meine Arbeit finden.

Zur österreichischen Kulturpolitik existiert relativ weit reichende Literatur. Einen guten Überblick über Kulturpolitik nach Ende des zweiten Weltkrieges gibt Marion Knapp in ihrem Buch „Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation“³. Die Autorin ist Leiterin des Sekretariats für Kultur, Außenpolitik und EU im SPÖ-Parlamentsklub und schrieb den Text ursprünglich als Dissertation am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien. Trotz ihrer Nähe zur sozialdemokratischen Partei sind ihre Betrachtungen der österreichischen Kulturpolitik meiner Meinung nach kaum parteipolitisch gefärbt und zeichnen die vom herrschenden Gesellschaftsbild geprägten kulturpolitischen Entwicklungslinien gut nach.

Am Übergang von der Idee einer staatlichen Kunst- und Kulturförderung zu einer privatwirtschaftlichen, vom Heilversprechen der Cultural Industries geprägten, Ende des 20. Jahrhunderts, erschien eine Reihe von Publikationen, die sich mit der „Zukunft österreichischer Kulturpolitik“ beschäftigt. Einige von ihnen, die jeweils eine unterschiedliche Zugangsweise zur Frage der Rolle des Staates bzw. der Privatwirtschaft repräsentieren, werde ich im Kapitel über Kulturpolitik vorstellen: das vom Falter und der österreichischen Bundesregierung 1999 herausgegebene „Weißbuch. Zur Reform der Kulturpolitik in Österreich“⁴, eine von Franz Morak im selben Jahr anlässlich eines Symposiums herausgegebene Publikation mit dem Titel „Die organisierte Kreativität. Kulturpolitik an der Wende zum 21. Jahrhundert“⁵ sowie der von der IG Kultur Österreich publizierte Sammelband „Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft“⁶.

2 „Neumann's Play Off“ 27.Jänner 2007 <http://www.joenoname.com/neumann-s/dokumentation.php> (31.12.2008)

3 Knapp, Marion (2005) Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation. Kontinuität und Diskontinuität in der Kulturpolitik des Bundes seit 1945. Frankfurt am Main

4 Bogner, Dieter (Red.) (1999) Weißbuch. Zur Reform der Kulturpolitik in Österreich. Wien.

5 Morak, Franz (Hrsg.) (1999) Die organisierte Kreativität. Kulturpolitik an der Wende zum 21. Jahrhundert. Wien.

6 Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien.

Zu den Themenkreisen der Gouvernamentalität sowie der aus ihr hervorgehenden Gouvernance ist ebenfalls eine Unmenge an Literatur vorhanden. Da ich der Meinung bin, die wesentlichsten Züge der Gouvernance seien schon in der Theorie der Gouvernamentalität grundgelegt, werde ich mich hauptsächlich auf diese spezialisieren. Meine Hauptquelle wird dabei die 2004 auf Französisch und 2006 in deutscher Übersetzung erschienene Niederschrift der von Michel Foucault zwischen 1977 und 1979 am Collège de France gehaltenen Vorlesung zur Geschichte der Gouvernamentalität⁷ sein. Diese zweibändige Ausgabe erlaubt einen wesentlich detaillierteren Einblick in die Logik der Gouvernamentalität als die wesentlich häufiger zitierte und um viele Jahre früher veröffentlichte vierte Vorlesung des ersten Bandes. Da sich ein Großteil der Sekundärliteratur zur Gouvernamentalitätstheorie lediglich auf diese Vorlesung bezieht, habe ich mich entschlossen, diese nicht in meine Arbeit einfließen zu lassen.

Um dennoch einen kurzen Einblick in die Theorie der Gouvernance zu geben, werde ich das von Philippe Arondel und Madeleine Arondel-Rohaut verfasste und 2007 publizierte Buch „Gouvernance. Une démocratie sans le peuple?“⁸ heranziehen, in dem die beiden AutorInnen im Anschluss an eine Vielzahl von TheoretikerInnen die Grundzüge, -mechanismen und -wirkungsweisen der Gouvernance aus einer anti-neoliberalen Perspektive darstellen. Anders als Foucaults rein deskriptiv gehaltene Darstellung der Gouvernamentalität ist „Gouvernance“ für die beiden ein negativ konnotierter Begriff und gefährdet die Einheit des Staates und der Staatsbürger.

Im Bereich der Basisdemokratie existiert leider ein „Theoriedefizit“⁹, das dazu führt, dass es relativ schwer ist, den Begriff allgemein zu fassen. Von den unzähligen Publikationen zu basisdemokratischer Organisation der Neuen sozialen Bewegungen oder der grünen Parteien, schafft es meiner Meinung nach keine einzige vom konkreten sozio-politischen Kontext eine allgemeine und detaillierte Theorie der Basisdemokratie zu abstrahieren. Am besten gelingt dies noch Ralf Vandamme in „Basisdemokratie als zivile Intervention“¹⁰, selbst wenn auch für ihn Basisdemokratie vor allem im Zusammenhang mit Neuen sozialen Bewegungen interessant ist.

7 Sennelart, Michel (Hrsg.)(2006 [2004]) Michel Foucault. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernamentalität I. Vorlesung am Collège de France 1977 – 1978. Frankfurt. und Sennelart, Michel (2006) Michel Foucault. Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernamentalität II. Vorlesung am Collège de France 1978 – 1979. Frankfurt.

8 Arondel, Philippe und Madeleine Arondel-Rohaut (2007) Gouvernance. Une démocratie sans le peuple? Paris.

9 vgl. Vandamme, Ralf (2000) Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt. S. 20

10 Vandamme, Ralf (2000) Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt.

Er bezieht sich in seinen Ausführungen oft auf Wolfgang Sternsteins Text „Keine Macht für niemand!“¹¹, der mir als eine weitere wesentliche Quelle dienen wird. Beide Autoren sehen zwar auch die Nachteile basisdemokratischer Organisation, nehmen aber dennoch einen sehr idealistischen Standpunkt ein.

11 Sternstein, Wolfgang: Keine Macht für niemand! in: Offe, Claus (Hrsg.) (1984) An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Opladen S. 282-296

2. ZUR KULTURPOLITISCHEN LAGE IN ÖSTERREICH

Im Folgenden werde ich versuchen die österreichische Kulturpolitik in einer Art und Weise nach zuzeichnen, die es erlaubt, nicht nur die dahinter liegenden Logiken des Regierens, sondern vor allem auch Brüche in diesen Logiken. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, werde ich mich hierbei mit der gesamtösterreichischen Kulturpolitik beschäftigen, obwohl es sich bei Netznetz streng genommen lediglich um ein Wiener Phänomen handelt. Jedoch glaube ich, in der Annahme richtig zu liegen, dass Regierungstechniken (zumindest im europäischen Kontext) nicht mehr länger lokal beschränkbar sind und selbst sich im lokalen Kontext ereignende Veränderungen und Umbrüche im Lichte globaler Trends gesehen werden müssen. Von eben dieser Annahme ausgehend halte ich es für gerechtfertigt, den gesamtnationalen kulturpolitischen Bereich als Ausgangspunkt, Voraussetzung und konstituierendes Feld für jenes, an Hand von Netznetz zum Ausdruck gebrachtes, neue Verständnis von Regierung im Allgemeinen und von Kulturpolitik im Speziellen zu sehen.

In der Darstellung österreichischer Kulturpolitik werde ich mich vor allem zu Beginn stark an jener von Marion Knapp¹² anlehnen und erst ab den 1990er Jahren auf ein breites Angebot an Quellen zurückgreifen. Grund hierfür ist hauptsächlich der Umstand, dass ich jene für Netznetz relevanten Aspekte sich zum Großteil erst ab diesem Zeitpunkt herausbilden sehe, andererseits aber auch, dass Quellen aus diesem Zeitraum leichter zugänglich und für mich auf Grund meiner eigenen Lebensdaten auch leichter beurteilbar und verständlich sind.

Ebenfalls von Marion Knapp übernehmen werde ich ihre „Epocheneinteilung“. Diese sieht nach 1945 vier Phasen österreichischer Kulturpolitik vor und orientiert sich entlang von Parteilinien, indem sie stets jene Partei, die kulturpolitische Gestaltungsmacht hatte, als charakteristisches Merkmal heranzieht. Interessanterweise ergibt sich in jeder Phase, wenn schon keine fundamental inhaltliche Veränderung, so zumindest eine Veränderung des kulturpolitischen Klimas, weswegen mir diese Einteilung sehr hilfreich erscheint, selbst wenn sich meine

12 vgl. Knapp, Marion (2005) Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation. Kontinuität und Diskontinuität in der Kulturpolitik des Bundes seit 1945. Frankfurt am Main

Betrachtungen nicht primär an Parteipolitik orientieren.

Marion Knapp folgend ergeben sich also folgende vier Phasen:

Kulturpolitik als Domäne der ÖVP (1945 – 1970), Kulturpolitik als Domäne der SPÖ (1970 – 1986), Kulturpolitik in der Koalition von SPÖ und ÖVP (1987 – 1999) und schließlich Kulturpolitik in der FPÖ-ÖVP-Koalition (2000 – 2002).¹³

2.1. 1945 – 1970 KONSERVATIVISMUS UND DIE KONSTRUKTION DER „KULTURNATION ÖSTERREICH“

In der ersten, kulturpolitisch von der ÖVP dominierten Phase galt es als vorrangiges Ziel, die „Bevölkerung zu bewussten ÖsterreicherInnen“ umzuerziehen und „'dem Auslande' unsere großen Leistungen nahe zu bringen, damit Österreich 'einen Ehrenplatz unter den Kulturnationen der Welt einnehmen' könne.“¹⁴ Dem entsprechend erfolgte eine Konzentration auf die Einrichtungen der Hochkultur, die „als Inbegriff österreichischer Kultur dargestellt wurden“¹⁵, ihrem Wiederaufbau und zukünftigen Erhalt. Moderne und/oder zeitgenössische Kunst wurde nicht gefördert und vielfach ebenso diskriminiert wie Produkte der amerikanischen Filmindustrie, deren schädliche Wirkung auf die Bevölkerung mensch fürchtete und mit heimischen Produktionen zu ersetzen suchte, die Österreich als Fremdenverkehrsland präsentieren sollten und „eine von Klischees geprägte, verklarte Welt dar[stellten]“¹⁶. Ebenso gab es keine Bestrebungen, im Laufe des zweiten Weltkriegs emigrierte KünstlerInnen und Intellektuelle nach Österreich zurückzuholen.

Kritik an dieser Form von Kulturpolitik gab es lediglich von Seiten der KPÖ, die sich gegen die Förderung einer Elitenkultur aussprach, Kunst und Kultur einer breiten Bevölkerungsschicht zugänglich machen wollte und das beengende, konservative Kulturklima beklagte. Die SPÖ, die in der Zwischenkriegszeit Kulturpolitik noch „als Versuch der umfassenden Neuorganisation der diskriminierenden Lebensumstände der Massen“¹⁷ verstanden hatte und deren Ziel die

13 Obwohl Marion Knapps Arbeit erst 2005 in Buchform erschienen ist, lag sie bereits 2003 als Dissertation am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien vor. Aus diesem Umstand ergibt sich auch die zeitliche Begrenzung ihrer Betrachtungen. Meines Erachtens kann die letzte Phase aber ohne Probleme bis ins Jahr 2006 (erstmalige Vergabe der Fördermittel für Medienkunst und -kultur via Netznetz) oder sogar bis zum heutigen Tag ausgedehnt werden.

14 Knapp, Marion (2005) Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation. Kontinuität und Diskontinuität in der Kulturpolitik des Bundes seit 1945. Frankfurt am Main S.92, die Zitate stammen vom damaligen im Unterrichtsministerium für Kunstangelegenheiten zuständigen Sektionschef Hans Perntner (ÖVP)

15 ebd. S. 96

16 ebd. S. 106

17 ebd. S. 93

Entwicklung „einer Gegenkultur zur bürgerlichen Gesellschaft“¹⁸ gewesen war, verzichtete nun auf den Anspruch eine eigene Kulturform zu entwickeln. Im Zuge ihrer Transformation von einer Klassen- zu einer Volkspartei verlor auch die Frage nach der Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Überbau, zu dem unter anderen auch die Kultur gezählt wird, an Relevanz. Zwar gab es weiterhin Bestrebungen, den Zugang zu Kultur auch den Massen zu ermöglichen und kulturelle Privilegien abzubauen, weiterführende kulturpolitische Auseinandersetzungen auf ideologischer Ebene fanden jedoch nicht statt. Über die Schwerpunktsetzung auf repräsentative und reproduzierenden Kunst und Kultur herrschte Konsens mit dem Koalitionspartner.

2.2. 1970 – 1986 UTOPIE VERSUS KONTINUITÄT

Die zweite Phase von 1970 – 1986 stand im Zeichen der von Bruno Kreisky geleiteten SPÖ. Erklärtes Ziel war damals eine gesellschaftliche Modernisierung Österreichs, die auch die Etablierung eines neuen, erweiterten Kulturbegriffes beinhalten sollte. So sprach der damalige Unterrichts- und Kunstminister Fred Sinowatz von Kulturpolitik als Fortsetzung der Sozialpolitik und definierte Kultur als einen Sammelbegriff für alle „typisch menschlichen Verhaltensweisen einer Gesellschaft“: „Das heißt, wenn es um Kultur geht, geht es auch um die materiellen, die ökonomischen, die sozialen Tatbestände, und es geht um die Ideen, die Motivationen, die Denkformen der Menschen, Arbeitswelten, Lebensformen, Unterhaltung, Bildung, Kunst, Religion“¹⁹. Dem entsprechend sollte Kultur auch allen zugänglich sein. Die in diesem Zusammenhang viel zitierte Devise „Kultur für alle“ verwandelte sich in der Praxis dann jedoch in „Kunst für alle“ und zeugt davon, dass die SPÖ „im Kern doch einem traditionellen Kulturbegriff verhaftet blieb“²⁰. Weiters beschränkte sich die „Kultur“ hauptsächlich auf den Zugang zu hochkulturellen Einrichtungen, auch wenn im Kunstbericht von 1971 noch vom hehren Ziel der „menschlichen Selbstfindung“ mit Hilfe von Kunst die Rede ist und das „im günstigsten Fall nicht nur durch unreflektiertes Konsumieren von Kunst, sondern auch durch kritische, ja auch aktive Teilnahme“²¹. Ein Umstand, der ebenso an Hand des „Kulturpolitischen Maßnahmenkatalogs“ von 1976 deutlich wird, der neben „Kultur für alle“ die Förderung „neuartiger Kulturprojekte“ zum Ziel hatte.²² Diese veränderte Positionierung gegenüber

18 ebd. S. 93

19 Fred Sinowatz in einer Rede bei der Bundesbildungskonferenz der SPÖ 1976. zitiert nach: ebd. S. 123f

20 ebd. S. 128

21 zitiert nach: ebd. S. 126

22 vgl. ebd. S. 127f

zeitgenössischer Kunst wird in Äußerungen Bruno Kreiskys und Fred Sinowatz' immer wieder betont: „Die Gesellschaft muß Platz machen auch in den kulturellen Bereichen für radikale Ideen....Weil's im eigenen Interesse der Demokratie liegt, daß es diese aufgelockerte Bewußtseinssituation gibt, wenigstens bei einer Elite, bei einer Avantgarde, wenn man will, und weil man einfach auf diesen belebenden Faktor für die Gesellschaftspolitik, den der Kulturradikalismus darstellt, nicht verzichten kann und weil die Demokratie um ihrer selbst willen einen riesigen Toleranzspielraum braucht....“²³ „Wir müssen auch Platz schaffen für die Provokation. Das müssen wir um der Kunst willen tun, und auch unsere kulturpolitische Arbeit braucht sie immer wieder diese Provokation.“²⁴

Trotz des theoretischen Anspruchs, sich verstärkt für moderne und zeitgenössische Kunst einzusetzen, gelingt die Umsetzung dieses Vorhabens in die Praxis kaum. So erhalten die Bundestheater – wie auch schon in der Phase zuvor – den weitaus größten Teil der staatlichen Fördermittel (über 50% der Kulturförderung des Bundes gehen an die darstellende Kunst, an der die Bundestheater einen Anteil von etwa 85% haben). Das Kunstbudget, mit dem „Sparten wie bildende Kunst, Musik und darstellende Kunst (mit Ausnahme der Bundestheater), Literatur, Film aber auch kulturpolitische Initiativen finanziert“²⁵ wurden, betrug lediglich zwischen 14 und 10% der gesamten Kulturausgaben. Von diesem standen maximal 38,6% Bereichen produzierender Kunst zur Verfügung (für Projekte im Rahmen des Kulturpolitischen Maßnahmenkatalogs wurden lediglich etwa 3% verwendet), der Großteil kam den reproduzierenden Bereichen Musik und darstellende Kunst zugute und war institutionell gebunden.²⁶ Auch unter Bruno Kreisky und Fred Sinowatz zeigt sich somit eine starke Dominanz der Hochkultur und realpolitische Kontinuität zur von der ÖVP dominierten Phase. Gleichsam Ausdruck dieser Kontinuität ist der Versuch, Österreich verstärkt als Kulturnation zu präsentieren, der an Hand der steigenden Zahl an vom Bund finanzierten Festspielen und Sommerversammlungen deutlich wird. Neu war jedoch das Verständnis von Kulturpolitik als Fortsetzung der Sozialpolitik, das nicht nur auf Zustimmung stieß, sondern oft auch aus kunst- und kulturtheoretischen Kreisen kritisiert wurde. So beschreibt etwa Manfred Wagner, Professor für Kunst und Geistesgeschichte an der Universität für angewandte Kunst in Wien, diesen Umstand als „fatal“, da dadurch ein „subventionäres Klima“ geschaffen und das Verhältnis von

23 Bruno Kreisky zitiert nach: ebd. S. 129

24 Fred Sinowatz in einer Rede bei der Bundesbildungskonferenz der SPÖ 1976. zitiert nach: ebd. S. 129

25 ebd. S. 140

26 vgl. ebd. S. 136ff

Kultur und Politik als ein lediglich auf Geld basierendes konstituiert werde.²⁷ Die wohl bedeutendste Veränderung war jedoch die gesteigerte Akzeptanz gegenüber gesellschaftskritischer Gegenwartskunst und die Anerkennung ihrer positiven Funktion für eine demokratische Gesellschaft. Diese neue Geisteshaltung führte unter anderem zur Verankerung der Freiheit der Kunst in der Bundesverfassung und bewegte Thomas Mießgang zu folgender Einschätzung: „Wenn man die Kulturpolitik der Ära Kreisky bilanziert, so ist das, was blieb, weniger die tatsächliche Veränderungsarbeit als der Eindruck eines Strukturwandels der Öffentlichkeit. Man gönnte sich wieder ein paar Utopien und Visionen, ohne dass man – wie wenige Jahre später – zum Arzt geschickt wurde.“²⁸

2.3. 1987 – 1999 NEOLIBERLAE UMSTRUKTURIERUNGEN UND DER ANFANG VON MEDIENKUNST

In der dritten Phase (1987 – 1999) waren die kulturpolitischen Kompetenzen schließlich zwischen SPÖ und ÖVP geteilt, wobei die Kunstagnenden stets in den Aufgabenbereich der SPÖ fielen (einmal als Teil des Unterrichtsministeriums, später als Teil des Wissenschaftsministeriums und schließlich lediglich in Form eines Staatssekretariats im Bundeskanzleramt). Was das Kunst- und Kulturverständnis der beiden Koalitionspartner betrifft, so betonte die SPÖ weiterhin ihren Willen zur Ausweitung des Anteils schöpferischer Kultur am staatlich geförderten Kunstsektor, allerdings auch die Bedeutung der hochkulturellen Einrichtungen für den Fremdenverkehr und Österreichs Image im Ausland. Weiters fand die schwerpunktmäßige Förderung gesellschaftskritischer zeitgenössischer Kunst Eingang in das Programm „Sozialdemokratie 2000“²⁹, die staatliche Verantwortlichkeit in Bezug auf Kulturförderung wurde betont und Kunst und Kultur explizit in einem internationalen Kontext gesehen³⁰.  Allerdings wurde auch der Übergang von einem umfassenden Kulturbegriff zu einem engeren, der Kunst und Kultur synonym setzt, immer deutlicher.³¹ Ziel der ÖVP-Kulturpolitik

27 vgl. Wagner, Manfred (1991) Kultur und Politik. Politik und Kunst. Wien. S. 108

28 Mießgang, Thomas. Kultur? Zurück in die Zukunft. in: Becker, Konrad und Martin Wassermair (Hrsg.) (2008) Kampfzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik. Wien. S. 116

29 vgl. Knapp, Marion (2005) Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation. Kontinuität und Diskontinuität in der Kulturpolitik des Bundes seit 1945. Frankfurt am Main. S. 158

30 Dies erfolgte im Rahmen des Parteiprogramms von 1998: SPÖ (1998) Das Grundsatzprogramm. Wien

31 vgl. Knapp, Marion (2005) Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation. Kontinuität und Diskontinuität in der Kulturpolitik des Bundes seit 1945. Frankfurt am Main. S. 336

war es weiterhin, Österreich als Kulturgroßmacht mit dem Ruf als Kunst- und Musikland zu erhalten. Besondere Betonung erfuhren dabei die Begriffe Tradition, Heimat und österreichische Identität; schwerpunktmäßig sollten die Bereiche Musik und Museen gefördert werden. Dennoch findet sich im Grundsatzprogramm von 1995 auch ein Bekenntnis zur gesellschaftskritischen Funktion von Kunst: „Kulturpolitik soll den bestehenden kulturellen Pluralismus wie auch Momente des Widerstandes und Eigensinns im künstlerischen Schaffen und das Aufgreifen gesellschaftlicher Konflikte akzeptieren und unterstützen.“³² Selbst wenn zahlreiche Versuche unternommen wurden, auch auf realpolitischer Ebene zeitgenössischer Kunst und Kultur mehr Gewicht zu geben, wie etwa das Kunstförderungsgesetz (das zwar dazu verpflichtet, der Vielfalt der Kunst und ihrer Erhaltung Rechnung zu tragen, den Stellenwert zeitgenössischer Kunst aber nur sehr vage festlegt³³), die Einführung des Kuratorenmodells oder die Förderung von Kulturinitiativen (die jedoch nur 4-5% des Kunstbudgets beträgt), wurde die dominante Stellung der Hochkultur auch in dieser Phase nicht in Frage gestellt. Allerdings gab es Bemühungen, diese zeitgenössischer zu gestalten, für die etwa die Verlängerung von Claus Peymanns Vertrag am Burgtheater oder die Benennung Gérard Mortiers zum Intendanten der Salzburger Festspiele als Exempel dienen können. Ein anderes Beispiel, jenes des Wiener Museumsquartiers und der Auseinandersetzung um dessen architektonische Gestaltung als auch um die Schwerpunktsetzung hinsichtlich der vorhandenen Institutionen, zeigt „den fehlenden kulturpolitischen Mut seitens der verantwortlichen Politiker und den Hang zum Repräsentativen, der sich in der österreichischen Kulturpolitik immer wieder durchsetzt“³⁴.

Hinsichtlich des Kunstbudgets ist zu sagen, dass es sich weiterhin in der Größenordnung von 10 – 14% des Kulturbudgets bewegte, schwerpunktmäßig der reproduzierenden Kunst zu Gute kam und nur ein sehr kleiner Teil für die Förderung zeitgenössischer und innovativer Kunst aufgewendet wurde.³⁵

Weiters war diese Phase von einer stetig wachsenden Relevanz neuer Medien und der logisch daraus hervorgehenden Entstehung von Medienkunst geprägt. Damit war auch der Grundstein gelegt, für eine sich intensivierende Diskussion über die (wünschenswerte) Verbindung von Kunst und Wirtschaft – Schlagwort Creative Industries. Denn nicht selten produzierte zumindest ein Teil der Medienkunst- und -kulturschaffenden sozusagen nebenbei jene Innovationen, von

32 zitiert nach: ebd. S. 164

33 vgl. ebd. S. 168

34 ebd. S. 338

35 vgl. ebd.

denen sich vor allem Technologiekonzerne eine Steigerung ihrer Absätze erhofften. Dieser Umstand warf die Frage auf, ob die Förderung dieser Kunstsparte nicht völlig der Wirtschaft überlassen werden und der Staat sich aus dieser zurückziehen könne. Freilich ist hier nicht nur der klassisch neoliberale Ansatz von „weniger Staat, mehr privat“ leicht erkennbar, sondern auch ersichtlich, dass jener Teil von Medienkunst, der keine unmittelbare wirtschaftliche Verwertung verspricht, wohl leer ausgehen würde.

Die Diagnose, dass wir uns in einer Zeit der „Mediamorphosen“ befinden, die gekennzeichnet sei von einem ständigen Anstieg der Investitionen von Privaten und den Kulturindustrien, was wiederum zu einer verstärkten Industrialisierung und Privatisierung führe, während die Aufwendungen von staatlicher Seite stagnierten, stellt auch das 1996 publizierte Buch „Elektronische Kultur zwischen Politik und Markt. Kulturindustrie und Medienpolitik in Österreich“³⁶. Seine Autoren fordern aus diesem Grund eine „kulturelle Marktwirtschaft“, um die Kultur nicht völlig dem freien Markt auszuliefern. Von dieser marktwirtschaftlichen Sichtweise ausgehend, sehen sie dann im Kunstförderungsgesetz auch nicht länger den sozialen Aspekt, sondern eine Form der Marktkorrektur. Selbst wenn sie diese Annahme mit dem Satz: „Im Bewußtsein der wertvollen Leistungen, die die Kunst erbringt, und in Anerkennung ihres Beitrags zur Verbesserung der Lebensqualität hat der Bund die Aufgabe, das künstlerische Schaffen in Österreich und seine Vermittlung zu fördern“³⁷ wieder relativieren, impliziert die Interpretation des Kunstförderungsgesetzes als Mechanismus der Marktkorrektur bereits die gerechtfertigte Klassifikation von Kunst und Kultur als Angelegenheit des Marktes und kann meiner Meinung nach als Indikator für ein verändertes Verständnis von Kunst- und Kulturförderung gesehen werden.

Interessant sind auch die Ausführungen in Bezug auf die Veränderungen des Kulturschaffens in der „Mediamorphose“. So käme es neben der kaum zu bezweifelnden Entstehung von MedienkünstlerInnen auch zu einer Industrialisierung des kulturellen Schaffens, charakterisiert durch eine zunehmende Arbeitsteiligkeit, die Rationalisierung der Produktion nach ökonomischen Kriterien sowie die Verwendung komplexerer Technologien, was zu einer Zentralisierung der Produktionsmittel führe: „Denn da sich die (Re)produktionsmittel und (meist teure [sic!]) Technologien größtenteils im Eigentum der Kulturindustrie befinden, sind die Kulturschaffenden zunehmend räumlich wie zeitlich an sie gebunden. Dadurch wird die

36 Botnick, Irmgard und Alfred Smudits (Hrsg.) (1996) Elektronische Kultur zwischen Politik und Markt. Kulturindustrie und Medienpolitik in Österreich. Wien

37 ebd. S. 98

künstlerische Arbeit substantiell verändert. Denn indem sie immer mehr die Form einer weisungsgebundenen Lohnarbeit erhält, wird sie reell unter die industrielle bzw. kapitalistische Produktionsweise subsumiert.“³⁸

Dass diese Verbindung zwischen Wirtschaft und Kunst nicht nur auf den Bereich der Medienkunst zutrifft, wird in der bereits zitierten Betrachtung von Manfred Wagner ersichtlich, der 1991 meint, sämtliche Impulse in der Kunst- und Kulturproduktion der vergangenen Jahre seien auf Grund des subventionären Klimas staatlicher Kunstförderung von wirtschaftlicher Seite erfolgt. „Erfolg in der Kunstproduktion der letzten Jahrzehnte war demnach diesem privaten Bereich überlassen, oder es gab ihn nicht.“³⁹ Dem Kunsttheoretiker zufolge existierten auch lediglich zwei Wege aus dieser Misere. Der erste bestünde in einer völligen Auslagerung der Kunst- und Kulturförderung in den Verantwortungsbereich des privaten Marktes, was jedoch ebenso ein Ende des staatlichen Gestaltungsspielraumes hinsichtlich sozialer und ästhetischer Aspekte bedeuten würde, wie die Etablierung kapitalistischer Größenordnungen als neue Richtlinien. Die Alternative wäre eine völlige Neuausrichtung staatlicher Kulturpolitik, die jedoch auch – so wird bei der Lektüre von Manfred Wagners Vorschlägen schnell klar – stark am neoliberalen Marktideal orientiert sein und Kunst und Kultur mit Begriffen des Marktes und der Innovation analysieren würde. So ist hier die Rede davon, dass sich das „Sozialsystem“ der Kulturpolitik in ein Investitionsprogramm verwandeln müsse, es darum ginge, „die Ressourcen des Landes an künstlerischen Potenzen aus[zu]schöpf[en]“⁴⁰ und das „Gießkannenprinzip“ nicht zielführend sei, da es „unter dem Signet der Pluralität auf entsprechende Weichenstellungen im Hinblick auf Qualitätskriterien“⁴¹ verzichte. Kaum überraschend ist vor diesem Hintergrund schließlich seine Feststellung, das Thema Kultur sei sowohl in parlamentarischen als auch öffentlichen Debatten fast ausschließlich ökonomisch orientiert.

Zu diesem Zeitpunkt scheint somit offensichtlich zu sein, dass die österreichische Kulturpolitik – und mit ihr auch die Gesellschaftspolitik im Allgemeinen – an einem Wendepunkt angelangt ist, der das aus den 70er Jahren stammende Prinzip von Kulturpolitik als Sozialpolitik in Frage stellt und immer intensiver versucht, Kunst und Kultur der Wirtschaft dienstbar zu machen. Interessant ist, dass diese Veränderung in der Aufgabendefinition von Kulturpolitik bereits einige Jahre vor

38 ebd. S. 113

39 Wagner, Manfred (1991) Kultur und Politik. Politik und Kunst. Wien. S. 109

40 ebd. S. 111

41 ebd. S. 120

jener spektakulären politischen Veränderung im Jahr 2000 erfolgt, die gerne als die großen Wende in der österreichischen Kulturpolitik dargestellt wird. Ebenso interessant ist, dass im eben besprochenen Zeitraum mit der Public Netbase auch der wohl wichtigste Player der Wiener Medienkunst- und -kulturszene gegründet wurde. Ein Player allerdings, dem diese Verbindung zwischen Kunst und Wirtschaft so ganz und gar nicht geheuer war und der in den folgenden Jahren immer wieder mit gesellschaftskritischen Aktionen gegen die österreichische Bundesregierung und neoliberale Regierungstechniken Position bezog und aus eben diesem Grund noch von nicht unwesentlicher Bedeutung für diese Arbeit sein wird.

2.4. SEIT 2000 „DIE HAND, DIE FÜTTERT, BEISST MAN NICHT“⁴²

Das Jahr 2000 und somit der Beginn der vierten Phase österreichischer (Nachkriegs-) Kulturpolitik wird stets als Anfangspunkt einer Trendwende in der Kulturpolitik dargestellt. Zwar trifft das auf einer rhetorischen und theoretischen Ebene durchaus zu – von einer Änderung des kulturpolitischen Klimas zu sprechen ist also durchaus gerechtfertigt –, betrachtet mensch jedoch die Ebene kultureller Förderungen, so ist abermals Kontinuität festzustellen: Zwar sanken sowohl die Kultur- als auch die Kunstaussgaben von 1999 auf 2000 beachtlich, beide pendelten sich jedoch in den Jahren 2001/2002 wieder auf einem ähnlichen Niveau wie 1999 ein.⁴³ Weiters blieb die Schwerpunktsetzung der Förderungen konstant. Was das Kunstbudget betrifft, so kann mensch auch hier von einer drastischen Kürzung von 1999 auf 2000 sprechen – aus 91 Millionen Euro wurden lediglich 79 Millionen – wirft mensch jedoch einen Blick auf das Budget der nachfolgenden Jahre, das gemeinsam beschlossen wurde, so beträgt dieses 109 bzw. 81 Millionen Euro, liegt im Mittel also sogar über dem Wert von 1999.⁴⁴ Ein Rückgang kann allerdings

42 Jörg Haider zitiert nach: Knapp, Marion (2005) Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation. Kontinuität und Diskontinuität in der Kulturpolitik des Bundes seit 1945. Frankfurt am Main. S. 309

43 Hier steht meine Aussage in Widerspruch zu Marion Knapps Einschätzung der Lage: sie spricht davon, dass der prozentuale Anteil der Kunstaussgaben mit 0,75 bzw. 0,78% der Gesamtausgaben des Bundes „weithin unter dem Niveau von 1999“ (=0,83%) lagen. (vgl. S.290) Da sie des weiteren eingesteht, dass die Zahlen nur bedingt miteinander vergleichbar wären, da sich die Berechnungsmethode von 1999 auf 2000 geändert hätte, würde ich die Situation als nicht so drastisch einschätzen.

44 Hier ist jedoch anzumerken, dass sich der hohe Wert des Jahres 2001 aus drei einmaligen Förderungen in der Höhe von insgesamt 27,9 Mio Euro ergibt, was Marion Knapp auch dazu veranlasst, von einer allgemeinen Kürzung zu sprechen und die Daten von 2001 als Ausreißer zu betrachten. Hier bin ich aus zwei Gründen anderer Meinung und überlasse es daher dem Leser, sich seine eigene zu bilden: Erstens kam es wahrscheinlich auch in den Jahren zuvor immer wieder zu Sonderförderungen, ohne dass dieses in Marion Knapps Darstellung explizit angeführt worden wäre und zweitens ergibt sich – vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass das Budget von 2001 gemeinsam mit jenem von 2002 beschlossen worden war – aus der überdurchschnittlich hohen Fördersumme von 2001 „automatisch“ ein Einsparungsbedarf für das kommende Jahr.

hinsichtlich der Finanzierung des, ohnehin schon unterdotierten, Sektors der produzierenden und zeitgenössischen Kunst festgestellt werden.⁴⁵ Eine Tatsache, die an Hand von Jörg Haiders Aussage bezüglich kritischer Gegenwartskunst: „Die Hand, die füttert, beißt man nicht“⁴⁶ gut illustriert wird. Diese stellt gleichzeitig die Verbindung zu jenem Bereiche her, in dem die Regierungsbeteiligung der FPÖ wirklich eine Trendwende hervorgerufen hat: jenem des Kulturverständnisses.

Der Schwerpunkt des freiheitlichen Kulturprogramms liegt in der Bewahrung des kulturellen Erbes, das sowohl die Einrichtungen der Hochkultur enthält als auch Aspekte der Volkskultur. Da die Erhaltung der regionalen kulturellen Identität für die FPÖ einen wichtigen Stellenwert einnimmt, wendet sie sich nicht nur gegen jegliche Form „verordneter Multikultur“⁴⁷, sondern betont auch besonders die Bedeutung der deutschen Sprache. Die Höhe staatlicher Förderungen sollte weiter reduziert werden, da es sich bei Kunst um eine Privatsache handle. Zusätzlich führte die FPÖ ihren bereits Anfang der 1990er Jahre begonnenen „Kulturkampf“ nun als Regierungspartei fort und wandte sich offensiv gegen gesellschaftskritische Kunst – legendär ist etwa der Text eines Wahlplakats von 1994 „Lieben Sie Jelinek, Peymann, Bernhard oder Kunst und Kultur?“⁴⁸

Die Position der ÖVP deckt sich im Wesentlichen mit jener, die sie schon in der vorhergehenden Regierungsperiode vertrat, wird jedoch nun vom Aspekt der „Kulturindustrien“ ergänzt, dem die Partei nun (auch offiziell) äußerste Wichtigkeit zuschreibt. Allerdings gibt es auch in den Reihen der ÖVP Personen, die Haiders Forderung nach Subventionsverweigerung für regierungskritische Kunst zustimmen. So betonte Landesrat Hirschmann 2000: „Es kann nicht sein, dass Leute vom Staat Subventionen kassieren, die den Staat kritisieren.“⁴⁹ Allgemein entstand ohnehin oft der Eindruck, staatliche Kunstförderung sollte gänzlich abgeschafft werden. Ausgehend von Kunststaatssekretär Moraks Bewertung der Kunst als „Wirtschaftsfaktor ersten Ranges“⁵⁰ scheint sich ableiten zu lassen, dass Kunst und Kultur nicht länger eine Form gesellschaftlichen Luxus

45 vgl. Knapp, Marion (2005) Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation. Kontinuität und Diskontinuität in der Kulturpolitik des Bundes seit 1945. Frankfurt am Main. S. 298ff und S. 309ff

46 Jörg Haider zitiert nach: ebd. S. 309

47 zitiert nach: ebd. S. 280

48 vgl. Mokre, Monika. Wo rechtskonservative Kulturpolitik passiert. Das MuseumsQuartier Wien. in: Becker, Konrad und Martin Wassermair (Hrsg.) (2008) Kampfzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik. Wien. S. 105

49 zitiert nach: Travner, Dagmar. Rechte Nichtkultur versus subversive „Unkultur“. Vom Nichtvorhandensein einer schwarz-blauen Kulturpolitik. in: Becker, Konrad und Martin Wassermair (Hrsg.) (2008) Kampfzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik. Wien. S. 47

50 vgl. Riedl, Joachim. Kultur war einmal. Sozialdemokraten wissen nichts mehr mit Bildung anzufangen, also besetzen sie das Ressort. in: Becker, Konrad und Martin Wassermair (Hrsg.) (2008) Kampfzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik. Wien. S. 178

darstellen, sondern eben der Wirtschaftsentwicklung dienlich seien. Somit sei die Wirtschaft von der Kreativität der Kunst- und Kulturschaffenden abhängig und es liege im Interesse jedes Betriebes, eben diese anzustellen, womit sich das Problem der Unterstützung von Kunst- und Kulturschaffenden praktisch von selbst löse, da diese nun als Lohnarbeiter der Creative Industries nicht länger staatlicher Förderungen bedürfen.⁵¹

Dass es sich bei diesen beiden Aspekten der schwarzen Kulturpolitik bei weitem nicht um Gegensätze handelt, sondern Konservativismus und als innovativ präsentierte Verbindungen zwischen Wirtschaft und Kunst sich hervorragend ergänzen, erklärt Thomas Mießgang:

„Der Konservativismus der Schlüssel-Koalition mit Morak als Staatssekretär präsentierte auf der Benutzeroberfläche scheinbar eine Rückkehr zu den 'begnadeten Meistern' Drimmel'scher Prägung. Doch schon auf der nächsten diskursiven Ebene war die Rede von Public Private Partnership, Creative Industries, Auslagerungen und Publikumsmaximierungen, das heißt: Der Kulturbegriff wurde merkantilisiert und als Teil des Marktes neu verortet. Ganz im Sinne einer Politik, die ihren Gestaltungswillen darin auslebte, dass sie Staatseigentum dem Markt überantwortete, und Subventionierungen von Kunst und Kultur nicht mehr als Kernaufgabe der Politik betrachtete, sondern als mehr oder weniger freiwillige Gabe, die nach Gutdünken und Wohlergehen vergeben wurde.“⁵²

Was konkrete kulturpolitische Entscheidungen betrifft, so ist die Abschaffung des Kuratorenmodells (und die Einsparung des dafür vorhergesehenen Budgets) sicherlich erwähnenswert, ebenso wie die Tendenz, Förderentscheidungen ohne Beiräte und Jurys zu treffen.⁵³ Weiters kam es zur Privatisierung des ÖBVs (=österreichischer Bundesverlag) und zur Ausgliederung der Nationalbibliothek. Auch in der Auslandskulturpolitik gab es Reformen: Viele österreichische Kulturinstitute wurden geschlossen und später als so genannte Kulturforen, die meist nicht nur programmatisch unter Aufsicht der Botschaft stehen, sondern auch in dieser untergebracht sind, wieder eröffnet. ätzlich kam es zu oft drastischen Reduktionen und teilweise sogar völliger Streichung⁵⁴ der Subventionsmittel für gesellschaftskritische Kunst und Kultur(aktivitäten).

Wie bereits aus den oben zitierten Beiträgen sowie aus dem Titel des Buches, aus dem diese stammen – „Kampfzonen in Kunst und Medien“ – ersichtlich wird, ging mit der Neudefinition von Kulturpolitik auch das endgültige Ende eines „Reliktes“ aus der Zeit Kreiskys einher,

51 vgl. Mokre, Monika. Wo rechtskonservative Kulturpolitik passiert. Das MuseumsQuartier Wien. in: Becker, Konrad und Martin Wassermair (Hrsg.) (2008) Kampfzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik. Wien. S. 102

52 Mießgang, Thomas. Kultur? Zurück in die Zukunft. in: Becker, Konrad und Martin Wassermair (Hrsg.) (2008) Kampfzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik. Wien. S. 117

53 vgl. ebd. S. 285

54 Ein Beispiel hierfür ist die bereits erwähnte Public Netbase.

nämlich des Naheverhältnisses zwischen Kultur und Staat. Der darauf folgende kulturpolitische Stellungskrieg dauert bis heute an, auch wenn die Fronten mit Ende der blau-schwarzen Regierung etwas aufgeweicht wurden. Da diese Auseinandersetzung vor allem im Jahr 2000 quer durch die gesamte österreichische Kulturszene ging, wären die zu zitierenden Beispiele nahezu unendlich: angefangen bei den wohlbekannten Diskussions- und Oppositionsveranstaltungen im Burgtheater, über das von Elfriede Jelinek verhängte Aufführungsverbot ihrer Stücke in Österreich, bis zu Forderungen, Stellungnahmen und Kampfansagen von Interessenvertretungen der Kulturschaffenden. Die IG Autorinnen Autoren hielt es etwa angesichts der drohenden (und auch tatsächlich eingetretenen) Kürzung des Kunstbudgets für nötig, an das 1988 beschlossene Kunstförderungsgesetz zu erinnern und auf die Einhaltung der durch dieses geschaffenen Verpflichtungen zu bestehen.⁵⁵ In der Charta „Opposition braucht Regeln“, einem in Anschluss an einen Arbeitskreis verschiedenster kulturpolitischer NGOs verfassten Text, wird der Konfrontationskurs mit der damaligen Regierung noch wesentlich expliziter: „Denn diese Regierung stellt aufgrund ihrer bloßen Existenz – insbesondere der Regierungsbeteiligung der FPÖ – eine Grenzüberschreitung dar, die wir nicht akzeptieren können.“⁵⁶ und wird schließlich von Oliver Marchart im Artikel „Kulturarbeit als 'freie Opposition'“⁵⁷ in eine konkrete Strategie übersetzt: „Es ist daher entscheidend, daß von den Kulturschaffenden (...) kein weiteres symbolische Kapital zur FPÖVP transferiert wird. Ausstellungseröffnungen, Symposien, Diskussionsveranstaltungen, etc. müssen in Zukunft ohne deren Politiker und Minister auskommen, Preise sollen nicht aus Händen von FPÖVP-Vertretern entgegengenommen und das Preisgeld etwa – so der Vorschlag der Wochenklausur – in einen Rechtshilfefonds umgeleitet werden.“⁵⁸

Auch das Kapitel über diese Phase österreichischer Kulturpolitik in Marion Knapps Buch, das ursprünglich 2003 als Dissertation am Institut für Politikwissenschaften erschien, muss in diesem Zusammenhang gesehen werden: Zwar setzt sie sich auch in den vorhergehenden Kapiteln kritisch mit der staatlichen Kulturpolitik auseinander, nie kritisiert sie diese jedoch so vehement und offen wie im letzten Kapitel. Eine Kritik, die teilweise auch eine etwas subjektiv gefärbte

55 vgl. IG Autorinnen Autoren. Die Förderung der Kunst ist eine gesetzlich festgelegte Verpflichtung. Grundsatzbeschlüsse des Präsidiums, der Geschäftsführung und des Vorstands der IG Autorinnen Autoren zum Umgang mit der neuen österreichischen Bundesregierung. in: Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien. S. 155

56 Reinfeldt, Sebastian. Charta „Opposition braucht Regeln“ in: Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien. S. 149

57 Marchart, Oliver. Kulturarbeit als „freie Opposition“ in: Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien. S. 49 - 55

58 ebd. S. 53

Interpretation von Daten mit einschließt.⁵⁹

2.5. VORSCHLÄGE ZUR REFORM DER KULTURPOLITIK UM DIE JAHRTAUSENDWENDE

Rund um die Jahrtausendwende erschienen, wohl nicht zufällig, eine Reihe von Publikationen zur Zukunft der österreichischen Kulturpolitik. Da Netzwerk sowohl von Seiten der Stadt Wien als auch von den, in seine Entwicklung involvierten, KünstlerInnen und Kulturschaffenden stets als Innovation in der Kulturpolitik dargestellt wurde, soll im Folgenden am Beispiel dreier dieser Publikationen ein kurzer Blick auf die Forderung geworfen werden, die zu Beginn des dritten Jahrtausends an die Kulturpolitik gestellt wurden.

2.5.1. Weißbuch

Beginnen werde ich mit dem 1999 von der Republik Österreich selbst in Auftrag gegebenen „Weißbuch. Zur Reform der Kulturpolitik in Österreich“⁶⁰. Es entstand in einer mehr als einjährigen Zusammenarbeit verschiedener ExpertInnen aus dem Kunst- und Kulturbereich und hatte die Aufgabe, notwendige Reformen im kulturpolitischen Bereich aufzuzeigen. Zwar geschah dies ausführlich, vor dem Hintergrund der tatsächlich von der schwarz-blauen Regierung umgesetzten Veränderungen entsteht jedoch fast der Eindruck, die österreichische Kulturpolitik nach 2000 hätte alles getan, um die Vorschläge nicht in die Realität umzusetzen.

Gleich zu Beginn der Einleitung wird folgende Definition des staatlichen Verantwortungsbereiches gegeben: „Ein Staat muß neben sprachphilosophischen Auseinandersetzungen vor allem handeln und Verantwortung übernehmen. Nur er kann den sozialen Ausgleich und Notwendiges jenseits von Angebot und Nachfrage garantieren. Da er diese Monopole hat, muß er sich immer wieder festlegen: Was dürfen die Menschen in kulturellen Dingen von ihm erwarten?“⁶¹ Weiters solle staatliches Handeln, als ein am Gemeinwohl orientiertes, der Grundversorgung sowie sozialem Handel Vorrang gewähren und daher für eine Kultur eintreten, die sich für gesellschaftliche Fragen einsetzt. Wie unschwer zu

⁵⁹ Dieser „Vorwurf“ meinerseits ergibt sich vor allem daraus, dass sie lediglich das Kunstbudget des Jahres 2002 heranzieht, um die Höhe der Fördersummen der einzelnen Sparten mit jenen aus dem Jahre 1999 zu vergleichen, und die Daten des Jahres 2001 unberücksichtigt lässt, obwohl diese zu einem anderen Ergebnis führen würden und die Budgets der beiden Jahre gemeinsam beschlossen worden sind.

⁶⁰ Bogner, Dieter (Hrsg.) (1999) Weißbuch. Zur Reform der Kulturpolitik in Österreich. Wien.

⁶¹ ebd. S. 13

erkennen ist, handelt es sich hier um eine Aufgabendefinition von Kulturpolitik, die der weiter oben präsentierten diametral entgegengesetzt ist. Kulturpolitik nämlich gerade als Gesellschaftspolitik und nicht lediglich als Investitionsprogramm, kein passiv ermöglichender Staat, der das Feld der Wirtschaft überlässt, sondern einer, der Verantwortung für Kulturpolitik übernimmt und notwendige Entscheidungen trifft. Noch deutlicher wird diese Ablehnung ökonomischer Logiken zwei Seiten später formuliert, wobei hier aus der heutigen Perspektive der Eindruck entsteht, es würde sich vielmehr um Wunschdenken als um die Beschreibung der tatsächlichen Situation handeln:

„Mittlerweile herrscht in Österreich breites politisches Einverständnis, was die Freiheit der künstlerischen Produktion und den demokratischen Zugang zu Kultur betrifft. Übereinstimmung besteht auch in der Ablehnung undifferenzierter Auffassungen, denen zufolge die Kultur lediglich als Wirtschaftsfaktor dient. Kein Land wird lediglich auf die Vermehrung seines materiellen Wohlstands bedacht sein. Deshalb hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß gerade Kultur, wenn sie sich mit gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzt, die Gemeinschaft hinausführt aus dem Denken in Kategorien wirtschaftlicher Notwendigkeit.“⁶²

Da Kulturpolitik hier noch als Gesellschaftspolitik verstanden wird, wird den gesellschaftlichen Langzeitwirkungen auch der Vorrang gegenüber dem Publikumszuspruch gegeben und eine Instrumentalisierung zu Gunsten parteipolitischer Interessen abgelehnt. Fast schon hellseherisch wirken die folgenden Zeilen, ruft mensch sich den ab 2000 auf Regierungsebene zur Anwendung kommenden Kulturbegriff der FPÖ ins Gedächtnis:

„Kultur muß auch nicht als Agentur für nationale Identitätsbildung und Normalität verstanden werden. Eine wesentlich attraktivere Rolle wird ihr, genau umgekehrt, für verschiedenste Formen von Skepsis und die kritische Überwindung des jeweils als normal Bezeichneten zugeschrieben.“⁶³

Die VerfasserInnen verorten einen kulturpolitischen Verkleinerungsprozess, sehen Differenzen sich im Modernisierungsprozess aufheben und Kunst in Repräsentation verschwinden. Um diesem Zustand abzuhelfen, fordern sie kulturpolitische Verantwortliche dazu auf, sich auch über die Frage nach der Höhe/Verteilung von Subventionsmitteln hinaus für Kulturpolitik verantwortlich zu fühlen und erst dann Förderungen zu erteilen, wenn sich die auf Basis von Prioritätensetzungen getroffenen Vorkehrungen als unzureichend erweisen.⁶⁴ Weiters sprechen sie

62 ebd. S. 15

63 ebd. S. 15

64 Die Bedeutung des zweiten Halbsatzes erscheint mir hier etwas rätselhaft, da die nahe liegende Interpretation, nämlich die Aufforderung auf staatliche Subventionen erst dann zurückzugreifen, wenn wie auch immer definierte Prioritätensetzungen nicht auf anderem Weg durchgesetzt werden können, mir widersprüchlich und eher in den neoliberalen Creative Industries Diskurs zu passen scheint.

sich für eine verstärkte ExpertInneneinbindung aus und dafür, dass sich auch die Ressortleitung selbst mit kulturpolitischen Fragestellungen befasst und sich entsprechend einarbeitet. Außerdem sollen Kunst-, Kultur- und Bildungsressorts nicht länger nach parteipolitischen Richtlinien gegliedert werden, sondern die Einteilung auf sachpolitischer Grundlage erfolgen. Schließlich sei es Aufgabe der Kulturpolitik, der Gesellschaft den Wert künstlerischer Arbeit zu vermitteln.⁶⁵

Betreffend die Fördermittel wird nahe gelegt, Neuentwicklungen in der Kunst nicht länger als Kostenfaktor zu begreifen und das Kunstbudget zu erhöhen. Die Förderungspraxis wird als in hohem Maße von Informalität und Personalisierung geprägt dargestellt, Transparenz stelle sich erst im Nachhinein über Kunst- und Kulturberichte ein. Um dieser Situation Abhilfe zu verschaffen, wird die Festlegung von Ausgangspositionen und Zielen der Kulturpolitik, sowie eine Abstimmung bezüglich dieser zwischen Kunst- und Kulturverwaltung gefordert. Weiters soll eine „Gewaltentrennung“ zwischen kulturpolitischer Planung, Durchführung und Überprüfung der (Nicht)Erfüllung von Zielen durchgeführt werden. Von besonderer Wichtigkeit ist den Autoren des Weißbuches auch die Etablierung von individuellen Vertragsvereinbarungen, da zum damaligen Zeitpunkt Rechte und Pflichten der Subventionierten nur grob im Rahmen der Finanzgesetze und auf Grundlage des Kunst- und Kulturförderungsgesetzes geregelt waren, nicht jedoch allgemeine Vertragsbedingungen existierten.



Auch im Bereich der Neuen Medien, in dem sich Netznetz ja zweifelsohne verortet, gibt es eine Reihe von Reformvorschlägen. Grundvoraussetzung sei ein breiter Zugang sowie eine emanzipative Nutzung des Internets, was zur Stärkung der Pluralität unabdingbar sei. Voraussetzung dafür wäre wiederum eine lebendige Szene, die sich im dritten Sektor neben Staat und Markt etablieren könne, und entsprechende Kommunikationsplattformen und Produktionsräume.

Eine Reihe offener Fragen existiert den VerfasserInnen zufolge im Bereich der Neuen Medienkunst, die sich dadurch auszeichne, dass Unterschiede zwischen Produktion und Konsumation nicht länger existierten - ein Umstand, der neue Möglichkeiten der Verbreitung eröffne, aber ebenso wirtschaftsrechtliche Fragen, wie jene des Copyrights. Hier wäre die Expertise der Kunst nötig, um Rahmengesetzgebungen für den Bereich der Neuen Medien zu erstellen sowie kompetente AnsprechpartnerInnen mit klar definierten Zuständigkeiten im Kunst- und Kulturministerium. Auch die Ausdehnung des Kuratorenmodells auf den Bereich der

65 vgl. Bogner, Dieter (Hrsg.) (1999) Weißbuch. Zur Reform der Kulturpolitik in Österreich. Wien. S. 23f

Medienkunst sei überlegenswert.

2.5.2. organisierte Kreativität

Eine gänzlich andere Sichtweise von Kunst, Kultur und Politik kommt im Rahmen des ebenfalls 1999 stattfindenden Symposiums „Die organisierte Kreativität. Kultur. Software. Wachstum“ zum Ausdruck. Organisiert wurde es vom späteren Kunststaatssekretär Franz Morak im Siemensforum Wien, wobei der Austragungsort bereits seinen Schatten auf das im Rahmen der einleitenden Worte von Morak Gesagte vorauswirft. So existiert für ihn nicht nur eine „fruchtbare und zwingende Synthese zwischen kreativer Intelligenz und Wirtschaft“⁶⁶, die durch die Konzentration des kreativen Potentials der Gesellschaft im Feld der Alltagskultur entstanden sei, sondern er verortet auch ein neues Tätigkeitsfeld für die Kunst: „Der Wettbewerb hat sich von der Ebene der besten Qualität und dem mindesten Preis [sic!] zu einer sozusagen kulturellen Individualisierung prinzipiell austauschbarer Produkte verlagert, zwischen denen der Unterschied nur mehr im kulturellen Mehrwert für den Produzenten liegt. Kreativität organisiert sich heute rund um industrielle Produkte. Energien, die noch vor kurzem scheinbar exklusiv der 'Kunst' gewidmet waren, sind heute Bestandteil eines kollektiven, lebenskünstlerisch inspirierten, kulturellen Experiments.“⁶⁷

Aus eben diesem Grund sieht er Kulturschaffende auch nicht länger als „arme Poeten“, die sozialpolitischer Unterstützung bedürfen. Als Versagen der österreichischen Kulturpolitik bewertet er jedoch den Umstand, dass es dieser nicht gelungen sei, den wirtschaftlichen Aspekt kulturpolitischen Arbeitens zu erkennen.

Das wohl beste Beispiel für das sich hier abzeichnende Verständnis von Kunst im Dienste der Wirtschaft liefert dann nicht nur die Besetzung, sondern auch der Diskussionsinhalt des im Rahmen des Symposiums abgehaltenen Panels für Neue Medien. Von den insgesamt fünf Teilnehmern ist nur einer Künstler, nämlich Peter Weibel, weiters befindet sich mit Herbert Hrachovec ein Philosoph, der sich schwerpunktmäßig mit Neuen Medien befasst, auf dem Panel, die übrigen drei Teilnehmer können aber mit gutem Gewissen der Wirtschaft zugerechnet werden: Franz Manola, Chef der Informationstechnik des ORF, Karl-Ulrich Stein, Abteilungsleiter bei Siemens und Anton Zeilinger. Letzterer zeigt sich selbst überrascht, eingeladen worden zu sein, was auch der Grund dafür sein mag, dass ihm in seinem

66 Morak, Franz (Hrsg.) (1999) Die organisierte Kreativität. Kulturpolitik an der Wende zum 21. Jahrhundert. Wien. S. 8

67 ebd. S. 9

Impulsreferat zum Stichwort Kultur nicht mehr als Mozart und Klimt einfallen mag, während er Neue Medien alleinig mit dem Internet in Verbindung bringt. Der Rest der Diskussion verläuft ähnlich. Peter Weibel ist wenig überraschend der Einzige, der tatsächlich über Kunst und den „Kampf“ gegen moderne Kunst in Österreich spricht, der Rest des Gespräches kreist um das Medium Internet und den Fortschritt im Allgemeinen.⁶⁸

2.5.3. sektor3/kultur

Der so genannte dritte Sektor – ein Begriff, der heute schon wieder sämtliche Aktualität eingebüßt zu haben scheint, im Jahr 2000 jedoch als eine Art Kampfbegriff für jene von der Zivilgesellschaft „besetzte“ Zone zwischen Staat und Wirtschaft Verwendung fand – machte sich im Rahmen einer Konferenz mit dem Titel sektor3/kultur ebenso Gedanken über zukünftige Strategien in der Kulturpolitik. Diese Konferenz fand jedoch erst im Frühjahr 2000  und war daher stark vom Widerstand gegen die schwarz-blaue Regierung geprägt, was auch an Hand weiter oben zitierter Auszüge bereits deutlich wurde. In diesem Kontext ist es daher kaum überraschend, dass auch der Kunst- und Kulturbegriff, gemeinsam mit dem des dritten Sektors, zu einem für den Widerstand instrumentalisierten wurde. Diesem Verständnis folgend definiert Gerald Raunig in seinen einleitenden Worten den Titel der Konferenz sektor3/kultur als einen „Kampfbegriff, der die politischen Kunst-, Kultur- und Medieninitiativen gegen die neoliberale Instrumentalisierung als Objekt der Ökonomie genauso wie gegen die Übergriffe eines mehr und mehr sich kulturkämpferisch gebärdenden Staat positioniert.“⁶⁹ In Bezug auf die Funktion von Kunst und Kultur schreibt er: „Wenn Kunst und Kulturarbeit in Bezug auf die Gesellschaft eine hervorragende Funktion haben, dann die der Kritik und des Widerstands, explizit wie implizit, inhaltlich wie formal. Gerade wenn und wo Kunst und Kulturarbeit dieser demokratiepolitischen Funktion entspricht, müßte sie auch von einem progressiven Staat finanziert werden. In einem repressiven Staat natürlich nicht.“⁷⁰ Aus diesem Grund zeigt er sich von der Subventionspolitik der damaligen Regierung – die im Wesentlichen in der Kürzung der Mittel für gesellschaftskritische, prozessorientierte Gegenwartskunst bestand –, nicht überrascht und befürchtet lediglich, diese Spaltung könne sich auch intern fortsetzen und zu einer „Kannibalisierung“ der Szene führen. Ähnliche Befürchtungen hegt auch Rolf Schwendtner und fordert daher zu einer Vernetzung des gesamten dritten Sektors auf, unter anderem um die

68 vgl. ebd. S. 12 - 36

69 Raunig, Gerald. Repression: Intensity increasing. Zwischen schleichender Repression und offenem Kulturkampf. in: Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien. S. 25

70 ebd. S. 27

Konkurrenz untereinander zu vermindern.⁷¹⁷²

Robert Zöchling hingegen kann mit der Etablierung von Kampfbegriffen, besonders mit jener des dritten Sektors, relativ wenig anfangen und spricht sich für einen Kampf mit den Mitteln von Kritik und Widerstand aus: „Die Wahlmöglichkeiten sind in allen *entwickelten* Demokratien minim[al] und es weist nichts darauf hin, daß es gerade in Österreich anders sein könnte. Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und sozialer Fortschritt werden wohl auch weiterhin Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und sozialer Fortschritt heißen – ändern wird sich nur das Leben unter ihnen, und das wird uns an Zivilisations-Dekonstruktion nicht schuldig bleiben. Solcher faktischer Dekonstruktion ist nicht Begriffs-Rekonstruktion oder Symbol-Rekuperation entgegenzuhalten, sondern *Kritik* und *Widerstand*.“⁷³

Jedoch ist Kritik und Widerstand nicht immer so leicht umzusetzen und so ist es durchaus möglich, dass sich gesellschaftskritische Kulturschaffende plötzlich als Avantgarde jenes von den Creative Industries gewünschten „Humankapitals“ wiederfinden. Denn gerade die spezifischen Arbeitsumstände und -verhältnisse des Kunst- und Kultursektors sind Vorzeigemodelle für jene Prekarität, die in zunehmendem Maße die Gesellschaft prägt: „Kurz – wir bilden das ideale Stammpersonal für die 'New Economy'. Postfordistische Werte wie Produktivität oder Flexibilität – von uns analytisch immer wieder als disziplinierende Normen des Systems verdammt – sind uns selbst zur zweiten Natur geworden.“⁷⁴ Ein Umstand der schließlich zu folgender These führt, die glaube ich, für den weiteren Verlauf meiner Arbeit zentral sein wird: „Offensichtlich fungiert heute Nonkonformität als stimulierende Produktivkraft oder ist zu einem Gegenstand der Konsumtion und Distinktion verkommen... Sind wir nicht eher ein Teil des Problems und nicht – wie gedacht – ein Teil der Lösung?“⁷⁵

71 vgl. Schwendtner, Rolf. Die Zivilgesellschaft ist mehrheitlich arm. in: Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien.

72 Dass durch einen Vernetzungsprozess jedoch nicht zwingendermaßen die Konkurrenz untereinander minimiert werden muss, sondern dieser auch den gegenteiligen Effekt haben kann, wird zu einem späteren Zeitpunkt am Beispiel Netzwerk deutlich werden.

73 Zöchling, Robert. Kritik statt Sektor. Es gibt keine Öffentlichkeit – es sei denn, wir schaffen sie. in: Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien. S. 78

74 Schöllhammer, Georg. Einige Lehren aus den Neunziger Jahren. Oder: was das ist eigentlich, eine kritische Institution im Kulturbetrieb? in: Becker, Konrad und Martin Wassermair (Hrsg.) (2008) Kampfzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik. Wien. S. 169

75 ebd.

2.6. DIE PUBLIC NETBASE

Die folgenden Zeilen werden sich mit der Medienkunst- und -kulturinstitution Public Netbase beschäftigen. Dies geschieht nicht nur, um einen Schritt vom Allgemeinen ins Konkrete zu machen, indem der Fokus von allgemeinen kulturpolitischen Betrachtungen auf den Bereich der Medienkunst und -kultur verengt wird, sondern auch, weil mir die Geschichte der Public Netbase als das ideale Bindeglied zwischen dem bereits Gesagten und dem noch zu Sagenden erscheint. Einerseits wird an ihrem Beispiel die kulturpolitische Situation, wie sie sich Ende der 90er Jahre/Anfang des 21. Jahrhunderts in Österreich präsentierte, deutlich und viele der als charakteristisch für die „neue“ Kulturpolitik bezeichneten Elemente werden im Umgang der Kulturpolitik mit der Public Netbase wieder auftauchen, andererseits fiel das endgültige (finanzielle) Ende der Institution mit der Etablierung des Fördersystems Netzzetz zusammen.

Das Institut für Neue Kulturtechnologien/t0 wurde 1994 von Konrad Becker und Francisco de Sousa Webber in Wien gegründet und lief zuerst nur in rein virtueller Form auf einem Server des Wiener AKHs. Bald jedoch hatte das Institut im ehemaligen Wiener Messepalast und heutigen Wiener Museumsquartier auch eine Verortung im Realraum und wurde als Public Netbase institutionalisiert. Das Ziel war laut Francisco de Sousa Webber ein simples: „We wanted to give web access to a large audience, in particular artists and younger people, and the public in general. We would educate anyone interested in the web, from organizing workshops for hands-on instruction to hosting week-long festivals sporting international multimedia artists, theorists and pioneers.“⁷⁶

2.6.1 im Konflikt mit den Hegemonen...

Eben diese Festivals und Workshops waren der FPÖ bereits 1998 ein Dorn im Auge, als die Partei behauptete, Public Netbase vertreibe „härteste Hardcore Pornographie“ auf Staatskosten.⁷⁷ Der darauf folgenden Klage vor dem Handelsgericht in Wien wurde stattgegeben, die Public Netbase erreichte eine einstweilige Verfügung gegen Haider und dieser durfte zukünftig nicht

⁷⁶ de Sousa Webber, Francisco. Building a Netbase from Scratch. in: Ćurčić, Branka und Zoran Pantelić (2008) Public Netbase: Non Stop Futur. New Practices in Art and Media. Frankfurt. S. 274

⁷⁷ vgl. „sex.net“: Netbase klagt die FPÖ. in: Der Standard vom 15. Juli 1998, S. 15

länger behaupten, die Netzkulturplattform vertreibe Pornographie im Internet.⁷⁸

Mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jänner 2000 ging die Public Netbase ebenso wie zahlreiche bereits erwähnte Kunst- und Kulturschaffende in die Opposition. Dabei machte die Kulturinitiative nicht nur Platz auf ihrem Server für regierungskritische Gruppen wie *gettoattack*, *volkstanz.net* oder *no-racism.net*⁷⁹, sondern vergab auch den „Austria Web Resistance Award“ für regierungskritische Aktivitäten im Netz.⁸⁰ Weiters folgten mit den Aktionen *System 77* *Civil Counter Reconnaissance* und *ZKW* zwei Beispiele regierungskritischer Intervention zu einem Zeitpunkt, als die breite Welle des Protests bereits wieder abgeklungen war.

Im ersten Fall wurde 2004 ein ziviles Überwachungssystem der Öffentlichkeit vorgestellt, dessen Ziel es war, mit Hilfe von Drohnen die Anwendung von Polizeigewalt vor allem bei Demonstrationen zu überprüfen und auf diese Art und Weise nicht nur die zunehmende Überwachung von staatlicher Seite und die missbräuchliche Anwendung von Polizeigewalt zu thematisieren, sondern auch die Notwendigkeit eines gleichberechtigten Zugangs zu Technologie für alle zu unterstreichen: „One possible way of empowering civil society is through the use of counter-surveillance technologies to actually see and observe how the state acts, to exercise control, to turn the mechanics of control back on the state...It's just a technology, it's nothing else, and technology should always be empowering all levels of society, not only those in power.“⁸¹

Beim im „Gedenkjahr 2005“ durchgeführten Projekt *ZKW* (*Zellen Kämpfender Widerstand*) handelte es sich um die vorgetäuschte Entführung einer Kuh. Die politische Gefangene war eine jener Kühe, die im Rahmen eines, der von *25pieces* im Gedenkjahr organisierten, „Kunstprojekte“ vor dem Belvedere weideten, um an die Nachkriegsjahre in Wien zu erinnern. Da die Forderungen der Entführer – unter anderem die Errichtung eines Museums für Deserteure im Museumsquartier und eine öffentliche Erklärung von Bundeskanzler Schüssel und ORF-Generalintendantin Lindner über die von ihnen betriebene Geschichtslüge – nicht erfüllt worden waren, wurde die Kuh schließlich gesprengt – rein virtuell allerdings. Ziel der Aktion war hauptsächlich eine kritische Thematisierung des Gedenkjahres und dessen Umsetzung von Seiten der Republik Österreich/ *25pieces*.

78 vgl. APA. Einstweilige Verfügung gegen Haider. in: *Der Standard* vom 30. September 1998, S. 9

79 vgl. Ludwig, Katharina. *Opposing Nest Culture. The Political Conflicts of Public Netbase 1994- 2006*. in: Ćurčić, Branka und Zoran Pantelić (2008) *Public Netbase: Non Stop Futur. New Practices in Art and Media*. Frankfurt. S. 282

80 vgl. Trenkler, Thomas. *Kulturschau*. in: *Der Standard* vom 30. November 2000, S. 15

81 Peljhan, Marko. *On the S77CCR-Consortium*. in: Ćurčić, Branka und Zoran Pantelić (2008) *Public Netbase: Non Stop Futur. New Practices in Art and Media*. Frankfurt. S. 138f

Als Reaktion auf dieses regierungskritische Engagement und somit als eine Art Gegenschlag von Seiten der Regierung wird die von Franz Morak im Jahr 2000 angeordnete Finanzprüfung der Public Netbase interpretiert, und zwar nicht nur von ihren Mitgliedern, sondern auch vom Kulturjournalisten Thomas Trenkler. Diese Überprüfung der Subventionen zwischen 1997 und 1999 „auf den Widmungs- und Förderungszweck der Subventionen“ erfolgte trotz eines jährlichen Bilanznachweises von Seiten der Netbase und obwohl ein anderer Controller und Unternehmensberater der Netbase erst 1999 ein ausgezeichnetes Zeugnis ausgestellt hatte.⁸² Die laufende Wirtschaftsprüfung war dann auch der Grund, warum das mit Kultur betraute Staatssekretariat die Bundesförderungen für die Kulturinstitution zurückhielt. Als dann im November 2000 der endgültige Prüfbericht vorlag und keinerlei Beanstandungen enthielt, richtete Morak noch elf ergänzende Fragen an die Public Netbase. Nachdem auch diese beantwortet waren, gab es schließlich doch eine Entscheidung bezüglich der Subventionen: Die Netzkulturplattform erhielt für die Jahre 2000 und 2001 jeweils eine Million Schilling an Förderungen vom Bund. Die dadurch erfolgte Kürzung von 1,3 Millionen gegenüber dem Jahr 1999 wurde mit den Ergebnissen der Wirtschaftsprüfung begründet sowie mit der Einschätzung der künstlerischen Aktivitäten der Public Netbase als „sehr gering“ von Seiten des Beirats.⁸³ Ein Indiz dafür, dass hinter Wirtschaftsprüfung und Subventionskürzung der Versuch steht, den Hund, der nicht nur die Hand beiße, sondern die Halsschlagader, wie FPÖ-Politiker Karl Schweitzer behauptete⁸⁴, zum Schweigen zu bringen, ist die Tatsache, dass mit der Subventionskürzung von Seiten des Bundes eine Vervierfachung (auf 290 000 Euro) dieser von Seiten der Stadt Wien einherging.⁸⁵

2.6.2. ... und einem repräsentativen, kulturwirtschaftlichen Kunstverständnis

An Hand der Ereignisse rund um die Public Netbase lässt sich nicht nur der Umgang der Kulturpolitik mit zeitgenössischen, kritischen Künstlergruppen illustrieren, sie liefern auch Beispiele für den Stellenwert von prozessorientierter Gegenwartskunst gegenüber repräsentativer Hochkultur und für die Bedeutung neoliberaler Ansätze in Bezug auf Kunst.

Wie bereits weiter oben erwähnt, hatte die Public Netbase bis 2001 im MQ ihr Quartier im Realraum. Eingezogen war sie dort 1994, also zu einem Zeitpunkt, als das Museumsquartier noch

82 vgl. Trenkler, Thomas. Museumsquartier und Zwickmühle. in: Der Standard vom 26. Mai 2000, S. 2

83 vgl. Trenkler, Thomas. Wie Franz Morak Entscheidungen fällt. in: Der Standard vom 17. Februar 2001, S. 18 und Subventionskürzung für Public Netbase. in: Der Standard vom 6. März 2001, S. 16

84 vgl. „Kunstherrzmansky“ als „Touristenfalle“. in: Der Standard vom 17. November 2000. S. 11

85 vgl. Trenkler, Thomas. Triste Bilanz im letzten Paradies. in: Der Standard vom 2. Juli 2003, S. 23

weit von seiner heutigen Erscheinungsform entfernt war und von wesentlich mehr BauarbeiterInnen als TouristInnen bevölkert war. Auf Grund dieses Baustellencharakters des MQs zahlten die damals dort ansässigen Kulturinitiativen – neben der Public Netbase noch das Depot und die basis Wien – keine Miete, sondern lediglich Betriebskosten und befanden sich im Zustand eines Prekariums, das jederzeit widerrufen werden konnte. Dies geschah auch Ende 2000, als den drei „Drittnutzern“ mitgeteilt wurde, sie hätten die Räumlichkeiten bis Ende Juni 2001 zu räumen. Was folgte, war ein langer „Kulturkampf“ zwischen der Leitung des Museumsquartiers und Public Netbase sowie Depot, der sich vor allem um die Fragen drehte, ob die ehemaligen Drittnutzer wieder einziehen dürften und wenn ja zu welchen Bedingungen (Miete, zugestandene Fläche), und der von Besetzungen, Räumung- und Besitzstörungsklagen begleitet wurde. Interessant ist in diesem Kontext weniger der genaue Verlauf dieses Kampfes, sondern vielmehr die Tatsache, dass mit großen, Touristenströme anziehenden „Kulturtankern“, wie dem Leopoldmuseum oder dem MUMOK, ganz eindeutig die repräsentative, tourismusfördernde Hochkultur den Vorzug erhielt und die Art und Weise, wie versucht wurde (und auch heute noch versucht wird), die kleinen im MQ ansässigen Kulturinitiativen in das Gesamtkonzept Museumsquartier einzubinden und entsprechend zu vermarkten. Die von Wolfgang Waldner, dem Geschäftsführer der Museums Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, hierfür vorgeschlagene Strategie bestand in der Etablierung des quartier21, eines „Experimentierfeld[s] und Zukunftslabor[s]“, in dem eben jene kleinen Kulturinitiativen Platz finden sollten, die im Rest des Museumsquartiers von den großen Kulturinstitutionen verdrängt werden. Public Netbase, Depot und basis Wien hätten den Plänen Waldners zufolge Teil dieses „alternativen“ Teils des MQ werden sollen. Keiner der drei zeigte sich jedoch sonderlich begeistert von dieser Idee, da nicht klar war, worin – abseits der Möglichkeit einer Vermarktung unter gemeinsamen Namen und einer besseren Kontrollmöglichkeit von Seiten der Museumsquartierleitung – die Funktion des quartier21 liegen sollte. Stella Rollig und Wolfgang Zinggl, beide ehemalige BundeskuratorInnen und zum damaligen Zeitpunkt im Vorstand des Depot, schrieben hierzu: „Keiner der drei angesprochenen Vereine fühlt sich indes vom 'Quartier21' in irgendeiner Weise angetan. Weder weiß irgendjemand, was das werden soll, noch welchen Grund es gibt, etwas zu konstruieren, was ohnehin schon besteht....Es [=Depot] hat sich ein kantiges, kritisches Profil erarbeitet, für das eine Vereinnahmung unter ein stromlinienförmiges Marketingkonzept Gift wäre.“⁸⁶

86 Rollig, Stella und Wolfgang Zinggl. Happy End auf der Baustelle? in: Der Standard vom 27. April 2000, S.33

Wiederum findet sich hier jene Instrumentalisierung kritischen Kunst- und Kulturschaffens zu Gunsten des neoliberalen Systems, von der Georg Schöllhammer spricht, diesmal in Gestalt kleiner Kulturvereine, die zu einer Art „Dachverband“ zusammengefasst, den Marktwert des MQ durch ihre Nonkonformität und die von dieser angesprochenen Besucherschichten erhöhen sollten.

Einer anderen Konfrontation mit neoliberalen Logiken des Regierens provozierte die Public Netbase ganz bewusst im Jahr 2003. Gemeinsam mit einem italienischen Künstlerkollektiv hatte sie es sich zum Ziel gesetzt, die Kommerzialisierung und Privatisierung des öffentlichen Raumes zu problematisieren. Dazu errichteten sie auf dem Karlsplatz in Wien einen Glascontainer und behaupteten, dieser wäre von der Firma Nike dort aufgestellt worden, die den Karlsplatz von der Stadt Wien gekauft hätte und in ähnlicher Weise mit vormals öffentlichen Plätzen auf der ganzen Welt zu verfahren gedenke, um diese so als Werbeinstrumente für die eigene Marke einzusetzen. Da der Fake nicht sofort enttarnt wurde und sogar Thomas Rottenberg vom Standard darauf hereinfiel, gelang es tatsächlich, die Problematik der Privatisierung öffentlicher Räume für einige Tage im öffentlichen Diskurs zu halten.⁸⁷

Das Ende der Public Netbase kam 2006 und war finanziell bedingt. Nachdem die Bundesförderungen von Jahr zu Jahr geringer geworden waren – 2005 betrugen sie 30.000 Euro, für 2006 scheint die Netzkulturplattform nicht mehr im Kunstbericht des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur auf, was darauf schließen lässt, dass die Förderungen völlig gestrichen wurden⁸⁸ – führte die Stadt Wien, die bis zu diesem Zeitpunkt den größten Teil der Subventionen für die Public Netbase stellte, ein neues Fördermodell ein.

Inwiefern das Ende der Netbase mit der Etablierung von Netznetz zusammenhängt, ist dabei ebenso umstritten wie die Frage, ob die MA7 bereit gewesen wäre, die Netbase in gleicher Höhe wie bisher zu fördern. Während Konrad Becker und Martin Wassermair schreiben: „At the beginning of 2006 [...] Public Netbase was told that all funding from the City Government's culture department would be withdrawn for good.“⁸⁹, beteuert Sylvia Faßl-Vogler von der MA7,

87 Angemerkt muss an dieser Stelle jedoch werden, dass die Lenkung der öffentlichen Aufmerksamkeit auf diese Problematik wohl nicht der einzige Motivationsgrund für die Aktion der Public Netbase war, sondern ihre Mitglieder damit auch ihren Anspruch auf Repräsentation am „Kunstplatz Karlsplatz“ zum Ausdruck bringen wollten.

88 vgl. Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur „Kunstbericht 2006“ 2007
http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15397/kunstbericht_2006.pdf (20.11.2008)

89 Becker, Konrad und Martin Wassermair. Public Netbase. A Political Controversy. in: Ćurčić, Branka und Zoran

von Seiten der Stadt hätte sehr wohl die Bereitschaft bestanden, die Netbase weiterhin mit 218.000 Euro zu fördern, ihre Mitglieder hätten jedoch unerfüllbare finanzielle Förderungen gestellt. Auch sieht sie keinen Zusammenhang zwischen der Gründung Netznetz und dem Ende der Netbase. Es wäre einfach nur Pech gewesen, dass die „Enkel der Netbase“ genau in diesem Moment Netznetz gegründet und „sich emanzipiert“ hätten: „Das Netznetzgeld hätte es geben, unabhängig von der Netbase. Wir hätten auch die Netbase weiter gefördert.“⁹⁰

Pantelić (2008) Public Netbase: Non Stop Futur. New Practices in Art and Media. Frankfurt. S.279
90 Anhang 2, Interview mit Sylvia Faßl-Vogler

3. NETZNETZ

Die folgenden Seiten sollen nun endlich voll und ganz dem Hauptthema meiner Arbeit, Netznetz, gewidmet sein. Ich werde versuchen, alles das, was hinter diesem Überbegriff steckt – von einer Gegenstandsdefinition über die interne Organisation und die verschiedenen Wahlmodelle bis zum Verhältnis mit und zur Kulturabteilung der Stadt Wien – so klar wie möglich, aber dennoch in all seiner Widersprüchlichkeit darzustellen. Dabei soll es sich um eine absichtlich deskriptiv gehaltene Präsentation der Sachverhältnisse handeln, in der ich mich mit meiner eigenen Analyse und Kritik so weit wie möglich zurückhalten möchte. Eine Analyse hinsichtlich der für die Forschungsfrage relevanten Aspekte von Neoliberalismus und Basisdemokratie/Selbstbestimmung wird dann im letzten Kapitel erfolgen.

3.1. WER IST NETZNETZ?

Von einer „losen Vereinigung junger Netzkulturinitiativen im Raum Wien“⁹¹ zu einer „Bande von Desperados, die kein Geld bekommen haben und jetzt Geld bekommen wollen“⁹²

Netznetz ist ein gutes Beispiel dafür, wie Begriffe innerhalb kürzester Zeit ihre Bedeutung ändern können. Wirft mensch heute einen Blick auf <http://netznetz.net> so findet sich auf der Startseite folgende Definition: „Netznetz ist ein von der MA7 (Kulturabteilung) bzw. dem Fördertopf für Neue Medien der Stadt Wien finanziertes, selbstverwaltetes Fördersystem für Netzkunst und Netzkultur.“⁹³

Gegenwärtig mag dies tatsächlich eine zutreffende, das heißt, eine von der Mehrheit der bei Netznetz involvierten Personen geteilte, Definition sein. Dennoch wird kaum eine/r der Beteiligten ihre/seine Narration mit Netznetz als Fördersystem beginnen, wird sie/er nach dessen Geschichte gefragt.

Große Einigkeit scheint darin zu bestehen, das von Super.net im Mai 2004 veranstaltete Festival

91 vgl. Anhang 12, Interview mit Stefan Nussbaumer

92 Anhang 8, Interview mit Liz Haas

93 Netznetz. „Netznetz“ 9. Dezember 2008. <http://netznetz.net/wiki/Hauptseite> (11.12.2008)

„coded cultures“ als Konstitutionspunkt von Netznetz zu betrachten, genauer den von Thomas Thurner und Lorenz Seidl (esel) in diesem Rahmen gehaltenen Vortrag „hybrid cultures“, der Auslöser für eine rege Diskussion über die Situation von Netzkulturschaffenden in Wien war und den „Bedarf nach Sichtbarkeit (...) für Kulturakteure, die jenseits kommerzieller Strategien von Repräsentation, Macht und Öffentlichkeit agieren wollen“⁹⁴, zeigte. Schon damals war auch klar, dass es Ziel von Netznetz ist, sich als Gegenpol zur Netbase zu positionieren. So sprechen Michael Wlodkowski und Matthias Tarasiewicz von Super.net etwa von Netbase bashing⁹⁵, während andere diesen Umstand zwar vorsichtiger ausdrücken, aber dennoch bestätigen.⁹⁶ Ebenso war die Notwendigkeit einer Veränderung der Förderlandschaft im Bereich der Netzkultur laut Thomas Thurner schon im Rahmen von Coded Cultures Thema.

Es folgten die Einrichtung einer gemeinsamen Mailingliste⁹⁷, monatliche Treffen im Realraum und das von Netznetz organisierte Festival der Netzkulturen im Oktober 2004 sowie die unter Beteiligung von Netznetz stattfindende Ausstellung „Update“ im Jänner und Februar 2005, die beide im Künstlerhaus Wien stattfanden und somit dazu beitrugen, das „undefinierte Etwas Netznetz“⁹⁸ sichtbar zu machen. Zu diesem Zeitpunkt ging es Johannes Grenzfurthner zufolge noch primär um die Sichtbarmachung der an Netznetz Beteiligten und um symbolisches Kapital, Geld sei sicherlich nicht der Hauptmotivationsgrund gewesen.⁹⁹

Als sich dann netznetzintern die Diskussionen über ein neues Fördermodell für Netzkultur in Wien – unter anderem inspiriert von einem Symposium über Reputations- und alternative Währungssysteme im März¹⁰⁰ – intensivierten und auch von Seiten des Kulturstadtrats Andreas Mailath-Pokorny bzw. der zuständigen GemeinderätInnen Interesse an einer Reform des Fördermodells bekundet wurde, war dies der Beginn einer Reihe von Treffen zwischen kulturpolitische VertreterInnen der Stadtregierung und VertreterInnen von Netznetz. Die tatsächliche Ausarbeitung des neuen Modells erfolgte schließlich hauptsächlich durch Netznetz in zahlreichen Plena, Workshops und in dem von der Stadtverwaltung finanzierten Sprint im August 2005¹⁰¹, dessen Ziel es war, innerhalb einer Woche ein softwaregestütztes Fördermodell für

94 vgl. Anhang 1, Interview mit Lorenz Seidler

95 vgl. Anhang 10, Interview mit Matthias Tarasiewicz und Michael Wlodkowski

96 vgl. Anhang 12, Interview mit Stefan Nussbaumer und Anhang 13, Interview mit Thomas Thurner

97 Archiv online unter: <http://listen.esel.at/pipermail/liste/>

98 Anhang 14, Interview mit Thomas Thurner

99 vgl. Anhang 3, Interview mit Johannes Grenzfurthner

100 vgl. binsh „Hacking Workshop - „Unsere eigene Bank“ - Einladung“ 26. Februar 2005

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2005-February/000984.html> (11.12.2008)

101 vgl. Tarasiewicz, Matthias „Final Call netznetz software-sprint 9.- 13. August“ 28. Juli 2005

Netzkultur zu entwickeln, das nach einem selbst verwalteten Reputationssystem funktionieren, also die Reputation der Netzkulturschaffenden in der Netzkulturszene Wiens als Basis für ihre Förderung von Seiten der Stadt Wien heranziehen sollte. Im Zuge des Sprints gelang jedoch nur die Ausarbeitung eines Prototypes, gegen dessen Funktionsweise es eine Reihe von Einwänden gab, weshalb es erst im Rahmen des im Dezember 2005 stattfindenden Symposiums Parliaments of Art zu einer endgültigen Abstimmung und Entscheidung zwischen verschiedenen Modellen kommen sollte. Beschlossen wurde damals, auf Grund exakt gleicher Stimmenanzahl für das Modell Community Game und den in Reichenau angedachten Prototypen, die Realisierung einer Kombination beider Modelle.¹⁰² Die Umsetzung dieser Hybridvariante bedeutete so die weitere Verzögerung einer endgültigen Entscheidung sowie ewige Diskussionen auf der Mailingliste und im Realraum, die, wenn mensch sie heute liest, unweigerlich den Eindruck eines völligen Chaos vermitteln: Die Diskussion scheint sich im Kreis zu bewegen, Kritik an den Modellen kommt von allen möglichen Seiten und erstreckt sich auf alle nur erdenklichen Aspekte – eingegangen wird auf sie nur selten –, Details werden seitenlang diskutiert, während richtungsweisende Entscheidungen oft wochenlang vor sich hergeschoben werden, ... Kurz, die Erstellung eines kohärenten, gut durchdachten Modells scheint in weite Ferne gerückt zu sein, ebenso wie die Möglichkeit, die Mitglieder von Netznz könnten sich je auf ein Modell einigen.¹⁰³

Dennoch schreitet die Entwicklung des Fördermodells voran, wohl auch „motiviert“ von der Tatsache, dass bereits im Frühjahr 2006 die ersten Netznz wahlen angesetzt sind, deren Voraussetzung nun einmal das Modell bildet. Der Preis dafür war jedoch das Ignorieren vieler kritischer Stimmen, so dass die resultierenden Modelle wohl als Schöpfung einiger weniger betrachtet werden müssen und nicht als unter Einbezug der gesamten „Community“ entstandene. Symptomatisch dafür ist die Tatsache, dass am 31. März 2006 im Rahmen eines Plenums nicht nur über das Wahlmodell für die Vergabe der NetworkGrants abgestimmt wurde, sondern auch über die Verlängerung des Mandats des Interimskoordinators Stefan Lutschinger.¹⁰⁴ Eine Ablehnung des Wahlmodells Mana (für die Vergabe der NetworkGrants) hätte ebenso wie die Nichtwahl Stefan Lutschingers die Vergabe der Fördermittel durch die MA7 bedeutet. Da dies lediglich drei Tage vor dem Termin für die Backbone-Wahlen und zu einem Zeitpunkt geschah, als die Einreichfrist für Förderungen aus den Bereichen der Network-Grants und der Backbone-

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2005-July/001596.html> (11.12.2008)

102 vgl. esel „results“ 14. Dezember 2005 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2005-December/002426.html> (12. Dezember 2008)

103 Um einen Eindruck der damaligen Situation zu erhalten, sei ein Besuch des Mailinglistenarchivs empfohlen:
<http://listen.esel.at/pipermail/liste/>

104 Mehr zur Organisation von Netznz weiter unten.

Projekte bereits am Laufen war, stellt sich natürlich die Frage, ob eine freie Wahlentscheidung unter diesen Umständen gegeben war.

Am 3. April 2006 wurde, wie bereits erwähnt, ein Teil der Fördermittel der Stadt Wien erstmals mit Hilfe eines von Netznetz entwickelten Wahlmodells, In Peanuts We Trust¹⁰⁵, das ähnlich wie bei den österreichischen Nationalratswahlen durch direkte Wahl die geförderten Projekte bestimmte, vergeben. Die Vergabe der Network-Grants erfolgte vom 24. - 26. April unter Verwendung des Modells „Mana Community Game“. Entgegen den ursprünglichen Intentionen wurde auch diese Wahl auf dem Papier und nicht mit Hilfe einer Software durchgeführt.¹⁰⁶

Bei den folgenden Wahlen im November 2006 kam im Bereich der Backbone-Projekte wiederum das Modell „In Peanuts We Trust“ zur Anwendung, für die Fördermitteldistribution der Network-Grants wurde mit dem Modell Supertrust, das bereits bei den Parliaments of Art vorgestellt worden war, sozusagen ein altes Modell aus der Schublade geholt.¹⁰⁷ Damit war auch eine der Grundideen von Netznetz, die Fördermittelvergabe mittels einer Software, endgültig Geschichte. Bis zum Dezember 2007 fand Supertrust dann sowohl bei der Vergabe von Backboneförderung als auch im Bereich der Network-Grants Verwendung (allerdings erfolgte eine Namensänderung in die weniger verwirrenden Begriffe Einrichtungsförderung und Projektförderung).

Geändert wurde der Vergabemodus schließlich auf Bestreben der Stadt Wien, die einerseits nach einer genauen Definition der Fördergegenstände verlangte – so wurde die Projektförderung in Digitale Kunst und Digitale Kultur unterteilt –, andererseits die Mittel für die Digitale Kunst über eine Jury und jene für die Einrichtungsförderung wieder via KulturbeamtInnen der MA7 vergeben wollte.¹⁰⁸

Im Dezember 2008 stellten Vertreterinnen der MA7 Netznetz schließlich vor die Wahl, entweder einer Vergabe sämtlicher Projektförderungen mittels einer Jury zuzustimmen, oder aber die Mittel für Digitale Kultur noch einmal via einer Wahl zu vergeben, jedoch begleitend zu dieser eine externe Evaluation zuzulassen, deren Kosten aus dem Förderbudget für Digitale Kultur zu tragen gewesen wären.¹⁰⁹ Da sich Netznetz für die zweite Möglichkeit entschied, wird im

105 Eine Vorstellung der verschiedenen Wahlmodelle folgt später.

106 vgl. Lutschinger, Stefan „Wichtige Community NFO“ 18. März 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-March/002903.html> (12.12.2008)

107 vgl. Netznetz. „Vergabewahl Network, Backbone 2006-11-26“ 25. Jänner 2008 http://netznetz.net/wiki/Vergabewahl_Network%2C_Backbone_2006-11-26 (12.12.2008)

108 vgl. Kaos „Stadtgespräch 04“ 12. November 2007 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2007-November/007162.html> (12.12.2008)

109 vgl. Netznetz. „Evolution2009 – Zur Situation – Jetzt“ 8. Dezember 2008 http://netznetz.net/wiki/Evolution2009_-_Zur_Situation_-_Jetzt (12.12.2008)

Frühjahr 2009 eine Evaluation von außen durchgeführt werden, deren Ergebnisse für Ende Juni 2009 erwartet und über die Zukunft von Netznetz entscheiden werden.¹¹⁰

3.2. INTERNE ORGANISATION

Vom „flottierenden Signifikanten“¹¹¹ zu einem „hölzernen System“¹¹², in dem die Mehrheit entscheidet.

Zumindest zu Beginn von Netznetz hätte die Formulierung „interne Organisation von Netznetz“ als Paradoxon gegolten und wer auch immer diese Worte in den Mund genommen hätte, wäre wohl sehr schnell darauf aufmerksam gemacht worden, dass Netznetz keine Partei, keine Dachorganisation, kein Verein, überhaupt keine nach außen geschlossene Entität sei, sondern sich durch seine radikale Offenheit auszeichne und eben dadurch, sich nicht auf das Spiel von Ein- und Ausschluss einlasse – kurz das Innen von Netznetz existiere nicht, eben weil es auch kein Außen gebe. In Interviews, die während des Sprints in Reichenau geführt wurden, gab es zu diesem Thema folgende Wortmeldungen:

„Das, was ich schätze an Netznetz ist einfach, dass es in dem Wesentlichen [sic!] nicht dieses Spiel von Eingrenzung und Ausgrenzung gespielt wird, so wie man es vielleicht, wie ich es aus anderen Bereichen der Bildenden Kunst kenne, aber auch in den bekannten Institutionen der Netzkultur, wo's doch sehr stark ein Innen und Außen gibt.“¹¹³

„Das hat irgendwie z'amgfunden zu einem relativ offenen Prozess, wo – ich sag jetzt absichtlich – die Individuen, diese GemeinderätInnen und eine ganze Gruppe, die sich aus Netznetz sozusagen herausgeschält, also in Netznetz verankert sind, aber doch eine eigene Arbeitsgruppe gebildet ham; und die ham miteinander weiterentwickelt.“¹¹⁴

Doch trotz des Lobgesangs auf die Offenheit und non-hierarchische Organisation von Netznetz wurde bereits in Reichenau angemerkt, dass es sehr wohl Individuen innerhalb der Gruppe gebe, die den Prozess stärker vorantrieben, intensiver nach außen präsent seien und separat vom Rest der Gruppe Ideen ausarbeiteten. Die Existenz der, zu diesem Zeitpunkt noch inoffiziellen,

110 vgl. Anhang 2, Interview mit Sylvia Faßl-Vogler

111 „Flottierender Signifikant“ ist ein von Laclau und Mouffe geprägter Begriff, die damit eine Möglichkeit beschreiben, Zusammengehörigkeit mit Hilfe eines a priori bedeutungsleeren, aber dennoch sinnstiftenden Zentrums zu ermöglichen, ohne sich über ein „Außen“ oder Ausschlussprozesse zu definieren. vgl. Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe (1991 [1985]): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien

112 vgl. Anhang 13, Interview mit Thomas Thurner

113 Anhang 12, Interview mit Stefan Nussbaumer

114 Anhang 14, Interview mit Thomas Thurner

Struktur von KoordinatorInnen und Bereichsverantwortlichen, die später zu einer offiziellen Aufgabenteilung wird, erscheint aber noch nicht wirklich problematisch. Wohl weil in Reichenau hauptsächlich VertreterInnen der inoffiziellen „Führungsriege“ präsent waren – ein Umstand, der auch von Johannes Grenzfurthner indirekt bestätigt wird, wenn er sagt, es wären „die wesentlichen Leute“ anwesend gewesen.¹¹⁵ Angemerkt wird nur, dass es notwendig sei, die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen lediglich als Vorschläge zu betrachten, die stets der Gesamtgruppe zur Begutachtung/Abstimmung vorgelegt werden müssten.¹¹⁶

Bereits vor den ersten Backbonewahlen im April 2006 gab es dann eine offizielle Aufgabenteilung innerhalb von Netznetz: die Koordination (zu Beginn lediglich von einer Person ausgeübt, später dann von Teams), die so etwas wie den Präsidenten von Netznetz darstellt, das Personenkomitee, dessen Aufgaben nicht nur die Entwicklung und Durchführung des Fördermodells in all seinen Aspekten umfasst, sondern auch die Koordination des Dokumentationsprozesses rund um Netznetz (Webseite, Mailingliste) sowie die Pflege des Kontakts zu externen Experten und der Öffentlichkeit und schließlich das Validationskomitee, dessen Ziel die Prüfung der einreichenden Projekte zur Network-Grants Wahl auf Validität und somit auf ihre Einreichungsberechtigung hin war. Dieses Herauskristallisieren einer „Führungsriege“ kam Thomas Thurner zufolge dadurch zustande, dass die Stadt einen hauptverantwortlichen Gesprächspartner forderte und nicht länger mit bis zu sechzehn Personen gleichzeitig verhandeln wollte, wie das bei früheren Gesprächen der Fall gewesen sei. Allerdings sollte sich das Amt der/des Koordinatorin/-s – so Johannes Grenzfurthner – auf ein kurzzeitiges Heraustreten aus dem „Hornissenhaufen Netznetz“ beschränken, um danach wieder in diesen zurückzukehren. Außerdem wäre der zunehmende interne Organisationsprozess schon auch von Netznetz gewollt gewesen und es sei klar gewesen, dass es Strukturen brauche. Die einzelnen Mitglieder hätten sich jedoch gegenseitig zerfleischt, aus Angst Strukturen festzulegen, bis die Stadt diese Rolle übernommen hätte.¹¹⁷

Stefan Lutschinger erklärte sich bereit, die Rolle des Koordinators zu übernehmen, tat dies aber nur unter der Voraussetzung, ein unterstützendes Team – das Personenkomitee – an seiner Seite

¹¹⁵ vgl. Anhang 3, Interview mit Johannes Grenzfurthner

Etwas relativiert wird diese Aussage durch den darauf folgenden Satz, in dem er meint, es wären jene präsent gewesen, die engagiert genug waren, um drei Tage ihrer Zeit zu opfern.

¹¹⁶ vgl. Anhang 6, Interview mit Julia Starsky

¹¹⁷ vgl. Anhang 3, Interview mit Johannes Grenzfurthner

zu haben.¹¹⁸ Im Rahmen eines „Communityplenums“ am 31. März 2006 wurden Koordination und Validationskomitee schließlich bestätigt/gewählt (einfache Mehrheit, Präsenzquorum). Das Personenkomitee agierte hingegen weiterhin ohne offizielle Bestätigung/ Auftrag von Seiten der Community und stand allen Interessierten offen, weswegen es in der Einladung zu eben genanntem Plenum auch heißt: „Wer aber gerne aktiv gestaltend beitragen möchte, ist hiermit nochmals herzlich eingeladen, sich an der Arbeit des Personenkomitees zu beteiligen!“¹¹⁹ Die Arbeit in Koordination, Personenkomitee und Validationskomitee wurde von Netznetz hauptsächlich aus Mitteln der Stadt Wien bezahlt.

Neben diesen nicht demokratisch legitimierten Machtstrukturen gab es noch weitere, inoffizielle, die entstanden seien, weil Sylvia Faßl-Volger als Repräsentantin der Stadt Wien nicht immer nur das Gespräch mit Mitgliedern der Koordination suchte, sondern es auch zu „inoffiziellen“ Treffen kam: „Faßl-Volger trifft sich mit der Liz und die Liz erzählt halt so, was da grad so abgeht.“¹²⁰

Ein Indiz dafür, dass trotz demokratischer Legitimierung der Koordination im Plenum, deren Aufgaben- und Kompetenzbereiche – ebenso wie jene des Personenkomitees – alles andere als klar waren, ist eine kurz nach den ersten Network-Grants-Wahlen versendete Pressemitteilung, die auf Grund ihres Titels „Presse Mitteilung Netznetz“¹²¹ den Anschein erweckt, es handle sich um eine offizielle Mitteilung im Namen von Netznetz als Kollektiv, jedoch lediglich von Stefan Lutschinger, dem damaligen Koordinator, Johannes Grenzfurthner und Hans Bernhard, beide Mitglieder im Personenkomitee, verfasst und ohne vorherige Rücksprache mit der restlichen Community versandt wurde. Erschwerend kommt hier hinzu, dass der Inhalt des Textes, der das neue Fördermodell als Absage an hegemoniale Tendenzen im österreichischen Kulturbetrieb und als Hack [sic!] veralteter Jurymodelle lobt, sowie Netznetz als Musterbeispiel der Autokuratierung und Selbstorganisation mit einer hohen Selbstkorrektur- und Anpassungsfähigkeit bezeichnet¹²², zu diesem Zeitpunkt bei weitem nicht bei allen in Netznetz involvierten Personen seine Zustimmung fand. Wenig überraschend also, dass die Reaktionen auf der Mailingliste teils sehr heftig ausfielen und dem Koordinator vorgeworfen wurde, er hätte

118 vgl. Anhang 13, Interview mit Thomas Thurner

119 Lutschinger, Stefan „Wichtige Community NFO“ 18. März 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-March/002903.html> (12.12.2008)

120 Anhang 3, Interview mit Johannes Grenzfurthner

121 Bernhard, Hans „Presse Mitteilung Netznetz“ 2. Mai 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-May/003463.html> (17.12. 2008)

122 vgl. ebd.

seine Kompetenzen überschritten.

Dennoch wurde die repräsentative Funktion der/des Koordinatorin/-s bis heute beibehalten. Seit allerdings im Jahr 2007 der Koordinator für einige Zeit einfach „untergetaucht ist“ und weder für die „Community“ noch für die MitarbeiterInnen der MA7 erreichbar war, monatelang keine Plena stattgefunden haben und Netznetz de facto stillgestanden ist, wird das Amt der/des Koordinatorin/-s immer von mehreren Personen besetzt: Im Herbst 2007 waren dies nur zwei, seit Ende 2007 wird Netznetz stets von einem vierköpfigen Team vertreten. Ebenfalls geändert hat sich die Form der Einbeziehung der restlichen Mitglieder. So wurde Ende 2007, als die Stadt Wien eine Änderung des Fördermodells und ein vermehrtes Mitspracherecht im Vergabeprozess verlangte, eine Stellungnahme von Seiten der Netznetz-Community zuerst in einem Plenum erarbeitet und danach einige Tage zur Diskussion auf die Mailingliste gestellt, bevor sie an die Verantwortlichen der Stadt Wien weitergeleitet wurde. Auch die Entscheidung zwischen einer nochmaligen Vergabe der Fördermittel für Digitale Kultur mit gleichzeitiger Evaluation des Vergabeprozesses und einer Verteilung dieser Mittel durch eine Jury, wurde im Dezember 2008 an die Community weitergegeben, die mittels eines E-Mail-Fragebogens dazu Stellung nehmen sollte.

Auch der Aufgabenbereich des Validationskomitees hat sich im Lauf der Zeit verändert. Die Entscheidung über die Zulassung von Projekten zur Wahl liegt heute bei der MA7, konkret bei Sylvia Faßl-Vogler.

Das mittlerweile in „Validierungsgremium“ umbenannte Validationskomitee entscheidet nun über die Zulassung der Stimmberechtigten zur Wahl: Nachdem bei den ersten Backbone-Wahlen noch jede/r mitstimmen konnte, die/der sich bis zu Vortag mit E-Mail-Adresse und vollem Namen online registrieren hatte lassen, wurde die Validierung der Stimmberechtigten kurze Zeit im Rahmen von Communityplena durchgeführt, in denen jene, die wählen wollten, gebeten wurden, sich der „Community“ vorzustellen. Danach übernahm Sylvia Faßl-Vogler auf Basis von Selbstbeschreibungen der Stimmwilligen diese Entscheidung, bevor sie wieder der Community und einem von ihr gewählten Validierungsgremium übergeben wurde, das heute auf Basis von Selbstbeschreibungen und realisierten Kunst- und Kulturprojekten entscheidet.

Auf die Frage nach den Veränderungen in der Organisationsstruktur von Netznetz meint Thomas Thurner, man könne Netznetz als Fördersystem in drei Abschnitte gliedern. Im ersten, den er zur Zeit des Sprints in Reichenau verortet, sei das Modell von einer hohen Komplexität und einem „Kasten an Möglichkeiten“ gekennzeichnet gewesen, die Mitarbeit sei spannend gewesen, da mensch das Gefühl gehabt habe, an etwas Neuem, noch nie da Gewesenem mitzuwirken. Im ersten Jahr der Fördervergabe sei schließlich mit einem schlechten, hölzernen, nicht wirklich innovativen System gearbeitet worden, aber es habe zumindest noch eine vitale Community existiert, die sich „Geld erstritten“ habe. Heute allerdings sei das System noch immer schlecht, die Community lethargisch und uninteressiert, was der Grund sei, warum Netznetz als Mittel zur Verteilung von Fördermitteln für ihn nicht länger adäquat sei.¹²³

Die Entscheidungsfindung selbst sei nie basisdemokratisch erfolgt, da sich Netznetz als Community sah und auf Grund der zentralen Fragestellungen – „wie repräsentiert man sich, Kollaboration, Vernetzung“ – es nicht möglich gewesen sei, einfach zu sagen „Okay, wir wählen!“, „Okay, wir machen einen Verein!“, da es Ziel von Netznetz gewesen sei, genau im Bereich der Entscheidungsfindung und Selbstorganisation neue Modelle zu finden. Der Umstand, dass anfänglich keine Plena existierten, in denen via Mehrheitsentscheidungen Beschlüsse gefällt worden seien, gehe ebenfalls auf die Suche nach Alternativen zurück. Schließlich sei Netznetz aber doch bei einem „hölzernen System“ gelandet, in dem die Mehrheit entscheidet und in dem nicht mehr eine Community existiere, sondern mehrere Communities „mit ab und zu ein paar Klebepunkten dazwischen“. Trotz dieser Charakterisierung hält Thomas Thurner an der Definition von Netznetz als „Vereinigung ohne Zentrum“ fest.¹²⁴

Den streitbaren Charakter von Netznetz hebt auch Johannes Grenzfurthner hervor, wenn er meint, anfangs habe es ewig andauernde Diskussionen und Streitereien gegeben, auch über Details: „Wenn irgend jemandem der Begriff Reputationssystem nicht gepasst hat, dann ist so lange darüber geredet worden, bis das für alle okay war.“¹²⁵ Mittlerweile habe sich Netznetz weit von der ursprünglich revolutionären Idee entfernt, sich aber eine „eigenartige Form von Basis erhalten“¹²⁶.

123 vgl. Anhang 13, Interview mit Thomas Thurner

124 vgl. ebd.

125 Anhang 3, Interview mit Johannes Grenzfurthner

126 ebd.

3.3. DIE VERSCHIEDENEN WAHLMODELLE

Vom auswegslosen „Realtheater“ der illusionären Community¹²⁷ zu Communities und Szenen

3.3.1. In Peanuts We Trust

Dieses Modell kam bei der ersten und zweiten Vergaberunde von Fördermitteln zum Einsatz.

In der ersten Runde wurde mit Hilfe von „In Peanuts We Trust“ eine Summe von 50.000 Euro für Backbone-Projekte verteilt, die folgendermaßen definiert waren:

„Als Backbone-Projects gelten Projekte, die Infrastrukturen fördern und für die Szene als solche relevant sind. Durch die Vergabe der Backbone-Projects wird Geld für das Betreiben von Servern und anderer Hardware, für Raummieten, etc. verteilt.“¹²⁸

Passives Wahlrecht für die am 3. April 2006 im Wiener Depot stattfindende Wahl hatten all jene Projekte, die bis spätestens 27. März über die öffentliche Netznetz Mailingliste verschickt worden waren, aktives Wahlrecht all jene Personen, die sich bis spätestens 2. April 2006, 23:59:59 online mit E-Mail-Adresse und vollem Namen registriert hatten. Am Wahltag selbst mussten diese dann einen amtlichen Lichtbildausweis präsentieren, um ihre Stimmzettel zu erhalten.

Das hauptsächlich von Andreas Trawöger ausgearbeitete und von der Community bestätigte Modell gestaltete sich nach folgenden Spielregeln:¹²⁹

Es wurden insgesamt 50.000 Euro vergeben, wobei die Minimalsumme pro Projekt 5.000, die Maximalsumme 10.000 Euro betrug.

Jede/r Wahlberechtigte/r bekam Peanutsscheine im Wert von 10, 20 und 40 Peanuts. Diese waren aus Sicherheitsgründen durchnummeriert und bereits ausgegebene Peanuts wurden abgestempelt, um diese von noch nicht ausgegebenen unterscheiden zu können. Ausgegebene Peanuts konnten und sollten unter den Wahlberechtigten getauscht werden, damit im Nachhinein nicht mehr nachvollziehbar war, wer für welches Projekt gestimmt hatte; auch eine Stimmendelegierung war möglich.

Nachdem alle Wahlberechtigten ihre Peanuts erhalten hatten, wurde auf Basis der Gesamtanzahl

127 vgl. Super.net „Liebe community, es gibt euch gar nicht...“ 5. April 2006

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003147.html> (30.12.2008)

128 Haefele, Simon, Andreas Trawöger & Stefan Lutschinger „Einladung zur Abstimmung am 3.4. um 17:30 im Depot“ 29. März 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-March/003003.html> (10. 12. 2008)

129 vgl. Trawöger, Andreas „In Peanuts We Trust“ 11. September 2006
http://netznetz.net/wiki/Bild:In_Peanuts_we_Trust.pdf (10. 12. 2008)

ausgegebener Peanuts, der Wechselkurs Peanuts = Euro ermittelt und die Höchst- bzw. Mindestgrenze von Peanuts pro Projekt bekannt gegeben.

Jede/r AntragstellerIn/jedes Projekt erhielt ein A4-Kuvert und 3 kleinere Kuverts für die Peanuttsscheine zu 10, 20 und 40 Peanuts. Nach der Präsentation aller Projekte stimmten die WählerInnen ab und gaben die Peanuttsscheine ihrem/n Favoriten. Diese sortierten die Scheine nach ihrem Wert, stellten die Gesamtsumme fest und gaben sie bei der Wahlkommission ab. Peanuts, die nicht im Rahmen der vorher festgelegten Unter- oder Obergrenze lagen, und solche, die von den WählerInnen nicht weitergegeben wurden, wurden als „Lost Peanuts“ behandelt und anteilmäßig jenen Projekten zugesprochen, die innerhalb der Grenzen lagen. Allerdings hatten auch die einzelnen AntragstellerInnen die Möglichkeit, Koalitionen zu bilden oder Peanuts an „verwandte“ Projekte weiterzugeben, bevor sie ihre Kuverts der Wahlkommission überreichten, um so innerhalb der Grenzen zu bleiben.

Aufgabe der Wahlkommission war es schließlich, die Abrechnung der AntragstellerInnen zu überprüfen und danach die Kuverts zu versiegeln. Nachdem dies geschehen war, wurde das Endergebnis bekannt gegeben.

Leiter der Wahlkommission waren Franz Xaver und Peter Donke, zwei Mitglieder und Experten der Grazer Netzkunstszene, die jedoch insofern als unabhängig gelten konnten, als sie nicht persönlich vom Wiener Fördermodell betroffen waren. Vor Beginn des Wahlprozesses war die Kommission bestätigt worden.

Bereits während des Wahlabends gab es heftige Kritik, sowohl am Fördermodell selbst als auch am konkreten Ablauf des Wahlprozesses. Diese Kritik, die nicht nur im Realraum, sondern auch auf der Mailingliste geäußert wurde, verstärkte sich in den Tagen nach der Vergabe. Das Hauptaugenmerk der KritikerInnen lag hierbei, neben dem fehlenden geheimen Charakter der Wahl, der auf Grund der direkten Überreichung der Peanuts an die Projektverantwortlichen durch die WählerInnen nicht gegeben war, am Auftreten von „Bandbusen“:

Dieser Begriff bezeichnet den Umstand, dass besonders bei den ersten Backbonewahlen, bei denen de facto jede/r wahlberechtigt war, viele Projektverantwortliche ihre FreundInnen und Bekannten dazu aufforderten, sich online registrieren zu lassen, ihre Peanuts abzuholen und sie schließlich zur Gänze dem eigenen Projekt zu geben. Da diese Menschen oft nicht aus dem Umfeld von Netznetz kamen und sich teilweise kaum mit Netzkunst und -kultur beschäftigten, basierten die Wahlentscheidungen allein auf persönlichen Sympathien und Kontakten. Somit

bestehen berechnete Zweifel daran, ob tatsächlich stets die „künstlerisch“ besten Projekte – selbst wenn die Klassifizierung von Kunst und Kultur in „gut“ und „schlecht“ immer eine sehr schwierige ist – die höchsten Fördersummen erhielten, oder einfach jene, denen es gelungen war, die meisten Menschen zu mobilisieren.

Das Argument, dass „Bandbuse“ nur ein anderer Ausdruck für „demokratische Mehrheiten“ sind, wie es etwa Thomas Thurner vertritt¹³⁰, der folglich dieses Phänomen nicht als negativ kategorisiert und der Meinung ist, es wären durchaus akzeptable Ergebnisse aus dem Wahlprozess hervorgegangen, ist nicht von der Hand zu weisen. Allerdings stellt sich für mich schon die Frage, ob Mehrheitsentscheidungen, gerade in der Kunst, nicht dazu führen, dass der Mainstream gefördert wird und kantigere, weniger massentaugliche Projekte auf der Strecke bleiben. Eine Problematik, die dann nochverstrkt wird, wenn die WählerInnenschaft sich erst gar nicht mit allen Wahloptionen beschäftigt, sondern bereits im Voraus an Hand persönlicher Präferenzen entscheidet.

Von zahlreichen PosterInnen auf der Netznetz-Mailingliste wurde diese kritische Einstellung geteilt:

„Unserer Meinung nach ist NetzNetz keine Community, sondern eine Interessensgemeinschaft.¹³¹ Jeder der das nicht verstanden hat, der hat auch nicht genug Punkte bei der sogenannten "Backbone-Wahl" erhalten, die wahrscheinlich einer realen Bezirksvertretungswahl (vom Bussi-Bussi und Eierschaukel-Faktor) näher war als sonst etwas. Die Gruppen, welche die grote Anzahl an Freunden, Bekannten oder „Community“ mobilisieren konnten, sahnte am Ende die Kohle ab. Aufgrund der fehlenden Anonymität war es den Votern dann aber auch kaum möglich doch anderen Gruppen Sympathie zukommen zu lassen ohne das „Gesicht zu verlieren“. [...] Wir danken zumindest all unseren Sympathisanten, die uns ihre Peanuts gaben ohne wirklich zu wissen worum es am Montag wirklich ging. Wir danken der Stadt Wien, dass wir einem solchen Realtheater haben beiwohnen können und mit ca. 8.300,- EUR bar auf die Krallen nach Hause gehen durften.[...] Schande, über diejenigen, die uns nicht unterstützten - wir kennen nun eure Visage.“¹³²¹³³

„Ui, es gab also mehr als einen echten, freien Whler bei der Veranstaltung gestern? Einen habe ich ja selbst ausgemacht, wer war der/die Andere ;-)¹³⁴

130 vgl. Anhang 13, Interview mit Thomas Thurner

131 Da die beiden doch sehr sinnverwandten Begriffe „community“ und „Interessensgemeinschaft“ zu Verwirrungen führten, wurde letzterer einige Stunden später durch „Interessensgemeinschaft Geld“ ersetzt. vgl. Tarasiewicz, Matthias „Liebe community, es gibt euch gar nicht...“ 6. April 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003151.html> (30.12.2008)

132 Super.net „Liebe community, es gibt euch gar nicht....“ 5. April 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003147.html> (30.12.2008)

133 Zeichensetzung laut Original.

134 Mair, Martin „danke, backbone voters!“ 4. April 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003123.html> (30.12.2008)

Zum zweiten und letzten Mal kam „In Peanuts We Trust“ am 26. November 2006 im WerkzeugH zum Einsatz. Wiederum wurden mit Hilfe des Modells die Gelder für Backbone-Projekte vergeben. Änderungen gab es jedoch in zwei Punkten: Projekte wurden erst dann zur Wahl zugelassen, wenn sie eine Formalprüfung durch die MA7 „bestanden“ hatten, und die Wahl wurde unter Verwendung von Wahlurnen durchgeführt. Hier zeigt sich also einerseits ein Eingreifen der MA7 in den Prozess, andererseits die Einführung des Prinzips der geheimen Wahl, das nicht nur auf der Liste vielfach gefordert worden war, sondern auch im Wiener Gemeinderat von der Kultursprecherin der Grünen, Marie Ringler.¹³⁵

Bei der gleichzeitig stattfindenden Vergabe der Network-Grants kam das Modell SuperTrust zum Einsatz, das eine wesentlich radikalere Reform des Wahl- und Vergabemodus darstellte und weiter unten vorgestellt werden wird.

3.3.2. Mana Community Game

Das Wahlmodell Mana Community Game war ursprünglich als Kernstück von Netznetz gedacht und hätte auf einer Wahlsoftware basieren sollen. Die Aufgabe, diese zu entwickeln, lag bei Netznetz, die ProgrammiererInnen wurden allerdings von der Stadt Wien bezahlt. Da es jedoch bis zuletzt nicht gelang, eine funktionierende Software zu schreiben und außerdem Bedenken bezüglich der Sicherheit eines E-Voting-Modells aufkamen, wurde die Vergabe der Network-Grants schließlich auf dem Papier durchgeführt.

Anders als bei Netznetz ansonsten üblich, wurde (fast) sämtliche Kommunikation, die die Network-Grants und das zu ihrer Vergabe verwendete Wahlmodell betraf, über eine separate Liste geführt, zu der nur jene Zugang hatten, die sich für die Wahl angemeldet hatten. Zusätzlich fiel die Gruppe der passiven Wähler mit jener der aktiven zusammen – eine Stimmabgabe war also nur dann möglich, wenn mensch auch gleichzeitig ein Projekt zur Wahl stellte. Aus diesem Grund ist es heute äußerst schwierig nachzuvollziehen, nach welchen Spielregeln das Community-Game funktioniert hat. An Hand einer von Stefan Lutschinger an die reguläre Netznetzliste gesendeten Mitteilung lässt sich jedoch sagen, dass die Wahl vom 24. - 28. April stattfand.¹³⁶ Gewählt wurden diesmal nicht Institutionen oder Gruppen, sondern Einzelpersonen,

¹³⁵ vgl. Stadt Wien „4. Sitzung vom 14. Dezember 2005“ 14. Dezember 2005

<http://www.wien.gv.at/mdb/gr/2005/gr-004-w-2005-12-14-001.htm> (30.12.2008)

¹³⁶ vgl. Lutschinger, Stefan „Mana Community Game – Wahlprocedere“ 21. April 2006

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003329.html> (30.12.2008)

von denen schließlich zwölf einen Betrag zwischen 5.000 und 15.000 Euro erhielten.¹³⁷

Abermals waren Bandbuse das Hauptkritiks- bzw. -diskussionsthema auf der Liste, wobei Mitglieder des Metalabs sogar so weit gingen, ihre, in einer Simulation gewonnenen, Ergebnisse zur möglichst effizienten Bandbusbildung publik zu machen und die WählerInnen zur Allianzenbildung aufzurufen.¹³⁸

Einen weiteren Grund, warum es im Nachhinein so schwer fällt, die Funktionsweise des Community-Games zu rekonstruieren, nennen sowohl Thomas Thurner als auch Michael Wlodkowski und Matthias Tarasiewicz: Alle drei sagen, das Modell sei als Vergabeinstrument nie zum Einsatz gekommen – auch auf dem Papier nicht. Die Verlautbarung auf der Liste, das Community-Game würde auf dem Papier durchgeführt, sei damals rein strategisch gewesen, um die Stadt zu täuschen.¹³⁹ Matthias Tarasiewicz und Michael Wlodkowski meinen weiters, die Stadt Wien habe das Community-Game, trotz offensichtlich großer Schwierigkeiten in der Durchführung, nur deswegen zur Anwendung kommen lassen, weil der Kulturstadtrat das Fördermodell in einer Pressekonferenz bereits angekündigt hatte und er auf Grund einer, das Community-Game kritisierenden, Presseaussendung der Netbase, das Scheitern des Modells nicht eingestehen habe wollen.¹⁴⁰

3.3.3. SuperTrust

Dieses Modell kam erstmals am 26. November 2006 bei der Vergabe der Network-Grants zum Einsatz und wurde seitdem bei allen, die Fördermittelvergabe betreffenden, Wahlprozessen im Rahmen von Netznetz verwendet.

Bei SuperTrust handelt es sich um eine Mischung aus direkter Wahl und Jurysystem. Jede/-r Wahlberechtigte erhält einen Stimmzettel, mit dem sie/er einerseits für konkrete Projekte, andererseits für Einzelpersonen, so genannte Trustees, stimmen kann. Für die Projektwahl stehen ihr/ihm 100 Punkte zur Verfügung, die sie/er auf maximal zehn verschiedene Projekte verteilen kann, für die Trusteeswahl erhält sie/er ebenfalls 100 Punkte, die auf maximal fünf verschiedene Personen verteilt werden können. Nach Auszählung der Punkte der Projektwahl haben die

137 vgl. Lutschinger, Stefan „Habemus Datam: Endergebnisse des 1. Community Game“ 28. April 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003448.html> (30.12.2008)

138 vgl. Klausner, Thomas „Mana – Busreisen“ 21. April 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003315.html> (30.12.2008)

139 vgl. Anhang 13, Interview mit Thomas Thurner und Anhang 10, Interview mit Matthias Tarasiewicz und Michael Wlodkowski

140 vgl. Anhang 10, Interview mit Matthias Tarasiewicz und Michael Wlodkowski

gewählten Trustees die Möglichkeit, in einer Art Jurysitzung diese Punktverteilung noch einmal zu verändern und so nicht nur für die Einhaltung von Mindest- und Maximalgrenzen bei der Fördermittelvergabe Sorge zu tragen, sondern auch Projekten mehr/weniger Geld zuzusprechen, von denen sie der Meinung sind, diese seien unter-/überdotiert. Dabei muss jedoch jedes Projekt mindestens 50% der Punkte, die es in der direkten Wahl zugesprochen bekommen hat, erhalten und Trustees dürfen keine Punkte an Projekte vergeben, an denen sie selbst beteiligt sind. Auch werden die Trusteeentscheidungen nach Wahlende öffentlich gemacht.

Passives Wahlrecht hatten, wie bei der Backbone-Wahl, sämtliche Projekte, die einer Formalprüfung der MA7 standgehalten hatten, aktives Wahlrecht Personen, die entweder schon für die vorhergehende Wahl validiert worden waren, die selbst Projekte eingereicht hatten oder die bei der MA7, mittels einer mindestens 200 Zeichen umfassenden Beschreibung ihrer Tätigkeit im Bereich der Netzkultur, um Stimmrecht angesucht hatten. Dieser Validierungsprozess für Wahlberechtigte veränderte sich im Laufe der Zeit und wurde weiter oben bereits erläutert. Erwähnenswert ist außerdem, dass es 2008 mit der Schaffung eines Validierungsgremiums auch erstmals zur Entvalidierung bereits validierter Personen kam.

Es zeigt sich, neben einem ganz entscheidenden Eingriff der MA7 in den Validierungsprozess und damit den Selbstbestimmungsprozess, vor allem ein Lösungsversuch der Bandbusproblematik. Aufgabe der Trustees ist es nämlich, genau solche nach Möglichkeit zu verhindern und sich für Projekte von in der Szene noch unbekannten KünstlerInnen und Kulturschaffenden einzusetzen. Wenngleich dies als Antwort auf kritische Stimmen und als Etablierung eines Korrekturfaktors, nicht nur hinsichtlich möglicher Wahlkartellbildung, sondern auch in Bezug auf die Problematik von Mehrheitsentscheidungen im Kunst- und Kulturbereich gesehen werden kann, bleibt der Umstand, dass die Jurymitglieder von Angehörigen Netznetz' selbst gestellt werden, ein Schönheitsfehler, der auch durch die Bemühungen um eine möglichst hohe Transparenz nicht aus der Welt geschafft werden kann. Zu einem, den demokratischen Charakter des Fördermodells gefährdenden, Problem wird dieser Schönheitsfehler freilich dann, wenn mensch noch die Aussage Matthias Tarasiewicz, der bei den letzten Vergabewahlen für Digitale Kultur im Oktober 2008 als Trustee fungierte, in Betracht zieht. Auch die Trusteesitzungen seien von „Freunderlwirtschaft“ gekennzeichnet, in denen die Trustees sich bzw. den Projekten, zu denen sie ein Naheverhältnis haben, gegenseitig das Geld zuschöben.¹⁴¹ Ist

141 vgl. Anhang 10, Interview mit Matthias Tarasiewicz und Michael Wlodkowski

dies tatsächlich zutreffend, so hätte die „Kontrollinstanz Trustee“ all ihre Funktion eingebüßt und Kontakte wären einmal mehr wichtiger als Projektideen.

Johannes Grenzfurthner meint ebenfalls, das Trusteemodell habe Fehler, die nie korrigiert worden seien und daher zu einer zunehmenden Unzufriedenheit geführt hätten, allerdings ist er dennoch der Meinung, das Modell habe in der Vergangenheit recht gut funktioniert – eine Meinung die unter anderem darauf beruht, dass Sylvia Faßl-Vogler ihm nach einer der ersten Vergabewahlen bestätigt habe, auch sie hätte nicht viel anders entschieden.¹⁴²¹⁴³

3.3.4. Änderungen im Dezember 2007

Ende November, Anfang Dezember 2007 sprachen viele schon vom Ende von Netznetz. Grund dafür war ein Gespräch zwischen dem Koordinationsteam und Vertreterinnen der MA7, in dem von Seiten der Stadt Wien eine wieder verstärkte städtische Kontrolle des Vergabeprozesses gefordert wurde. Resultat dieser Forderungen und der darauffolgenden Gespräche zwischen VertreterInnen von Netznetz sowie der Stadt war ein verändertes Fördermodell, das im März 2008 erstmals zum Einsatz kam.

Infrastrukturförderungen wurden nun direkt von der MA7 ohne Mitspracherecht der Community vergeben. Die Mittel im Bereich Digitale Kunst wurden ebenso wie jene für die Kuratierung der Annual Convention (= Wiener Festival für Netzkultur) mit Hilfe einer Jury verteilt. Diese bestand aus fünf Mitgliedern, wobei zwei von der Stadt Wien ausgewählt wurden, zwei mittels eines Wahlprozesses von Netznetz (die Jurymitglieder durften während ihrer Amtszeit selbst keine Fördermittel beantragen) und das fünfte Mitglied Sylvia Faßl-Vogler von der MA7 war. Anders als die anderen Jurymitglieder durfte sie aber nur im Fall einer Stimmgleichheit von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Die Fördermittel für Digitale Kultur wurden wie gewohnt von Netznetz unter Verwendung des Wahlmodells SuperTrust vergeben.¹⁴⁴

Neben dem geänderten Vergabeprozess kam es auf Bestreben der MA7 auch zu Konsolidierung eines Validierungsgremiums, das – von Netznetz im Rahmen eines Communityplenums gewählt – die Aufgabe übernahm, die Gruppe wahlberechtigter Personen für die Vergabewahl im Bereich Digitaler Kultur zu bestimmen. Die drei Mitglieder des Validierungsgremiums hatten nicht nur die Aufgabe, über die Stimmberechtigung neuer Wahlwilliger abzustimmen, sondern mussten

¹⁴² vgl. Anhang 3, Interview mit Johannes Grenzfurthner

¹⁴³ Hier stellt sich für mich die Frage, ob es Ziel eines „alternativen“ Fördermodells sein kann, die Fördermittel ebenso zu vergeben wie das frühere Modell, das mensch eigentlich hätte überwinden wollen.

¹⁴⁴ vgl. Zeltner, Michael „NetzNetz 2008 – Infomail #3“ 15. Jänner 2008 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2008-January/007425.html> (31.12.2008)

auch alle bereits Validierten nochmals überprüfen.

Während hier also einerseits die Stadt Wien die Entscheidungsbefugnisse in den Händen von Netznetz durch die Etablierung einer Jury beschneidet, legt sie andererseits die Verantwortung für den Bereich, in dem Netznetz tatsächlich noch zur Mitbestimmung berechtigt ist, wieder zur Gänze in die Hände seiner Mitglieder und behält sich nicht wie bisher vor, über die Gruppe der Wahlberechtigten zu entscheiden.

3.3.5. ihre Gemeinsamkeiten...

Abschließend scheint es mir wichtig anzumerken, dass, egal wie der netznetzinterne Entscheidungsprozess ausgesehen hat und auf welche Art und Weise die Community jene Projekte ausgewählt hat, die ihr förderungswert erschienen, diese Entscheidungen nie rechtlich bindenden Charakter für die MA7 hatten. De jure sind die Ergebnisse der Netznetzwahlen gleichgestellt mit Juryentscheidungen – es handelt sich lediglich um Empfehlungen, denen die Stadtregierung nachkommen kann, oder auch nicht.

Und während im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung zum Thema selbst verwaltete Fördersysteme im Depot Anfang 2007 von einem Netznetzmitglied angemerkt wurde, die Stadt halte sich stets an die Wahlergebnisse¹⁴⁵, existieren aus heutiger Perspektive auch schon Gegenbeispiele dazu. Zuletzt etwa bei den Vergabewahlen für Digitale Kultur im Oktober 2008, als das Projekt wahltotal.at, das die Formalprüfung der MA7 bestanden und von der Netznetzcommunity 4.400 Euro zugeteilt bekommen hatte, schließlich doch kein Geld von der Stadt bekommen hat – eine Begründung für diese Entscheidung steht bis heute aus.¹⁴⁶ Ebenso widersprüchlich war der Umstand, dass ein Zeitschriftenprojekt, das sich mit Digitaler Kunst und Kultur befassen wollte, die Formalprüfung durch die MA7 mit der Begründung, die Abteilung für Neue Medien wäre nicht für gedruckte Medien zuständig, nicht bestand, das Projekt „monochrom print“, dessen Ziel ebenfalls die Herausgabe einer Zeitschrift war, jedoch nicht beanstandet und mit 12.180 Euro gefördert wurde.¹⁴⁷ Sylvia Faßl-Vogler begründet dies mit dem Ausstellungskatalogcharakter von monochrom print, bei einem Blick in das Inhaltsverzeichnis¹⁴⁸

145 vgl. „Neumann's Play Off“ 27.Jänner 2007 <http://www.joenoname.com/neumann-s/dokumentation.php> (31.12.2008)

146 vgl. Kuhm, Peter „wahltotal.at“ 15.November 2008 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2008-November/008029.html> (31.12.2008)

147 vgl. Mair, Martin „Zweierlei Mass bei der Wahlzulassung“ 6.Oktober 2008 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2008-October/007950.html> (31.12.2008) und Netznetz „Producer_Points_Endergebnis“ 5.Oktober 2008 http://netznetz.net/wiki/images/8/81/Projekte-20082H-Producer_Points_Endergebnis.ods (31.12.2008)

148 vgl. monochrom „monochrom #15-23“ <http://www.monochrom.at/mono/inhalt15-23.htm> (12.2.2008)

des „Ausstellungskatalogs“ kommen jedoch ebenso wie bei Betrachtung des Calls¹⁴⁹ Zweifel an dieser Zuordnung auf.

Vor diesem Hintergrund gewinnt ein Argument an Bedeutung, das im Rahmen der bereits genannten Diskussionsveranstaltung von Andreas Noll, einem auf Urheberrecht und Kunstrecht spezialisierten Juristen, vorgebracht wurde. Laut ihm setze Selbstverwaltung voraus, dass die Betroffenen dazu in der Lage sind. Dies wäre wiederum nur dann möglich, wenn die Fördermittel für Netzkunst und -kultur tatsächlich Netznetz gehörten, in Form eines Fonds organisiert wären und ein Fondsverwalter über die Vergabe des Geldes bestimme.¹⁵⁰

Für einen Fonds wäre Netznetz laut Auskunft der MA7 allerdings zu klein. Möglich gewesen wäre aber eine ähnliche Organisation wie UnitF, ein Förderverein für junge MediendesignerInnen, bei dem die Förderentscheidung tatsächlich „ausgelagert“ ist und keinerlei Mitspracherecht von Seiten der MA7 besteht. Auf Wunsch von Netznetz, das sich keine rechtliche Struktur geben wollte, sei dieser Weg nicht gewählt worden.¹⁵¹

3.3.6. ...und Probleme

Für Matthias Tarasiewicz und Michael Wlodkowski liegt das Problem hingegen weniger bei juristischen Unzulänglichkeiten als bei aus soziologischer Sicht falschen Grundannahmen hinter Netznetz. So wäre die Annahme, jeder spiele fair, einfach nicht haltbar. Auch könne Selbstverwaltung einfach nicht funktionieren, wenn nicht für alle genug Geld da sei. Ein Umstand, der kombiniert mit dem von Sozialdemokraten vertretenen „Gießkannenprinzip“ – lieber vielen ein bisschen was geben, als wenigen genug – dazu führe, dass Netznetz lediglich mittelmäßige Projekte fördere, da für gute nicht genug Geld vorhanden sei. Ein weiteres Problem ergebe sich durch die zahlenmäßige Beschränktheit der Gruppe: Wenn nur etwa 200 Leute wählen würden, von denen sich fast alle kennen, seien die Entscheidungen hauptsächlich von persönlichen Faktoren abhängig und nicht von der künstlerischen Qualität.

In eine etwas anderer Richtung zielt die Kritik von Thomas Thurner, der indirekt das Bandbusproblem anspricht und zu steuern versucht, wenn er meint, das größte Problem bei Netznetz sei stets die Validierung der Stimmberechtigten gewesen. Seiner Meinung nach ist es nie gelungen, eine wirklich qualifizierte WählerInnenschaft zu definieren, die jedoch für jede

149 vgl. monochrom „Call for Everything. monochrom #26-34“ <http://www.monochrom.at/mono/monochrom26-34/> (12.2.2008)

150 vgl. „Neumann's Play Off“ 27.Jänner 2007 <http://www.joenoname.com/neumann-s/dokumentation.php> (31.12.2008)

151 vgl. Anhang 2, Interview mit Sylvia Faßl-Volger

funktionierende Demokratie notwendig sei. Hier stellt sich natürlich die Frage, wie eine solche qualifizierte WählerInnenschaft beschaffen sein soll – definiert mensch nämlich nur jene „ExpertInnen“ als qualifiziert, die direkt in den Netzkunst- und -kulturbetrieb involviert sind, so führt dies, gerade in der relativ kleinen Wiener Szene, sicherlich dazu, dass erst recht wieder jeder jeden kennt. Wird hingegen versucht, die Menge der WählerInnen auszuweiten, um so die Effekte eines geschlossenen, selbst referentiellen Systems zu vermeiden, führt dies zurück zur Problematik von Mehrheitsentscheidungen in Feldern wie der Kunst, in denen gerade das Nicht-Mehrheitsfähige Innovationen verspricht.

Einer der zentralsten Kritikpunkte überhaupt, ergibt sich aus dem Umstand, dass Netznetz, obwohl von seinen Mitgliedern nur ein Teil der Wiener Szene repräsentiert wird, die Aufgabe erhielt, ein Fördermodell zu entwickeln, an dessen Spielregeln sich alle Medienkunst- und -kulturschaffenden zu halten hatten. Johannes Grenzfurthner sieht darin einen Fehler der Stadt¹⁵², während Sylvia Faßl-Vogler meint, Netznetz hätte sehr wohl den Anspruch gestellt, die gesamte Szene zu vertreten und sie selbst hätte erst im Nachhinein erkannt, dass es Szenen und Communities gebe.¹⁵³

3.4. VERHÄLTNIS ZUM HEGEMON

*Die Geschichte der „Mama Stadt“, die Pflanzen gießt, die von selber wachsen.*¹⁵⁴

Wann und wie die Zusammenarbeit zwischen VertreterInnen der Stadt Wien und Netznetz begann, darüber gibt es heftigste Diskussionen.

Der Kunst- und Medientheoretiker FER sprach monatelang auf der Mailingliste von der Existenz eines „Geheimpapiers“, in dem sich monochrom und Team Teichenberg schon lange vor dem Coded Cultures Symposium der Stadtregierung für Datamining in der Netzkulturszene angeboten hätten. Der darauf folgenden Klage von monochrom wegen übler Nachrede wurde stattgegeben, was auch der Grund dafür sein mag, dass sich FER in seiner Kritik an Netznetz heute auf andere Aspekte konzentriert.

Auch wenn ich FERs Darstellungen als eindeutig überspitzt bezeichnen würde, möchte ich im Folgenden kurz auf die grundlegenden Thesen und Ziele des Papiers eingehen. Zwar sehe ich das

¹⁵² vgl. Anhang 3, Interview mit Johannes Grenzfurthner

¹⁵³ vgl. Anhang 2, Interview mit Sylvia Faßl-Vogler

¹⁵⁴ vgl. ebd.

Papier mit dem Titel „Hybrid Cultures. Practices in Cultural Industries“¹⁵⁵ als ungeeignet, um einer Verschwörungstheorie als Basis dienen zu können, nicht jedoch um eine Verbindung zwischen Netznetz und den bereits im ersten Kapitel erwähnten Cultural Industries sowie dem größeren kulturpolitischen Kontext zu ziehen.

3.4.1. Exkurs: Hybrid Cultures. Practices in Cultural Industries

Unter diesem Titel wurde 2003 von esel, monochrom und Team Teichenberg gemeinsam ein Papier ausgearbeitet, das als Exposé zu einer Förderstudie gedacht war, die nie genehmigt wurde. Die Studie wollte sich mit dem Bereich der Cultural Industries in Wien beschäftigen, mit ihren AkteurInnen und deren Motiven, den Austragungsorten und der Zufriedenheit der Involvierten. Obwohl Johannes Grenzfurthner meint, Ziel der Studie wäre unter anderem gewesen, dem von Franz Morak propagierten Konzept von Cultural Industries eine eigene, emanzipative Definition entgegenzusetzen, gelingt dies in der Praxis nur unzureichend. Zwar distanzieren sich die AutorInnen sowohl vom rein negativen Konzept der Kulturindustrie als eine am populären Massengeschmack orientierter Verwertungsindustrie nach Adorno, als auch von der morak'schen Definition als Teil neoliberaler Wirtschaft, ihr Gegenkonzept unterscheidet sich schließlich aber nur unwesentlich von jenem Moraks.

Als Cultural Industries bezeichnen sie in Anlehnung an Justin O'Connor nicht individuelle Unternehmen, sondern vielmehr kollaborative Strukturen aus AkteurInnen verschiedener Communities. Diese bilden ökonomische Netzwerke, die mit wirtschaftlich relevanten Größen (wie etwa Arbeitsplätzen) arbeiten. Der ökonomische Nutzen der Cultural Industries ergebe sich aber – und hier soll wohl der Unterschied zu Morak liegen – aus ihrem kulturellen Nutzen, was dazu führe, dass sowohl politische als auch kulturelle Mechanismen in Bezug auf Cultural Industries beachtet werden müssten. Diese Netzwerke sehen sie im Bereich „Alternativ Kultur“ [sic!] verortet und als mit dem traditionellen Kunst- und Kulturbegriff nicht kompatibel.

Eine erste Parallele zu Netznetz ergibt sich aus der räumlichen Verortung der Cultural Industries: „Das lokale Wissen fluktuiert im Netz der Cultural Industry AkteurInnen unablässig. Demnach gibt es kein Außerhalb. Die Cultural Industry ist eine Schnittmenge verschiedener Gesellschaftlicher [sic!] Praxen mit einer besonderen Referenz auf Kultur.“¹⁵⁶ Eine Formulierung, die stark an die (fehlende) Definition der Grenzen von Netznetz erinnert.

155 esel, monochrom und Team Teichenberg „Hybrid Cultures. Practices in Cultural Industries.“ 2003
<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2007-September/006832.html> (10.2.2009)

156 ebd. S.12

Die Identität der AkteurInnen sei eine hybride, die sich nicht länger als „kohärente, selbstidentische, lineare Entität“¹⁵⁷ verstehe. Die Flüchtigkeit dieser Identitätsdefinition, die auffallend gut mit dem Flexibilitätsparadigma des Neoliberalismus harmoniert, mag auch der Grund sein, warum es den AutorInnen auf 32 Seiten nicht gelingt, die Zielgruppe ihrer Studie anzugeben. Einerseits geben sie nämlich an, sich auch an jene zu wenden, die sich eindeutig nicht im Bereich der Cultural Industries verorten, bereits eine Seite später heißt es jedoch: „Das Ziel des Projektes ist die Darstellung des Cultural Industry AkteurInnen Netzwerks Wiens, die [sic!] an der Erhebung teilgenommen haben.“¹⁵⁸

Die Ergebnisse der Studie hätten, auch graphisch in Netzwerkform aufgearbeitet, auf einer Webseite veröffentlicht werden sollen, die zusätzlich die Möglichkeit der Verlinkung mit den Seiten der einzelnen AkteurInnen geboten hätte und so dem zentralen Anliegen, „die abgebildeten 'virtuellen' Naheverhältnisse durch die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme im 'realen' Raum umzusetzen, unabhängig von der bisherigen sozialen Verbundenheit“¹⁵⁹ gerecht geworden wäre. Vergleicht mensch diese Zielsetzung mit dem ursprünglichen Anliegen Netznetz – nämlich dem nach Sichtbarkeit, Repräsentation und Vernetzung – und der ursprünglichen Organisationsform – einer Mailingliste – muss auch hier nach Parallelen nicht lange gesucht werden.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten und einer, aus meiner Perspektive beunruhigenden, Verharmlosung ökonomischer Machtansprüche im Kunst- und Kulturbereich wäre der Schluss, Netznetz als eine Vereinigung von Cultural Industries AkteurInnen und die VerfasserInnen dieser Studie, die später zu den MitbegründerInnen von Netznetz gehörten, als WegbereiterInnen neoliberaler Vereinnahmung von Kunst und Kultur zu sehen, ein vorschneller. Einmal mehr zeigt sich jedoch, wie nahe selbstbestimmte Kulturarbeit und die neoliberale Instrumentalisierung dieser zusammenliegen können.

3.4.2. Initiative zum Fördermodell

Ähnlich heftige Diskussionen gibt es rund um die Frage, von wem die Initiative zum Fördermodell ausgegangen sei, sowie um die den einzelnen AkteurInnen meist von außen unterstellten, Motivationsgründe zur Mitarbeit an diesem.

Thomas Thurner betont den Umstand, dass die Stadtregierung an Netznetz herangetreten sei und

157 ebd. S.14

158 ebd. S.12

159 ebd. S.28

nicht umgekehrt. Allerdings habe es sehr wohl eine intensive Zusammenarbeit mit den VertreterInnen der MA7 gegeben sowie zahlreiche Treffen mit dem Ziel, ein neues Fördermodell zu entwickeln: „Die wollten was, ham a Motiv ghabt, wir wollten was, ham a Motiv ghabt.“¹⁶⁰ Dass in diesem Motiv auch das Ziel enthalten war, die Netbase loszuwerden, das sei heute – im Nachhinein – klar. Damals jedoch habe er sich darüber nicht so viele Gedanken gemacht.

Anders bewerten Michael Wlodkowski und Matthias Tarasiewicz von Super.net die Situation. Sie meinen, es sei Ziel der Stadt gewesen, die Netbase „abzusägen“ und Entscheidungen auszulagern. Auch habe sich durch die Zusammenarbeit mit Netznetz für die MA7 der Vorteil ergeben, keinen großen, starken Player (= Netbase) mehr als Gegenüber zu haben, sondern eine Vielzahl schlecht organisierter, „braver“ und unkritischer AkteurInnen. Beide sehen die Initiative zum Fördermodell eindeutig bei Netznetz: „Thurner hat ein Papier ausgearbeitet, wie so ein Fördermodell ausschauen könnte“ und „Thurner ist zur MA7 gegangen“¹⁶¹

Eine Version, deren letzten Teil Sylvia Faßl-Vogler bestätigt¹⁶², indem sie sagt, die Initiative zum Fördermodell sei eindeutig von Netznetz ausgegangen, dessen Mitglieder ein in den Grundzügen bereits fertig ausgearbeitetes Modell zum Termin im Kulturamt mitgebracht hätten.¹⁶³

Wie auch immer die Kontaktaufnahme konkret ausgesehen haben mag, einige Eckpunkte scheinen festzustehen und sind in dieser Form auch im Wiki von Netznetz dokumentiert. Auf der Seite „Geschichte“ heißt es für den 17. März 2005: „netznetz.net stellt Fördersystemvorschlag auf ihre Mailingliste und initiiert von März bis Juni 2005 Workshops zur Diskussion und Ausarbeitung.“, für den 21. März: „Die Vertreterinnen und Vertreter der Politik (Abgeordnete zum Wiener Landtag und Gemeinderat) Sybille Straubinger, Jürgen Wutzlhofer und Andreas Schieder laden zur Diskussion dieses Vorschlags.“ und für April, Mai und Juni sind mehrere Treffen zwischen VertreterInnen von Netznetz und der MA7 aufgelistet.¹⁶⁴ Bei einem Blick in das Archiv der Mailingliste entdeckt mensch dann tatsächlich ein Mail mit dem Titel „Netzkulturenförderung redone V1.0. von Thomas Thurner mit dem Datum 17. März.“¹⁶⁵ Bereits wenige Tage später folgt ein Mail desselben Absenders „Förderlandschaft reloaded“ mit folgendem Inhalt:

160 Anhang 13, Interview mit Thomas Thurner

161 Anhang 10, Interview mit Matthias Tarasiewicz und Michael Wlodkowski

162 Ihre Stellungnahme zur These, die MA7 hätte Netznetz benutzt, um die Netbase loszuwerden, findet sich weiter oben im Kapitel über die Netbase.

163 vgl. Anhang 2, Interview mit Sylvia Faßl-Vogler

164 vgl. Netznetz „Geschichte“ <http://netznetz.net/wiki/Geschichte> (2.1.2009)

165 vgl. Thurner, Thomas „Netzkulturenförderung redone V1.0“ 17.März 2005 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2005-March/001007.html> (2.1.2009)



Der letzte Woche ausgesendete Entwurf eines Fördersystems hat Interesse im Rathaus erweckt. Es gibt demnächstens [sic!] einen Termin mit den zuständigen GemeinderätInnen.

More to come.

LGT“¹⁶⁶

Der Umstand, dass dieses Mail das Datum 23. März trägt, spricht entweder für die Version von Super.net und Sylvia Faßl-Vogler oder aber für logische Fehler in der offiziellen Netznetz Geschichtsschreibung.

3.4.3.finanzielle Rahmenbedingungen

Da es sich bei der These, mit Hilfe von Netznetz würden Entscheidungsfindungsprozesse ausgelagert, um eine kaum umstrittene handelt, stellt sich in logischer Folge die Frage nach der finanziellen Entlohnung dieser, von Netznetz übernommenen, Aufgabe öffentlicher Verwaltung. Die Notwendigkeit von separaten finanziellen Mitteln – also von Mitteln, die nicht aus dem Fördertopf für Netzkunst und -kultur stammen – für die Koordinations- und Verwaltungsaufgabe wurde im Zuge der Veranstaltung Neumann's Play Off folgendermaßen argumentiert: Durch Netznetz würden Entscheidungsfindungskosten aus einem bereits externalisierten Entscheidungsfindungs- und Verwaltungskörper, der Beamtenschaft, ein weiteres Mal externalisiert und dadurch wieder in den Verantwortungsbereich der Zivilgesellschaft überführt. Daher wäre es nur richtig, die durch diese Auslagerung eingesparten Beamtengehälter Netznetz zu Gute kommen zu lassen.¹⁶⁷

In der Realität war die Bereitschaft zur Entlohnung von Organisation- und Entwicklungsarbeit zumindest anfangs eher gering. Geld von der MA7 in Richtung Netznetz floss das erste Mal anlässlich des Softwaresprints in Reichenau.¹⁶⁸ Doch auch dort wurden lediglich Kost und Logie der TeilnehmerInnen von der Stadtregierung übernommen, Gehälter wurden für den einwöchigen

166 Thurner, Thomas „Förderlandschaft reloaded 1.0“ 23.März 2005 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2005-March/001019.html> (2.1.2009)

167 vgl. die Stellungnahmen von Andreas Noll und Sylvia Eckermann im Rahmen von: „Neumann's Play Off“ 27.Jänner 2007 <http://www.joenoname.com/neumann-s/dokumentation.php> (31.12.2008)

168 Streng genommen, war es nicht die MA7, die diese Kosten übernahm, sondern eine Stiftung, über die die MA7 „Kontrolle hat“. vgl. Anhang 2, Interview mit Sylvia Faßl-Vogler

Sprint keine ausbezahlt. Finanziell entlohnt wurde allerdings die Arbeit der Programmierer am Softwaretool Mana.

Seit dem offiziellen Bestehen einer Koordination erhielt diese auch eine Aufwandsentschädigung. Diese war jedoch stets relativ knapp bemessen, wie ein Förderungsfahrplan der MA7 aus dem Jahr 2007 belegt. Dort wurden für administrative Kosten 20.000 Euro veranschlagt. Aus diesem Budget sollte aber nicht nur die Arbeit des Koordinationsteams bezahlt werden, sondern auch das Validierungsgremium, die Wahlabwicklung, die Kosten für den Communityserver (und dessen Wartung) und eine international besetzte Jury für den Bereich Digitale Kunst, für die allein schon die Hälfte des Budgets fix veranschlagt war.¹⁶⁹¹⁷⁰

Bereits ein Jahr später heißt es dann von Seiten der MA7: „Aufgrund der Kontrollamtsprüfung stehen ab 2009 für die Koordination keine Mittel mehr zur Verfügung.“¹⁷¹ Das Kulturamt der Stadt Wien weigert sich aber nicht nur, die Arbeit des Koordinationsteams finanziell zu entlohnen, sondern fordert Netznetz auch dazu auf, die Kosten für eine externe Evaluation des Vergabemodells aus dem Förderbudget zu bezahlen, sollten sich die Mitglieder für eine nochmalige Vergabe der Fördermittel für Digitale Kultur mittels Wahl entscheiden.

3.4.4. hegemoniale Einflussnahme

Zwar trägt Netznetz immer noch den Titel „selbstverwaltetes Fördersystem“, wirklich selbst entwickelt und selbst bestimmt war es jedoch nie. Während anfangs noch der Eindruck entstand, es handle sich um eine relativ gleichberechtigte Zusammenarbeit beider Seiten und etwa Thomas Thurner bei Sprint in Reichenau den Umstand lobt, dass bei Netznetz kein Außenkurator existiere und es Aufgabe des System selbst sei, sich Regeln zu geben¹⁷², treten gerade in letzter Zeit kulturpolitische VertreterInnen der Stadt Wien immer wieder in ihrer Rolle als Außenkurator auf und es kommt zu aufoktroierten Veränderungen im Fördermodell.

169 vgl. Netznetz „Stellungnahme von Netznetz zum sogenannten Förderungsfahrplan der Stadt Wien für digitale Kunst und Kultur für 2008“ 26. November 2007 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2007-November/007257.html> (2.1.2009) (im Anhang)

170 Die hier angeführte Sachlage geht aus dem von der Stadt vorgelegten Papier sowie aus der Stellungnahme Netznetz zu diesem hervor. Im Gespräch mit mir sagte Sylvia Faßl-Vogler jedoch, die 20.000 Euro wären einzig für die netznetz-internen Administrationskosten veranschlagt gewesen. Jene 3.000 Euro, die die Jury erhalten hätte, wären von ihr separat bezahlt worden. vgl. Anhang 2, Interview mit Sylvia Faßl-Vogler

171 vgl. Pianka, Joanna „Zur Situation. Jetzt.“ 7. Dezember 2008 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2008-December/008080.html> (2.1.2009)

172 vgl. Anhang 14, Interview mit Thomas Thurner

Zu Beginn hätte es keinerlei Vorschriften oder Regeln von Seite der MA7 gegeben, ihr Ziel sei lediglich die Einhaltung des rechtlichen Rahmens (formelle Einreichung der Förderansuchen und Abwicklung dieser durch die MA7) gewesen, sagt Sylvia Faßl-Vogler. Selbst bei Regelungen die Vergabewahl betreffend, die gegen die Grundsätze des österreichischen Wahlrechts verstoßen hätten, wie der Umstand, dass die erste Wahl nicht geheim war, habe sie nicht eingegriffen: „Das war ihr [= Netzzetz] Wunsch, möglichst transparent zu sein.“ Diese Transparenz sei dann von ihr auch akzeptiert worden, mit allen Vor- und Nachteilen. Die Anfangszeit habe sich im Allgemeinen sehr angenehm gestaltet, sie sei von intensiver Zusammenarbeit und Kommunikation geprägt gewesen und es habe sich nicht um eine „kontroversielle Tour“ gehandelt.¹⁷³

In Reichenau existierte dann bereits eine Art hegemonialer Zwang, der jedoch nur indirekt Einfluss auf die Regeln hatte, die sich Netzzetz gab. Durch die Wiener Gemeinderatswahlen im Herbst und dem, aus diesem Umstand resultierenden, Wunsch von Seiten der SPÖ, bis zu diesem Zeitpunkt einen ersten Modellentwurf zu besitzen, gab es in Reichenau einen „externen“ Zeitdruck, der zu einem schnellen Prototypentwurf zwang.¹⁷⁴ Dieser habe zur Folge gehabt, dass „Reflexionen“ abgeschnitten und Einwände ignoriert worden seien¹⁷⁵ und das ursprünglich komplexe und elegante Modell zu einem recht hölzernen simplifiziert worden sei.¹⁷⁶

Den bisher folgenschwersten Eingriff in das Regelwerk von Netzzetz tätigte die Stadtregierung im November 2007 mit der Vorlage eines „Förderfahrplans für digitale Kunst und Kultur ab 2008“.¹⁷⁷  Bereits das kleine Wörtchen „ab“ zeigt hier an, dass es sich um eine grundlegende Zäsur im Fördermodell handelte, die von der Stadtregierung auch so verstanden wurde.¹⁷⁸

Der vorgelegte Plan sieht vier verschiedene Unterressorts vor: Einrichtungen, digitale Kunst, Festival und digitale Kultur. Während bis Ende 2007 in allen vier Bereichen (bzw. in den ihnen entsprechenden, aber anders bezeichneten Bereichen) die Community über die Mittelvergabe entschied und die MA7 lediglich die Förderungen für so genannte Micro-Grants,

173 vgl. Anhang 2, Interview mit Sylvia Faßl-Vogler

174 vgl. Anhang 1, Interview mit Lorenz Seidler

175 vgl. Anhang 6, Interview mit Julia Starsky

176 vgl. Anhang 13, Interview mit Thomas Thurner

177 vgl. MA7 „Förderung der digitalen Kunst und Kultur ab 2008“

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/attachments/20071112/ff8fbb44/attachment-0001.doc> (2.1.2009)

178 Auf Bestreben von Netzzetz wurde „ab“ später jedoch in „für“ umgewandelt, um dem Willen zu einer Fortführung des Modells Ausdruck zu verleihen

Kleinstförderungen für StudentInnen oder noch nicht etablierte KünstlerInnen in der Höhe von 1.000 bis 3.000 Euro, verteilte, wurde dieses Verhältnis nun auf den Kopf gestellt. Die Micro-Grants existierten nicht länger und wurden Teil des Unterressorts „digitale Kultur“, das als einziges weiter mittels einer Vergabewahl von Netznetz vergeben wurde und mit 180.000 Euro dotiert war. In den Bereichen „Festival“ (100.000 Euro) und „digitale Kunst“ (100.000 Euro) sollte eine fünfköpfige Jury, bestehend aus zwei von der MA7 bestellten Mitgliedern, zwei von Netznetz gewählten, jedoch von der MA7 vorgeschlagenen, Mitgliedern und Sylvia Faßl-Vogler, entscheiden. Die Mittel für die Einrichtungsförderung (100.000 Euro) wurden direkt von der MA7/ Sylvia Faßl-Vogler vergeben. Zusätzlich sollte es ein, von der MA7 bestelltes, Validierungsgremium geben, dessen Aufgabe die Entscheidung über aktives und passives Wahlrecht sein sollte.¹⁷⁹

Der sehr rudimentäre Charakter des Entwurfs, der viele relevante Aspekte vermissen ließ (Ober- und Untergrenzen von Förderungen, Anzahl von FördernehmerInnen, nationale/internationale Besetzung der Jury, Definition der Fördergegenstände „digitale Kunst“ und „digitale Kultur“ an Hand eines Wikipedia Artikels,...), legt hier den Schluss nahe, dieser wäre nur als Provokation der Community gedacht gewesen und hätte nie das Ziel gehabt, einen detaillierten neuen Förderplan vorzulegen, sondern hätte die Ausarbeitung dieses ein weiteres Mal an die Community „abtreten“ wollen. Weiters stellt sich bei einem wenige Tage später stattfindenden Gespräch zwischen den damaligen Netznetzkoordinatorinnen sowie Sylvia Faßl-Vogler und Sybille Straubinger heraus, dass es sich bei der zu Beginn des Fahrplans erwähnten „Evaluation“ lediglich um eine „interne Reflexion“ im Kulturressort im Auftrag des Kulturstadtrates gehandelt hat.

Bei diesem Gespräch findet auch eine ausführliche Diskussion des neuen Förderplanes statt. In einigen Details zeigen sich die Vertreterinnen der MA7 gesprächsbereit und sind gewillt, den Vorschlägen Netznetz' entgegen zu kommen. So „darf“ Netznetz etwa über die Auswahl ihrer beiden JurykandidatInnen und die Besetzung des Validierungsgremiums selbst entscheiden und Sylvia Faßl-Vogler hat bei Juryentscheidungen lediglich ein Dirimierungsrecht. Im Großen und Ganzen ist von einer „Zusammenarbeit“ aber wenig zu spüren und tonangebend sind eindeutig die Kulturbeamtinnen. Die von den Koordinatorinnen durchaus gut argumentierte Präferenz für eine Vergabewahl im Bereich Einrichtungen, in dem nach ihrer Meinung eine Mehrheitsentscheidung besonders sinnvoll wäre, da gerade Infrastruktur einen Nutzen für die

¹⁷⁹ vgl. MA7 „Förderung der digitalen Kunst und Kultur ab 2008“

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/attachments/20071112/ff8fbb44/attachment-0001.doc> (2.1.2009)

Mehrheit der Kunst- und Kulturschaffenden haben soll, wird von Sylvia Fassl-Vogler selbst dann noch mit mangelnder Planungssicherheit abgetan, als die Netznetzvertreterinnen vorschlagen, ebenso wie die MA7, die Förderungen nur einmal jährlich zu vergeben, um Planungssicherheit zu garantieren.¹⁸⁰ Schließlich wurde der Fahrplan fast unverändert umgesetzt.

Als Grund für diesen vehementen Eingriff gibt Sylvia Faßl-Vogler fehlende Organisation und Strukturen an. Netznetz sei furchtbar chaotisch gewesen und diese Situation habe sich auch nicht verbessert. Weiters habe sie schon Anfang 2007 mit dem damaligen Koordinator Andreas Trawöger über „einzuleitende Maßnahmen“ gesprochen, die zu einer Professionalisierung und besseren Kommunikation des Projektes Netznetz beitragen hätten sollen. Auf Grund seines Verschwindens sei der für die Zusammenarbeit zwischen Netznetz und der Stadtregierung so essentielle Kommunikationsfluss monatelang unterbrochen gewesen. Die Rettungsversuche der neuen Koordinatorinnen seien dann zu spät gekommen: Die Kommunikation habe nicht mehr so richtig funktioniert, von Seiten Netznetz habe nicht länger eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit, sondern vielmehr eine Forderungshaltung gegenüber der Stadt bestanden, die Stimmung sei gekippt und von Misstrauen geprägt gewesen.

Die Änderungen am Fördermodell hätten dabei hauptsächlich auf den Wünschen von Fördersuchenden basiert. Die Kulturinitiativen hätten sich etwa mehr Planungssicherheit und daher eine Vergabe der Einrichtungsförderung durch die MA7 gewünscht. „Klassische MedienkünstlerInnen“ wollten sich der Communityvergabe nicht beugen und hätten sich daher für eine Vergabe mittels MA7 oder Jury plädiert. Da das Festival der Netzkulturen ebenfalls „kunstlastig“ sei, sei der logische Schluss gewesen, seine Kuratierung ebenfalls durch die Jury zu vergeben. „Das heißt nicht, dass wir Netznetz obageschaubt ham oder zamgstutzt, sondern einfach nur die Wünsche berücksichtigt ham, von allen.“¹⁸¹

Bei einem weiteren dieser Stadtgespräche am 20. November 2008 wird das Koordinationsteam vor die Alternative gestellt, das gegenwärtige System im Frühjahr 2009 noch einmal durchzuführen oder auch die Mittel für „digitale Kultur“ von einer Jury verteilen zu lassen. In beiden Fällen würde die Infrastrukturförderung 200.000 Euro, die Förderung für digitale Kunst und Kultur gemeinsam ebenso viel und die Summe für die Annual Convention (= Festival) 100.000 Euro betragen. Im ersten Fall würde sich Netznetz zusätzlich zur Finanzierung einer

180 vgl. Göschl, Valie und Sari Zott „Protokoll 26.November 2007“ 29. November 2007

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/attachments/20071129/4d842810/attachment-0001.doc> (2.1.2009)

181 Anhang 2, Interview mit Sylvia Faßl-Vogler

externen Evaluation des Vergabeprozesses aus dem Fördertopf für digitale Kultur verpflichten, im zweiten hätten seine Mitglieder das Recht, noch ein weiteres Jurymitglied aus dem Bereich digitale Kultur zu nominieren, das Sylvia Faßl-Vogler ersetzen würde.

Dieses Vorgehen habe sich aus dem Umstand ergeben, dass bereits seit 2005 der Wunsch nach einer Evaluierung von außen bestanden habe. Die tatsächliche Durchführung dieser sei aber 2007 an den fehlenden finanziellen Mitteln gescheitert, daher sehe die MA7 keine andere Möglichkeit, als sie aus dem Fördertopf zu bezahlen.¹⁸² Trotz dieser aus der Sicht von Sylvia Faßl-Vogler durchaus nachvollziehbaren Erklärung sehe ich dieses Vorgehen als absolut nicht gerechtfertigt an: Gerade weil die Verantwortung für das Fördersystem immer noch bei der MA7 liegt und Netznetz de facto nur die Rolle eine Jury oder eines Beirats einnimmt, sollte auch die MA7 für die Evaluierung „ihres“ Fördersystems aufkommen.

Wie schon ein Jahr zuvor, wurden diese Veränderungen hegemonial „von oben“ diktiert, ohne Netznetz ein wirkliches Mitspracherecht einzuräumen.

Besonders in den letzten ein eineinhalb Jahren wurde somit deutlich, dass Netznetz zwar noch das Recht hatte, einen kleinen Teil des Fördermodells für Digitale Kunst und Kultur selbst zu verwalten, es sich aber immer weiter von einer Selbstbestimmung wegbewegte. Somit stellt sich für mich die Frage, in wie weit Netznetz dem Anspruch, ein experimentelles und zukunftsweisendes Modell zur Vergabe von Fördermittel zu sein, noch gerecht wird oder ob es sich hierbei vielmehr um eine doppelte Form repräsentativer Demokratie (im Inneren durch Trustees und im Außen durch die Wahl von Jurymitgliedern) handelt.

3.4.5. Netznetz als Kontrollinstrument der Stadtregierung - Zusammenarbeit mit der SPÖ

Ob und wie eine Kooperation mit dem Hegemon funktionieren kann, welche Gefahren eine solche birgt und wie diese Zusammenarbeit mit dem Anspruch, emanzipative Modelle zu entwerfen, vereinbar ist, darüber wurde auch schon in Reichenau diskutiert. Aus heutiger Sicht interessant ist hierbei der Umstand, dass viele für diese Arbeit relevante Aspekte bereits in der dortigen Diskussion auftauchten.

Die von den TeilnehmerInnen in Reichenau vertretenen Positionen reichen von Pragmatismus bis zu Idealismus, von Euphorie bis Skepsis.

¹⁸² vgl. ebd.

Eine ziemlich pragmatische Haltung ist zum Beispiel aus den Aussagen von Stefan Lutschinger und Magnus Wurzer in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der SPÖ herauszulesen. Wenn mensch in Wien öffentliche Gelder wolle, müsse mensch sich auf jeden Fall mit VertreterInnen der SPÖ an einen Tisch setzen, meint Magnus Wurzer, weil diese die Stadtregierung stellten.¹⁸³ Und Stefan Lutschinger fügt hinzu, es sei notwendig, auf den Partner (= SPÖ) zuzugehen und sich mit ihm an einen Tisch zu setzen, wolle mensch ein bestehendes Fördermodell reformieren.¹⁸⁴

Eine wesentlich größere Portion Idealismus steckt in den Aussagen von Thomas Thurner und Leo Findeisen. Ersterer meint, Netznetz sei die logische Fortsetzung einer Entwicklung: Während es früher den Staat gegeben habe, der Kunst eingekauft habe, danach der Kurator als Objektivierungsschritt eingeführt worden sei, sei es nun an der Reihe, die Künstler selbst darüber entscheiden zu lassen, was für sie wichtig sei.¹⁸⁵ Leo Findeisen empfindet, der Umstand, dass KünstlerInnen die Selektionsarbeit relevanter Kunst übernehmen, nicht als „Zombiegriff“ nach der KünstlerInnenseele, sondern vielmehr als ein Möglichkeit für mehr Freiheit und bewertet die Situation allein deshalb als positiv, weil die Intelligenz der Fördermittelvergabe auf viele verteilt werde. Gleichzeitig erkennt er aber die Berechtigung der Befürchtung, Netznetz könne sich zu einem Instrument der Politik entwickeln, an und stimmt so mit SkeptikerInnen, wie Julia Starsky, überein.

Diese sieht vor dem Hintergrund einer sukzessiven Einschränkung der Förderungen im kulturellen Bereich die Gefahr, von der Verwaltung auf Grund zu wenig stark ausgeprägter Oppositionsarbeit ausgenutzt zu werden. Daher spricht sie sich für die Forderung nach mehr Geld gegenüber der Stadtregierung aus und für die Verknüpfung der Entwicklungsarbeit des Fördermodells mit politischer Arbeit: „Wenn wir brav sind, könnten wir auch sehr nützlich für die Politik sein und das kann wirklich nicht in unserem Interesse sein.“¹⁸⁶

Ähnlich kritisch denkt Johannes Grenzfurthner, der sich die Frage stellt, ob eine liberale, linke Community wie Netznetz mit der SPÖ zusammenarbeiten solle und ob die Bereitschaft zur Zusammenarbeit nicht in einem Ausbeutungsverhältnis oder einem Steuerungsversuch von Seiten des Hegemons enden könne. Ebenso glaubt er, dass Netznetz den Wechsel von der Netbase zu anderen FördernehmerInnen im Bereich Medienkunst für die SPÖ erleichtere.¹⁸⁷

183 vgl. Anhang 9, Interview mit Magnus Wurzer

184 vgl. Anhang 11, Interview mit Stefan Lutschinger

185 vgl. Anhang 14, Interview mit Thomas Thurner

186 Anhang 6, Interview mit Julia Starsky

187 vgl. Anhang 5, Interview mit Johannes Grenzfurthner

Hans Bernhardts Kritik hingegen ist mit einer großen Prise Pragmatismus gewürzt: Er akzeptiert den Umstand, dass wir in einem neoliberalen Zeitalter leben und die Menschen folglich neoliberal getrimmt seien, sich ausbeuten und benutzen ließen, als „das Schicksal unserer Generation“ - „Ja, vielleicht ist es neoliberal. Scheißegal, neoliberal – mir doch wurscht!“¹⁸⁸

Sylvia Faßl-Vogler meint, Netznetz sei nie basisdemokratisch, nie selbst bestimmt und ebenso wenig selbst verwaltet gewesen. Bei ihrer Vision für Netznetz habe es sich um eine völlig andere gehandelt: „Ich hab am Anfang von Netznetz immer gesagt, meine Vision wäre, wenns ihr mich gar nimma braucht, wenn ich überflüssig werden würde. Des wär für mich die Vision, wenn mich jemand fragt, jetzt funktioniert Netznetz [sic!].“¹⁸⁹ Ob das denn nicht neoliberal wäre? Nein, denn diese „Vision“ habe sie nicht im neoliberalen Sinn gemeint: „Die Vision war, dass die so toll strukturiert sind und so toll funktionieren und so sozial funktionieren [...] ,dass es die Mama Stadt, die ein bissal aufpasst, dass eh alles rechtens abgeht, es geht mir immer nur um die Rahmenbedingungen [...] wir gießen und dann wachsen die Pflanzen, aber die wachsen selber.“¹⁹⁰

Neben einer unkonventionellen Definition des Begriffs „neoliberal“ wird aus den vorhergehenden Zeilen auch deutlich, dass die Zusammenarbeit zwischen einer sich als „links“ definierenden Gruppe von Kunst- und Kulturschaffenden und der Wiener Stadtregierung, wie sie im Rahmen von Netznetz stattfand, bereits zu Anfangszeiten des Projekts kritisch betrachtet wurde und darin nicht nur ein Mehr an Freiheit, sondern auch eine Beschneidung dieser gesehen wurde.

Weiters zeigt das bisher Geschriebene, dass im Fall von Netznetz ein Mehr an Verantwortung und Entscheidungsbefugnissen nur auf Kosten von Kooperation mit und Unterwerfung unter die Spielregeln der MA7 möglich war. Zu einem Zeitpunkt, an dem der Neoliberalismus als die herrschende Organisationsform der Gesellschaft angesehen werden muss und der österreichische Staat sich augenfällig zu Gunsten der Privatwirtschaft aus dem kulturpolitischen Verantwortungsbereich zurückzieht, ergibt sich daraus schnell der Vorwurf, bei Netznetz handle es sich um ein neoliberales Repressions- und Kontrollinstrument.

Im folgenden Kapitel will ich den Versuch unternehmen, diesen Vorwurf mit Hilfe von Foucaults Gouvernementalitätstheorie, die sich unter anderem mit den Regierungstechniken des

188 Anhang 4, Interview mit Hans Bernhardt

189 Anhang 2, Interview mit Sylvia Faßl-Vogler

190 ebd.

Neoliberalismus beschäftigt, zu überprüfen. An Hand der Grundzüge von Theorien der Basisdemokratie und Selbstbestimmung soll schließlich noch die gegenteilige Annahme – Netzwerk sei emanzipativ und selbstbestimmt – überprüft werden.

4. NEOLIBERALE GOUVERNEMENTALITÄT – BASISDEMOKRATISCHE SELBSTBESTIMMUNG

Die folgenden Seiten werden sich auf theoretischer Ebene mit den Regierungstechniken der Gouvernamentalität und der aus ihr hervorgehenden Gouvernance beschäftigen sowie versuchen, einige Grundbegriffe emanzipativer Selbstbestimmung – direkte Demokratie, Basisdemokratie, Selbstbestimmungsrecht, Selbstverwaltung – darzulegen.

Den Anfang wird Foucaults Theorie der Gouvernamentalität machen, wobei ich mich nicht nur auf den für diese Arbeit zentralen Aspekt der neoliberalen Gouvernamentalität beschränken möchte, sondern auch versuchen werde – Foucault folgend –, das Problem von Regierung an und für sich zu thematisieren. Folgen wird eine Betrachtung der Gouvernance und mit ihr einer neuartigen Form des Regierens sowie eine kritische Begriffsbestimmung von „Zivilgesellschaft“, die meiner Meinung nach den Hauptakteur, nicht nur der Gouvernance, sondern auch der hinter Netznetz steckenden Regierungslogik ausmacht.

Im anschließenden Teil soll so weit als möglich eine Definition der weiter oben unter dem Oberbegriff „emanzipative Selbstbestimmung“ zusammengefassten gesellschaftlichen Organisationsformen gegeben werden, um eine Idee davon zu erlangen, inwiefern diese im Kontext von Netznetz wiedergefunden werden können.

4.1. REGIERUNG UND GOUVERNEMENTALITÄT NACH FOUCAULT

Der Begriff und gleichzeitig das Problem der Regierung taucht nach Foucault im 16. Jahrhundert auf und präsentiert sich einerseits als eine Gegenposition zur exklusiven, alles beherrschenden machiavellischen Fürstenfigur, andererseits als Fortsetzung der kirchlichen Seelenführung auf staatlicher Ebene.

4.1.1. christliches Pastorat

Das christliche Pastorat hatte sich die Lenkung und Manipulation der Menschen während ihres ganzen Lebens zum Ziel gesetzt und zwar in einer Art und Weise, die sämtliche Aspekte ihrer Existenz betreffen sollte. Die dazu angewandte völlige Überwachung und Beobachtung der Gläubigen durch den Pastor hatte gleichzeitig das Ziel, diesen mit einem möglichst umfassenden Wissen über seine „Schafe“ auszustatten, um sie noch besser lenken zu können. Ihr eigenes Heil, das Ziel der Führung durch den Pastor war, konnten die Individuen nur durch bedingungslosen Gehorsam gegenüber den kirchlichen Gesetzen und dem Pastor erlangen – ein Umstand, der sie zugleich in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Pastor treten ließ. Der Begriff „Pastoral“ hatte somit eine doppelte Bedeutung, die parallel zu den beiden Lesearten des französischen Wortes „conduit“ ist: Einerseits wird damit die „Tätigkeit, die darin besteht zu führen“ bezeichnet, andererseits die „Art, in der man geführt wird und in der man sich schließlich unter dem Einfluss einer Führung verhält.“¹⁹¹ Im 16. Jahrhundert wird nun mit dem Ende der Vorstellung eines auf pastorale Art und Weise regierenden, alles bestimmenden Gottes die Frage nach der Leitung von Menschen außerhalb der kirchlichen Autorität zentral. Damit wird die Regierung zu einer Spezifität des Souveräns, dem nicht länger ein Regierungsmodell in der Natur oder auf Seiten Gottes zur Verfügung steht. Gleichzeitig steht diese Entwicklung am Beginn der Dichotomie der fortan zentralen Bezugssysteme Staat und Natur.

4.1.2. Staatsräson

In den Theorien zur staatlichen Regierung nimmt im Folgenden der Begriff der Staatsräson eine wesentliche Position ein. In einem Text aus dem 16. Jahrhundert gibt Palazzo folgende Definition für die Staatsräson an: „Eine Regel oder eine Kunst [...], die uns die Mittel anweist, um die Integrität, die Ruhe oder den Frieden der Republik zu erlangen.“¹⁹²

Die Staatsräson hat somit einen konservativen Charakter und besitzt keine Finalität, mit Ausnahme der Erhaltung des Staates. Daraus folgt, dass die Gouvernamentalität der Staatsräson unbegrenzt ist und weder Ursprungs- noch Endpunkt besitzt. Auch ist die Staatsräson keinesfalls gleichbedeutend mit einem homogenen System der Legalität und Legitimität – im Namen des

191 Sennelart, Michel (Hrsg.) (2006 [2004]) Michel Foucault. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernamentalität I. Vorlesung am Collège de France 1977 – 1978. Frankfurt. S. 280

192 Palazzo zitiert nach: Sennelart, Michel (Hrsg.) (2006 [2004]) Michel Foucault. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernamentalität I. Vorlesung am Collège de France 1977 – 1978. Frankfurt. S. 371

Heils des Staates kann es durchaus notwendig werden, sich über die Gesetze hinwegzusetzen. Da das Volk wesentlich schwieriger zu regieren ist, als ein (korrupter und bestechlicher) Adel, heißt regieren immer das Volk regieren. Die Regierung muss dabei zwei große Elemente der Realität handhaben: die Ökonomie, verstanden als die Verwaltung der Menschen und Dinge, und die Meinung.

Ähnlich wie in der christlichen Pastoral existiert auch in der Führung des Staates ein bestimmtes Wissen, das notwendig ist, um den Staat zu führen, die Statistik. Daher ist der administrative Apparat von höchster Bedeutung, weil er gleichzeitig eine Quelle des Wissens und ein Dispositiv der Machtausübung darstellt. Neben der Statistik als Element zur Wahrheitsfindung ist es auch notwendig, auf die Wahrheitsvorstellungen der Menschen einzuwirken, da Meinungen Handlungen beeinflussen und somit das Verhalten der Individuen als ökonomische und politische Subjekte.

Der Staat selbst ist für Foucault stets eine Praxis und kein Wesen, das „sich von sich selbst ausgehend entwickelt und sich durch eine spontane Mechanik wie automatisch dem Individuum auferlegt“¹⁹³.

4.1.3. Mittel und Instrumente der Staatsräson

Da das einzige Ziel der Staatsräson in der Aufrechterhaltung des Staates liegt, wurden staatserhaltende und zerstörende Kräfte zum neuen Hauptgegenstand der Politik, die fortan von Phänomen der Dynamik geprägt war. Zur Aufrechterhaltung dieser staatlichen Kräfte kamen zwei verschiedene Ensembles zum Einsatz: das diplomatisch-militärische Dispositiv in der Außenpolitik und das Dispositiv der Polizei im Inneren des Staates.

4.1.3.1. diplomatisch- militärisches Dispositiv

Ziel dieses Dispositivs war die Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes. Als Zustand des Gleichgewichtes wurde jedoch nicht die Existenz einer Reihe von Staaten mit gleichen Kräften und gleicher Macht verstanden, sondern eine Situation, die es keinem der Staaten erlauben würde, eine Vormachtstellung in Europa einzunehmen. Es sollte also dafür Sorge getragen werden, dass sich eine Koalition mehrerer, kleinerer Staaten stets dem etwaigen, imperialen Machtstreben eines großen, mächtigen Staates entgegenstellen könnte. Dieser neuen Zielsetzung in der Außenpolitik folgte auch ein neuer Friedensbegriff: Frieden wurde nicht länger in der

193 Sennelart, Michel (Hrsg.) (2006 [2004]) Michel Foucault. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Vorlesung am Collège de France 1977 – 1978. Frankfurt. S. 400

Einheit, sondern in der Vielheit gesucht.

4.1.3.2. Dispositiv der Polizei

Die Definition des Begriffes Polizei unterschied sich im 17. Jahrhundert ganz wesentlich von der modernen Bedeutung. Damals ging mensch dazu über, die „Gesamtheit der Mittel 'Polizei' zu nennen, durch die man die Kräfte des Staates erhöhen kann, wobei man zugleich die Ordnung des Staates erhält“¹⁹⁴. Die Polizei selbst richtet sich nicht nach den Regeln der Justiz, sondern folgt ihrer eigenen Rationalität, sie stellt somit so etwas wie einen „permanenten Staatsstreich“ dar, interveniert durch Verordnungen und regiert durch Disziplin.

Der Polizeistaat interessierte sich für alle Tätigkeiten des Menschen, auf deren Grundlage staatlicher Nutzen geschaffen werden kann und operierte dazu mit einem „ganzen Komplex von Kontrollen, Entscheidungen, Zwängen, die sich auf die Menschen selbst richten“¹⁹⁵.

Es fiel also nicht nur die Kontrolle der Bevölkerungszahl und ihre Optimierung hinsichtlich der Ressourcen und den Möglichkeiten des Territoriums in den Aufgabenbereich der Polizei, sondern auch die materielle und gesundheitliche Versorgung dieser Bevölkerung – als Voraussetzung für Arbeit und Leistungsfähigkeit –, sowie die Überwachung und Reglementierung ihrer beruflichen Tätigkeiten und des Waren- und Produktverkehrs. Es handelte sich somit, ähnlich dem christlichen Pastorat, um die Steuerung aller Formen der Koexistenz der Menschen untereinander und um eine Form, die es der guten Regierung ermöglicht, über die Familien bis ins Innere des einzelnen Individuums zu wirken: Bei der Polizei geht es um jene absteigende Linie, „welche die Wirkung der guten Regierung des Staates bis in das Verhalten der Individuen und die Leitung der Familie hineinträgt“¹⁹⁶

Wie aus den obigen Zeilen ersichtlich wird, ist das Ziel der neuen Regierungskunst die Einführung einer mustergültigen Verwaltung von Menschen und Gütern. Das öffentliche Wohl besteht nicht länger im Gehorsam der Untertanen vor dem Gesetz, wie zur Zeit eines souverän herrschenden Fürsten, sondern in der richtigen Anordnung der Dinge. Gesetze werden nur noch als Taktiken verstanden, um ein gewisses Ziel zu erreichen. Die zentrale Frage, die sich der Regierungskunst nun stellt, ist daher, wie mensch einen Staat in ebensolcher Weise wie eine Familie regieren kann. Die Antwort liegt in der Anwendung der Ökonomie, die zur damaligen

194 ebd. S. 451

195 ebd. S. 462

196 ebd. S. 143

Zeit lediglich die Verwaltung einer Familie bezeichnet, auf die Gesamtbevölkerung. Dazu ist es jedoch notwendig, die Familie als ehemals zentrales Element des Regierungshandelns durch die Bevölkerung zu ersetzen.

Allerdings wird die Familie weiterhin ein privilegiertes Segment bleiben und als Kontrollinstrument in den Händen der Regierung dienen.

4.1.4. Die Bevölkerung und der Beginn des Übergangs vom Polizeistaat zum Liberalismus

Ab Ende des 18. Jahrhunderts wird die Bevölkerung als ein mit bestimmten Mechanismen lenkbares Objekt verstanden. Sie kann nicht mit einfachen Gesetzen beherrscht werden, da sie keine ursprüngliche Gegebenheit darstellt, sondern von einer Reihe von Variablen (Klima, materielle Umgebung, Gesetze, Moral,...) abhängig ist. Dieser Umstand erfordert das Aufbringen von Transformationskräften und -techniken, die „aufgeklärt, durchdacht, analytisch, wohlberechnet, vorausschauend“¹⁹⁷ sein müssen. „Die Bevölkerung von der Seite ihrer Meinung her gesehen“¹⁹⁸, ist die Öffentlichkeit, auf die mensch durch Erziehung, Kampagnen und Überzeugung Einfluss ausüben kann.

Während die Bevölkerung also das frühere Rechtssubjekt des Fürsten oder Souveräns ablöst, wird die Wissenschaft der Analyse der Reichtümer von der politischen Ökonomie abgelöst und beide bilden fortan eine dauerhafte Serie mit der Regierung. Das Hauptinstrument dieser Regierung ist die Gouvernamentalität, die Foucault definiert als:

*„die aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlaubte, diese recht spezifische wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat.“*¹⁹⁹²⁰⁰

Im Unterschied zur im Polizeistaat vorherrschenden Disziplin, versuchen Sicherheitsdispositive nicht alles zu regeln, sondern lassen gewähren (*laissez faire*). Sicherheit steuert die Realität und

197 ebd. S. 110

198 ebd. S. 115

199 ebd. S. 162

200 Hier erscheint es noch so, als würde „Gouvernamentalität“ eine spezifische Form von Regierungstechniken meinen, die charakteristisch für den Liberalismus ist. Zu einem späteren Zeitpunkt spricht Foucault doch von verschiedenen Formen der Gouvernamentalität und verwendet den Begriff im Folgenden synonym mit dem Wort Regierungstechnik oder -logik. Ich werde im weiteren Verlauf meiner Arbeit versuchen, die beiden Verwendungsformen zu trennen und im letzteren Fall, „Regierungstechnik“ statt „Gouvernamentalität“ zu schreiben. Dies geschieht einerseits um der besseren Lesbarkeit der Arbeit willen, andererseits, weil auch in Sekundärliteratur mit „Gouvernamentalität“ stets die spezifische Regierungstechnik des (Neo-)Liberalismus bezeichnet wird.

antwortet auf diese, „so daß diese Antwort jene Realität aufhebt, auf die sie antwortet.“²⁰¹ Die politische Ökonomie bildet eine neue Form der wissenschaftlichen Erkenntnis, die der Regierungskunst gegenüber tritt, ihr äußerlich und notwendig für eine gute Regierung ist. Dies stellt den Beginn eines Verhältnisses von Wissen und Macht dar. Gleichzeitig kommt es durch die Regierungstechniken, die nicht mehr alles regeln, sondern nur mehr lenkend und steuernd eingreifen, zu einer ersten Trennung in öffentlich und privat.

Souveränität und Disziplin bleiben auch weiterhin wichtige Herrschaftsmechanismen, allerdings werden sie durch das Element der gouvernementalen Verwaltung ergänzt.

4.1.5. Liberalismus

Dieser Schritt, weg von der Disziplin des Polizeistaates, hin zu einer Regierung der Bevölkerung mit Hilfe von Sicherheitsdispositiven, wirkt sich auch auf die Regulierung des Marktes aus, der einen weiteren Zuständigkeitsbereich der Polizei darstellt(e).

Die Physiokraten des 18. Jahrhunderts wandten sich gegen eine strenge polizeiliche Reglementierung und sprachen sich für eine Regulierung des Marktes aus, die vom Preis der Dinge selbst ausgeht. Dieser Preis der Dinge würde sich, Handelsfreiheit vorausgesetzt, von selbst einstellen, wenn mensch nur der Konkurrenz zwischen den Einzelinteressen genügend Spielraum gäbe. Diese Situation des Interessenskonfliktes würde es zudem dem Staat und der Gesamtgesellschaft ermöglichen, die Vorteile des Verhaltens der Einzelnen einzustreifen. Somit war der Staat auch im Bereich des Marktes nicht länger eine disziplinierende und alles kontrollierende Instanz, sondern hatte die Regelung der Interessen als neue Aufgabe.

Mit dem Beginn des Liberalismus war auch die Zeit der Wirtschaft als Nullsummenspiel vorbei, fortan glaubte mensch an eine gegenseitige Bereicherung auf einem globalen Markt, der gleichzeitig auch zum neuen Friedensgaranten wurde.

Der Markt selbst wurde vom Ort der Gerechtigkeit des 16. und 17. Jahrhunderts, wo die Preise in einer Art und Weise geregelt wurden, dass sie als gerecht empfunden wurden, zu einem Ort der Wahrheit, der natürlichen Mechanismen gehorcht und so den „wahren“ Preis erzeugt. Damit wird der Markt über den Umweg der Preise auch zu einem „Ort der Verifikation und Falsifikation der Regierungspraxis“²⁰². Ausgehend von dieser Neudefinition des Marktes stellten sich die Physiokraten die Frage, wie die Regierung unter Verwendung von Gesetzen begrenzt werde

201 ebd. S. 76

202 Sennelart, Michel (Hrsg.) (2006 [2004]) Michel Foucault. Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesung am Collège de France 1978 – 1979. Frankfurt. S. 55

kann, ohne die Regierung zu lähmen oder den Ort der Wahrheit, den Markt, zu ersticken: „Wenn die Macht aus Achtung vor der Wahrheit begrenzt wird, wie kann dann diese Macht, wie kann die Regierung diese Achtung vor der Wahrheit in Begriffen von einzuhaltenden Gesetzen formulieren?“²⁰³

4.1.5.1. Selbstbegrenzung der Regierung

Laut Foucault boten sich zwei Möglichkeiten einer solchen Begrenzung an. Die erste „revolutionäre Perspektive“ bestand in der Begrenzung der Regierung ausgehend von den Menschenrechten und der Konstitution des Souveräns auf deren Basis. Dadurch kommt es zu einem System „Wille-Gesetz“, und die Vorstellung von Freiheit ist eine juristische. Bei der zweiten, „radikalen“ und „utilitaristischen“ Perspektive steht der Aspekt der Nützlichkeit im Mittelpunkt, und das Setzen faktischer und erwünschter Grenzen erfolgt auf Basis einer Analyse der Regierungspraxis. Das Gesetz präsentiert sich als Wirkung einer Transaktion, Freiheit bedeutet die Unabhängigkeit der Regierten von den Regierenden. Da sich Letztere durchgesetzt hat, ist diese charakteristisch für die Geschichte des Liberalismus und der öffentlichen Macht im Abendland. Somit wurde das Interesse zur „allgemeinen Kategorie, die den Tausch und die Nützlichkeit“ abdeckt, zum Grundprinzip der Regierungstechniken und zum Hauptgegenstand der Regierung.

Zusammenfassend definiert Foucault den Liberalismus folgendermaßen:

„Der Liberalismus, das Spiel: Die Leute gewähren lassen, die Dinge geschehen, die Dinge laufen lassen, laissez-faire, geschehen und laufen lassen, dies bedeutet wesentlich und grundlegend Machen in dem Sinne, daß sich die Realität entwickelt und läuft, ihrem Lauf folgt, nach den Gesetzen, den Prinzipien und den Mechanismen der Realität selbst.“²⁰⁴

„Ich habe also versucht drei Züge anzugeben: die Veridiktion des Marktes, die Begrenzung durch den Kalkül der Nützlichkeit der Regierung und jetzt die Stellung Europas als unbegrenzte wirtschaftliche Entwicklungsregion gegenüber einem Weltmarkt. Das habe ich Liberalismus genannt.“²⁰⁵

Diese neue, ökonomische Rationalität, die sich Liberalismus nennt und von nun an wesentlich die Gouvernamentalität mitbestimmen soll, löst jedoch keinesfalls die Staatsräson ab, sondern verleiht ihr eine neue Rationalität: „Die Gouvernamentalität der Politiker wird uns die Polizei

203 ebd. S. 64

204 Sennelart, Michel (Hrsg.) (2006 [2004]) Michel Foucault. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernamentalität I. Vorlesung am Collège de France 1977 – 1978. Frankfurt. S. 77

205 Sennelart, Michel (Hrsg.) (2006 [2004]) Michel Foucault. Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernamentalität II. Vorlesung am Collège de France 1978 – 1979. Frankfurt. S. 74

bescheren; die Gouvernamentalität der Ökonomen wird uns, glaube ich, in einige der grundlegenden Linien der modernen und zeitgenössischen Gouvernamentalität einführen.“²⁰⁶²⁰⁷

Der, nun nicht länger in seiner ursprünglichen Form bestehende, Polizeiapparat differenzierte sich in zwei Grundmechanismen: Jener Teil, der für Wirtschaft und Verwaltung der Bevölkerung zuständig ist, als Ziel die Steigerung staatlicher Kräfte hat und Mittel des Anreizes und der Regulierung verwendet, wird zukünftig mit Ökonomie bezeichnet, während sich jener Teil, der für die Verhinderung von Unordnung, Verbrechen und Gesetzesverletzung zuständig ist und somit eine rein negative Funktion hat, zur Polizei im modernen Sinn entwickelt.

4.1.5.2. Die politische Ökonomie als Wissenschaft des Staates und als Mittel zu dessen Selbstbegrenzung

Wie bereits weiter oben erwähnt, trat im 18. Jahrhundert die politische Ökonomie als neue Wissenschaft des Staates in Erscheinung, die das Justizsystem und die Polizei in ihrer Aufgabe der Begrenzung der Staatsräson ablöste. Anders als die Justiz, war die politische Ökonomie der Staatsräson nicht länger äußerlich, sondern wesentlicher Bestandteil dieser. Sie analysierte die Regierungspraxen vom Gesichtspunkt ihrer Wirkung aus, wodurch sie die Existenz von Phänomenen sichtbar machte, die sich aus bestimmten Mechanismen ergeben und denen mit Hilfe der Gouvernamentalität entgegengewirkt werden kann. Anders gesagt, sie beschäftigt sich mit der „Natur“ des Regierungshandelns. Da die Regierungspraxis nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie diese Natur beachtet, wird das Kriterium der „Legitimität“ einer Regierung durch ihren „Erfolg“ abgelöst.

Fortan existiert somit eine „Wahrheit“ des Regierungshandelns, was dazu führt, dass Unwissenheit zum größten Übel der Regierung wird. Durch die Koppelung dieser Wahrheit mit einer Reihe von Praktiken entsteht ein Dispositiv des Wissens und der Macht, „das das Nichtexistierende in der Wirklichkeit tatsächlich in Erscheinung treten lässt und es auf legitime Weise der Unterscheidung zwischen dem Wahren und dem Falschen unterwirft“²⁰⁸.

206 Sennelart, Michel (Hrsg.) (2006 [2004]) Michel Foucault. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernamentalität I. Vorlesung am Collège de France 1977 – 1978. Frankfurt. S. 500

207 Foucault selbst verwendet hier den Begriff „Gouvernamentalität“, obwohl die Gouvernamentalität mittels Sicherheitsdispositiven operiert, die Polizei jedoch mittels Disziplin, woraus sich logisch ergibt, dass es keine Gouvernamentalität der Polizei geben kann. Dennoch erscheint auch mir der Begriff „Gouvernamentalität“ an dieser Stelle passender, weshalb er auch so stehen geblieben ist.

208 Sennelart, Michel (Hrsg.) (2006 [2004]) Michel Foucault. Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernamentalität II. Vorlesung am Collège de France 1978 – 1979. Frankfurt. S. 39

4.1.5.3. Freiheit und Sicherheit im Liberalismus

Da mit einer Beachtung von Wirtschaftsmechanismen nicht automatisch eine Achtung individueller Grundrechte und Freiheiten einhergeht, hat laut Foucault die Freiheit zwischen Anfang des 18. und des 19. Jahrhunderts nicht zugenommen. Freiheit definiert er dabei als das Verhältnis zwischen Regierten und Regierenden, „bei dem das Maß des 'zu wenig' an bestehender Freiheit durch das 'noch mehr' an geforderter Freiheit bestimmt wird“²⁰⁹.

Zwar stattet der Liberalismus den Einzelnen mit einem gewissen Maß an (wirtschaftlichen) Freiheiten wie der Freiheit des Marktes, der freien Ausübung des Eigentumsrechts oder der Diskussionsfreiheit aus, gleichzeitig begrenze er diese aber auch, da er nur jene Freiheit akzeptiere, die er selbst produzieren und damit kontrollieren könne. Anstatt der Freiheit also mehr weiße Felder zu überlassen, ermögliche der Liberalismus dem Einzelnen nur, die Freiheit zu vollziehen: „Ich werde dir die Möglichkeit zur Freiheit bereitstellen. Ich werde es so einrichten, daß du frei bist, frei zu sein.“²¹⁰

Auf Grund dieses liberalen Willens zur Kontrolle des Ausmaßes an Freiheit liegt das Zentrum des Liberalismus im Gegensatzpaar von Freiheit und Sicherheit: Individuen werden darauf konditioniert, ihr Leben als ständige Gefahr wahrzunehmen, um den Regierungen die Möglichkeit zu geben, je nach Gefahrenlage durch Freiheit oder Sicherheit zu intervenieren. Aus diesem Grund sieht Foucault im Panopticon eine Formel der liberalen Regierung:

„Wenn die Regierung, die zunächst auf ihre Funktion der Überwachung beschränkt ist, feststellt, daß etwas nicht so geschieht, wie es nach der allgemeinen Mechanik des Verhaltens, des Tausch, des Wirtschaftslebens, [...] geschehen sollte, hat sie einzugreifen.“²¹¹

Dieses Gegensatzpaar von Freiheit und Sicherheit führt zur Krise der liberalen Regierungstechnik: Die Garantie demokratischer Freiheit kann nur mittels ökonomischen Interventionismus erfolgen.

4.1.6. Neoliberalismus

Die Untersuchung des Neoliberalismus erfolgt bei Foucault vor allem am Beispiel des deutschen Neoliberalismus oder Ordoliberalismus. Zusätzlich beschäftigt er sich aber auch mit dessen Auswirkungen und Interpretationen im Rest Europas und zieht abschließend noch einen Vergleich mit dem US-amerikanischen Neoliberalismus, um einige dessen zentraler Punkte

209 ebd. S. 97

210 ebd. S. 97

211 ebd. S. 103

herauszustreichen.

4.1.6.1. deutscher Neoliberalismus

Der deutsche Ordoliberalismus entwickelte sich vor dem Hintergrund des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg und sollte zugleich als Hilfsmittel zur Konstruktion eines neuen Staates dienen. So sagte etwa Ludwig Erhard, der Wirtschaftsverantwortliche der englisch-amerikanischen Zone, Mitte des 20. Jahrhunderts: „Man muß die Wirtschaft von staatlichen Einschränkungen befreien. Man muß sowohl die Anarchie als auch den Termitenstaat vermeiden, denn nur ein Staat, der zugleich die Freiheit und die Verantwortlichkeit der Bürger begründet, kann berechtigterweise im Namen des Volkes sprechen.“²¹² Die Annahme dieser Freiheit durch die Individuen bedeutete gleichzeitig die Akzeptanz jener Ordnung, die diese Freiheit garantiert, politischer Konsens wurde mit Hilfe von wirtschaftlichem erzeugt: „Die Wirtschaft erzeugt Legitimität für den Staat, der ihr Garant ist.“²¹³

Selbst die SPD, die vor dem 2. Weltkrieg mit kommunistischen Ideologien sympathisiert hatte, wandte sich von Planwirtschaft und staatlicher Wirtschaftskontrolle ab, um nicht vom politischen Spiel und dem Nationsbildungsprozess ausgeschlossen zu sein.

4.1.6.1.1. vom natürlichen Tausch zum künstlichen Wettbewerb

Da die Grundthese des Ordoliberalismus folgendermaßen lautet: „Nichts beweist, daß die Marktwirtschaft Mängel hat, nichts beweist, daß sie wesentlich mangelhaft ist, da man alles, was man ihr als Mangel und als Wirkung ihrer Mangelhaftigkeit unterstellt, dem Staat zuschreiben muss.“²¹⁴, folgte daraus die Forderung, die Marktwirtschaft solle nicht nur als Begrenzung des Staates dienen, sondern vielmehr die Regelungsweise seiner Existenz sein. Dies war der Beginn eines Staates unter Aufsicht des Marktes.

Das Ziel des Neoliberalismus ist somit, anders als im klassischen Liberalismus, nicht mehr nur die Freiheit des Marktes, sondern eine Antwort auf die Frage, inwieweit die Marktwirtschaft als Modell für den Staat dienen soll. Diese neue Ausgangslage implizierte einige Veränderungen gegenüber dem klassischen Liberalismus: Da die Theoretiker des Ordoliberalismus der Meinung waren, das Wesen des Marktes liege im Wettbewerb und daher nicht in der Äquivalenz, sondern in der Ungleichheit, löste der Wettbewerb den Tausch als handlungsleitendes Prinzip ab. Die

²¹² Ludwig Erhard zitiert nach: ebd. S. 119

²¹³ ebd. S. 124

²¹⁴ ebd. S. 167

Ungleichheiten sollten jedoch genauen Regeln folgen, weshalb es sich von nun an um ein „formales Spiel zwischen Ungleichheiten und nicht um ein natürliches Spiel zwischen Individuum und Verhaltensweisen“²¹⁵ handelte. Die Vorstellung des Marktes war nicht länger geprägt von der Idee eines Funktionierens nach natürlichen Regeln, sondern von der Notwendigkeit künstlicher, sorgfältig aufgestellter Regeln. Damit wurde das Prinzip des „Laissez-faire“ von der inneren Logik des Wettbewerbs, an der mensch sich orientieren müsse, abgelöst.

4.1.6.1.2. verminderte wirtschaftliche, erweiterte gesellschaftliche Kontrolle

Am Beispiel der Theorie der konformen Handlungen, die in Euckens Buch mit dem Titel „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ präsentiert wird, zeigt sich, wie verminderte wirtschaftliche Kontrolle durch ein Mehr an gesellschaftlicher kompensiert wird. Die Theorie der konformen Handlungen unterscheidet dabei zwischen regulierenden und anordnenden Handlungen.

Höchstes Ziel der regulierenden Handlungen ist die Sicherung von Preisstabilität und die Inflationskontrolle. Andere Aspekte, wie die Erhaltung der Kaufkraft und der Vollbeschäftigung oder eine ausgeglichene Zahlungsbilanz sind zweitrangig.

Die anordnenden Handlungen sind auf den Rahmen des Regierungshandelns und dessen Kontrolle gerichtet. Diese Rahmenpolitik zielt dabei auf Bevölkerung, Produktionstechniken, rechtliche Bedingungen, Bodenverteilung, Klima, ... Es zeigt sich also, dass in wirtschaftlichen Fragen lediglich noch „reguliert“ wird, während zur Kontrolle gesellschaftlicher Aspekte „anordnende Handlungen“ zum Einsatz kommen.

4.1.6.1.3. von der Idee einer Egalisierung zur Mindestsicherung

Der Umstand, dass sich die neoliberale Logik gegen eine Egalisierung und für das Spiel der Ungleichheiten ausspricht, zeigt auch in der Sozialpolitik seine Wirkung. Nicht länger ist es Ziel dieser, Einkommensunterschiede auszugleichen, es soll lediglich noch für ein Leben am Existenzminimum gesorgt werden. Im Bereich der Armutsbekämpfung bedeutet dies etwa, dass Sozialpolitik nicht länger an einer Minimalisierung relativer Armut via Umverteilungsprozessen interessiert ist, sondern für die Minimalisierung absoluter Armut eintritt, die durch die Einführung einer Unterstützungsgrenze ermöglicht werden soll. Somit wird an der Wirkung und nicht länger an den Ursachen angesetzt. Gleichzeitig hat dieses Vorgehen den „Vorteil“, die Bevölkerung nicht zur Arbeit zwingen zu müssen, wenn von Seiten der Regierung daran kein

215 ebd. S. 173

Interesse besteht.

Anstelle eines Engagements zu Gunsten der Vergesellschaftung von Konsum und Einkommen tritt die neoliberale Gouvernamentalität für eine Individualisierung der Sozialpolitik und eine private Vorsorge auf Basis von Rücklagen aus. Da in ausreichendem Ausmaß vorhandenes Eigenkapital dafür die Voraussetzung bildet, entsteht die Vorstellung von Wirtschaftspolitik als einzig effektive Form von Sozialpolitik.

4.1.6.1.4. Regierung und Gesellschaft

Wie aus obigen Zeilen bereits hervorgeht, ist das Eingreifen der Regierung im Neoliberalismus auf Grund der Notwendigkeit einer ständigen Kontrolle der Wettbewerbsmechanismen „nicht weniger dicht, weniger häufig, weniger aktiv oder weniger kontinuierlich“²¹⁶ als in anderen Systemen. Bei der Regierung handelt es sich allerdings nicht länger um eine ökonomische Regierung, sondern um eine Regierung der Gesellschaft, deren Gegenstand die soziale Umwelt ist. Die Basiseinheiten dieser Gesellschaft bilden die Unternehmen, der homo oeconomicus, definiert als der Mensch des Unternehmens und der Produktion, ist ihr Bewohner und der Wettbewerb ihr regulatives Prinzip. Eine Gesellschaft der Unternehmen bringt fast automatisch eine Gesellschaft der Rechtssprechung mit sich, denn umso mehr Unternehmen mit konkurrierenden Interessen und freiem Handlungsspielraum existieren, umso mehr Konflikte werden auch entstehen, die einer Schlichtung bedürfen. Die Wirtschaftsgesetzgebung selbst, die von der Anwendung des Prinzips des Rechtsstaats auf die Wirtschaft gekennzeichnet ist, präsentiert sich als rein formale: Sie hat keinen besonderen Zweck, folgt festen Regeln, die nicht durch die hervorgerufene Wirkung korrigierbar sind, bildet einen unveränderlichen gesetzlichen Rahmen und zielt auf die Vorhersehbarkeit des staatlichen Verhaltens ab. Dieser Logik folgend muss der Staat gegenüber der Wirtschaft blind sein, damit die Wirtschaft zu einem „Spiel der Unternehmer [wird], das innerhalb eines juridisch-institutionellen Rahmens geregelt ist, der vom Staat garantiert wird“²¹⁷.

4.1.6.2. US-amerikanischer Neoliberalismus

Anders als der deutsche und europäische Neoliberalismus existiert der US-amerikanische bereits seit dem 18. Jahrhundert, stand stets im Zentrum politischer Debatten und wurde/wird sowohl von linken als auch von rechten politischen Kreisen vertreten. Somit präsentiert er sich als ganze

216 ebd. S. 206

217 ebd. S. 244

„Seins- und Denkweise“²¹⁸.

4.1.6.2.1. Humankapital

Ein Aspekt, der dem US-amerikanischen Neoliberalismus eigen ist und ihn daher von der historischen Form des Ordoliberalismus unterscheidet, ist die Theorie des Humankapitals. Ausgehend von einer Definition der Ökonomie als „[...] die Wissenschaft menschlichen Verhaltens als eine Beziehung zwischen Zwecken und knappen Mitteln, deren Verwendung sich gegenseitig ausschließt“²¹⁹, werden die ArbeiterInnen im US-amerikanischen Neoliberalismus als aktive Wirtschaftssubjekte gesehen, die die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen einsetzen. Somit wird auch der Lohn zum Einkommen des Kapitals der ArbeiterInnen, eines Kapitals, das in den Fähigkeiten und Kompetenzen der Einzelnen begründet liegt und daher untrennbar mit der es besitzenden Person verbunden ist. Dieser Logik folgend konstituiert das Kapital in Form der Arbeit der ArbeiterInnen eine Maschine, die mit der Zeit an Wert gewinnt, bevor sie mit fortschreitendem Alter wieder ihren Wert vermindert.

Einmal mehr wird die Gesellschaft als eine aus Unternehmen bestehende definiert: Die ArbeiterInnen erschließen sich ihr Lohneinkommen selbst, dadurch, dass sie ihre Arbeit und damit ihr Kapital wie ein Unternehmen verwalten. Der homo oeconomicus des Neoliberalismus ist ein Unternehmer seiner Selbst, „der für sich selbst sein eigenes Kapital ist, sein eigener Produzent, seine eigene Einkommensquelle“²²⁰.

Das Humankapital besteht aus angeborenen und erworbenen Elementen. Während sich die angeborenen Elemente nur mittels der Genetik beeinflussen lassen, ist der Handlungsspielraum auf Ebene der erworbenen Elemente wesentlich größer. Dies ist auch der Grund, warum sich die Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Bildungspolitik der entwickelten Länder immer mehr auf die Produktion von Humankapital ausrichtet. Denn in der Logik des Neoliberalismus stellen Investitionen in Gesundheit, Bildung oder die Mobilität der Bevölkerung die Grundlagen für jene Innovationen dar, die essentiell für das Funktionieren des Kapitalismus sind.

4.1.6.2.2. Neoliberalismus als allumfassendes und regierungsunterwerfendes Prinzip

Zwar wurde in der ordoliberalen Gesellschaft versucht, die Gesellschaft nach dem Modell des Unternehmens zu strukturieren, gleichzeitig war es aber auch Ziel, eine Form von Vitalpolitik

218 Foucault hielt diese Vorlesung 1979. Aus heutiger Sicht glaube ich, dass die von ihm angesprochenen Unterschiede zwischen US-amerikanischen und europäischen Neoliberalismus großteils nicht mehr existieren. Eine Ausnahme stellt jedoch weiterhin die Sozialpolitik dar.

219 ebd. S. 310

220 ebd. S. 314

einzuführen, mit der Absicht, den kalten Werten des Wettbewerbs warme Werte moralischer und kultureller Natur entgegenzusetzen, um so die Auswirkungen des Marktes auf Werte und Existenz auszugleichen. Somit wurde für und gegen den Markt regiert, da mensch den Wettbewerb auf Grund seiner auflösenden Tendenzen als nicht geeignet für die Sozialpolitik ansah.

Anders im US-amerikanischen Neoliberalismus; dieser hatte die grenzenlose Verallgemeinerung der Form des Marktes zum Ziel und sah sich als ständige politische Kritik des Regierungshandelns. Es ging darum „[...] jede Handlung der öffentlichen Gewalt in Begriffen des Spiels von Angebot und Nachfrage, in Begriffen der Wirksamkeit bezüglich der Vorgaben dieses Spiels, in Begriffen der Kosten, die ein bestimmter Eingriff der öffentlichen Gewalt in das Gebiet des Marktes impliziert, zu überprüfen“²²¹. Der Markt war damit nicht länger Selbstbeschränkung der Regierung, sondern ein Instrument, das gegen sie verwendet wurde.

An Hand der Politik der Verbrechensbekämpfung zeigt Foucault weiters, dass im US-amerikanischen Neoliberalismus Regierungshandeln nicht länger als eine Einflussnahme auf die SpielerInnen gesehen werden kann, sondern auf die Spielregeln.

4.1.6.3. Homo oeconomicus und neoliberale Gesellschaft

Der homo oeconomicus galt als Schnittstelle zwischen Regierung und Individuen. Sobald die Einzelnen sich nämlich als homines oeconomici verhalten, sich als UnternehmerInnen ihrer selbst sehen und die Richtlinien ihres Verhaltens aus wirtschaftlichen Analysen beziehen, wird dieses vorhersagbar und die Individuen damit gouvernementalisierbar. Da ökonomische Analyse und rationales Verhalten gleichgesetzt wurden, war der homines oeconomicus fortan ein Mensch, der die Wirklichkeit akzeptierte. Gemeinsam mit der Definition dieses Menschen als freies Wirtschaftssubjekt ergibt sich daraus ein Widerspruch: Einerseits ist der homo oeconomicus jener Mensch, der dem laissez-faire unterliegen und nicht angerührt werden soll, andererseits reagiert er „systematisch auf systematische Variationen, die man auf künstliche Weise in die Umgebung einführt“, und ist somit „in eminenter Weise regierbar.“²²²

Da seit dem 18. Jahrhundert die Sphären des Marktes und des Vertrages ein Gegensatzpaar bildeten

(weil ersterer auf individuellen Interessen basiert, zweiterer auf dem Verzicht auf diese), stellte sich die Frage, wie ein mit Wirtschaftssubjekten bevölkerter Raum regiert werden sollte, wenn

221 ebd. S. 340f

222 ebd. S. 371f

die Rechtstheorie nicht mit der Konstitution des homo oeconomicus übereinstimmt. Die Lösung präsentierte sich in Form der bürgerlichen Gesellschaft, die Platz für beide Aspekte ließ. Zwar wird sie von homines oeconomici bevölkert, dennoch handelt es sich um eine spontane, nicht von Interessen geleitete, lokale Synthese der Individuen. Zusätzlich fungiert die bürgerliche Gesellschaft noch als „dauernde Matrix politischer Macht“, da nur die Illusion entsteht, Entscheidungen würden kollektiv getroffen, diese tatsächlich jedoch auf den Willen einer politischen Machtriege zurückgehen.

Aus der bürgerlichen Gesellschaft wird sich in Folge die Zivilgesellschaft entwickeln, die eine wichtige Rolle in der Gouvernamentalität der Gegenwart, der „Gouvernance“, einnimmt.

4.2. VON DER GOUVERNEMENTALITÄT ZUR GOUVERNANCE

Die Gouvernance, oft – meiner Meinung nach fälschlich – mit „guter Regierung“ übersetzt, tritt als die logische Fortsetzung von Foucaults Gouvernamentalitätskonzept in Erscheinung. Erstmals verwendet wurde der Begriff 1990 und bezeichnete einen „demokratischeren“ Weg der Weltbank, um Schwellenländern zu Strukturanpassungsmaßnahmen zu „bewegen“. ²²³ Die Regierungstechnik der „Gouvernance“ selbst entstand im Zuge der neoliberalen Reform des Liberalismus im Europa des endenden 20. Jahrhunderts und des bereits erwähnten Herrschaftsanspruches der Wirtschaft über den Staat. Sie bezeichnet eine zunehmende Verdrängung des Staates als Regulierungsinstanz zu Gunsten einer vom Markt kontrollierten Zivilgesellschaft. ²²⁴

Ziel der Gouvernance ist ihren Befürwortern zufolge eine neue Verwaltung menschlicher Angelegenheiten, die die Kluft zwischen Regierenden und Regierten, UnternehmerInnen und Angestellten sowie dem ökonomischen Realismus und sozialer Ethik verringern soll. KritikerInnen sehen in der neuen Regierungsform jedoch eine endgültige Befreiung vom „politischen Skandal der Demokratie“ ²²⁵, mit dem eine radikale Dekonstruktion jener großen konzeptuellen Kategorien einherginge, die unsere Vorstellung von Demokratie prägen (oder

²²³ vgl. Arondel, Philippe und Madeleine Arondel-Rohaut (2007) Gouvernance. Une démocratie sans le peuple? Paris. S.27

²²⁴ Zum Begriff der Zivilgesellschaft in diesem Kontext später mehr.

²²⁵ Der „politische Skandal der Demokratie“ ist ein Ausdruck, der auf Jacques Rancière zurückgeht und den Umstand beschreibt, dass in einer Demokratie jene ein Mitspracherecht in öffentlichen Angelegenheiten haben, die dies der „natürlichen Ordnung“ folgend (die stets die Klügsten, Reichsten, Stärksten, ... bevorzugt) nicht hätten.

vgl. dazu z.B.: Rancière, Jacques (2005) La haine de la démocratie. Paris

prägten).

Gänzlich einer neoliberalen Logik folgend definiert sich die Gouvernance über die Nützlichkeit und über den kleinsten gemeinsamen Teiler zwischen den Individuen, die aufgehört haben, Bürger im Sinne der griechischen „cité“ zu sein und zu Individuen einer Gemeinschaft würden, in der jede und jeder ihre/seine eigenen Interessen verfolgt: „En ce sens, les lois sont là seulement pour faire vivre ensemble des êtres qui sont des individus avant d'être des citoyens, et dont tout l'intérêt de l'accord conventionnel est tant dans son utilité que dans l'avantage que chacun y trouve.“²²⁶ Diese Gesetze übernehmen, wie ebenfalls schon bei Foucault zu lesen ist, die Rolle der Regierung und haben den Sinn, das freie Spiel des Neoliberalismus zu ermöglichen. Daher dürfen sie nur in Form allgemeiner Prinzipien ihren Ausdruck finden und keinesfalls als detaillierte Verhaltensregulation. Die Politik selbst oder besser die traditionelle auf die alten Griechen und die Idee der polis zurückgehende Politik hat aufgehört zu existieren, was der Grund ist, warum Philippe Arondel und Madeleine Arondel-Rohaut von einer postdemokratischen Gesellschaft sprechen, in der keine politischen Instanzen, sondern nur noch „unpersönliche“ Gesetze existierten. Da diese Gesetze mit Hilfe organisatorischer Prozesse rein technischen Anspruchs umgesetzt würden, gebe es nicht länger ein Bedürfnis nach (parlamentarischen) Debatten oder ideologisch basierten Entscheidungen. Die Gesellschaft wäre beim Zustand der Selbstverwaltung angekommen: „Savoir gouverner sans gouvernement voilà ce qui ferait une société typiquement démocratique, ou plutôt post-démocratique.“²²⁷

Da die Regierung nicht länger die Regierungsfunktion inne hat und die „Selbstregierung“ ebenso illusionär ist wie die unsichtbare Hand Adam Smiths, muss die Regierungsaufgabe von anderen Akteuren übernommen werden. Diese sind in den verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft anzutreffen.²²⁸

226 „In diesem Sinne existieren die Gesetze nur, um den Menschen, die zuallererst Individuen sind, bevor sie Bürger sind und deren gesamtes Interesse an einer vertraglichen Vereinbarung lediglich in ihrem Nutzen und in den Vorteilen liegt, die sie für den Einzelnen bringt, das Zusammenleben zu ermöglichen.“

Arondel, Philippe und Madeleine Arondel-Rohaut (2007) Gouvernance. Une démocratie sans le peuple? Paris. S.

227 „Regieren zu wissen ohne Regierung, das ist es, was eine typisch demokratische Gesellschaft ausmachen würde, oder eher eine post-demokratische.“

Arondel, Philippe und Madeleine Arondel-Rohaut (2007) Gouvernance. Une démocratie sans le peuple? Paris. S.55

228 Bochmann, Klaus und Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.) (1992) Antonio Gramsci. Gefängnishefte. Hefte 6-7. Hamburg. S. 729

4.2.1. Zivilgesellschaft

Gramsci versteht unter Zivilgesellschaft die „politische und kulturelle Hegemonie einer gesellschaftlichen Gruppe über die ganze Gesellschaft, als ethischer Inhalt des Staates“, während der Staat definiert ist als „politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert mit Zwang“²²⁹. Die Zivilgesellschaft ist damit zwar als distinkt von der politischen Gesellschaft zu denken, wird jedoch immer wieder vom Staat instrumentalisiert um seine Machtansprüche durchzusetzen. Mit Beginn der bürgerlichen Revolution aus der bürgerlichen Gesellschaft hervorgegangen, beinhaltet sie die nicht unmittelbar politischen Bereiche der Gesellschaft, die Sphäre des Alltäglichen und des Alltagsverständes. Dennoch wird auf Grund der in ihr enthaltenen Herrschaftsmechanismen und der stattfindenden sozialen Kämpfe deutlich, dass auch der außerpolitische Bereich kein befreites Terrain darstellt, sondern ebenfalls gesellschaftliche Kampfzone ist. Neben der herrschaftssichernden Funktion ist in der Zivilgesellschaft auch das Potential kultureller Opposition gegen Desubjektivierung und Entmündigung enthalten, ein Umstand, der die „Dialektik der Zivilgesellschaft“²³⁰ ausmacht. Diese Dialektik liegt im Widerspruch zwischen dem Prozess „integrativer Formierung“, durch den die Subjekte zu zustimmenden Mitgliedern eines Systems von Ausbeutung und Herrschaft werden und dadurch ihre Identität verlieren, und dem der „kulturellen Bindung“, bei dem es zur Konstitution von Subjekten und Individualität mittels Widerstand und Opposition kommt. Der Begriff der Zivilgesellschaft wird somit nicht nur zu einem affirmativen, herrschaftstragenden, sondern auch zu einem kritischen.

Da der Faschismus für Gramsci in der totalen Absorption der Zivilgesellschaft im Staat begründet liegt, ergibt sich für ihn der Umkehrschluss, eine Befreiung von staatlichem Zwang wäre nur durch die Ablösung des Staates von der Zivilgesellschaft möglich: „Das Element von Staat-Zwang kann man sich in dem Maße als erlöschend vorstellen, wie sich immer beträchtlichere Elemente von regulierter Gesellschaft (oder ethnischen Staat oder Zivilgesellschaft) durchsetzen.“²³¹ Ein Satz, den so sicherlich auch VertreterInnen des Neoliberalismus oder der Gouvernanceidee unterschreiben würden und der erklärt, warum der ambivalente Begriff der Zivilgesellschaft nicht nur von der Antiglobalisierungsbewegung oder

229 ebd. S. 783

230 vgl. Metscher, Thomas: Zivilgesellschaft und Kultur. in: Borek, Johanna, Birge Krondorfer und Julius Mende (Hrsg.) Kulturen des Widerstandes. Texte zu Antonio Gramsci. Wien. S.39ff

231 Bochmann, Klaus und Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.) (1992) Antonio Gramsci. Gefängnishefte. Hefte 6-7. Hamburg. S. 783

der freien Szene Wiens für deren Zwecke instrumentalisiert werden kann, sondern ebenso von (multinationalen) Wirtschaftsakteuren.

In der Logik der Gouvernance wird die Zivilgesellschaft so zum neuen und präferierten Akteur der post-demokratischen Gesellschaft. Die Zivilgesellschaft besteht nicht länger aus Bürgern, sondern aus Individuen, die sich für bestimmte Aktivitäten der Gesellschaft interessieren und auf Basis dieser Interessen Entscheidungen treffen. Die somit privat und individuell organisierte Gesellschaft regiert sich, ihren Interessen folgend, mittels sich selbst vollziehender technischer Prozeduren selbst. Charakteristisch für die Zivilgesellschaft ist neben dem Laissez-faire als herrschendem Prinzip ihre antagonistische Position zum Staat: Nicht länger ist der Vertrag zwischen den Bürgern die regulierende Instanz der Gesellschaft, sondern die Ökonomie. In ihrer internationalen Form versucht die Zivilgesellschaft weiters, mit Hilfe juristischer Dispositive ihre Interessen, bei denen es sich meist um jene multinationaler Konzerne handelt, durchzusetzen.²³²

„En ce sens, la société civile de la gouvernance serait donc bien, l'art de gouverner sans gouvernement, l'art de forger une légitimité sans réunir les prérequis de la démocratie représentative, l'art de composer avec l'opinion en absence d'un demos.“²³³

Da nicht länger nur der Markt, sondern zunehmend auch die Gesellschaft von Privatunternehmen konstituiert wird, stellt sozialer und kultureller Zusammenhalt nicht länger die Voraussetzung wirtschaftlichen Erfolgs dar. Dieser Logik folgend werden nicht nur Aufgaben der sozialen Sicherung, sondern auch andere ehemals staatliche Aufgaben an so genannte „communities“ abgetreten, deren Mitglieder nun selbst einen Teil der ehemaligen staatlichen Regierungsaufgaben übernehmen sollen.

4.2.2. Communities

Communities, die ursprünglich ein kritisches und oppositionelles Element darstellten und den Subkulturen zugerechnet wurden, werden in letzter Zeit immer mehr zu „Zonen, die erforscht, dargestellt, klassifiziert, dokumentiert und interpretiert werden“²³⁴ müssen und in das Regierungshandeln eingebunden werden. Die Bezeichnung eines Teils der Gesellschaft als

232 vgl. Arondel, Philippe und Madeleine Arondel-Rohaut (2007) Gouvernance. Une démocratie sans le peuple? Paris.

233 „In diesem Sinn wäre die Zivilgesellschaft der Gouvernance also tatsächlich 'die Kunst, ohne Regierung zu regieren, die Kunst, eine Legitimität zu schmieden ohne die Voraussetzung einer republikanischen Demokratie zu erfüllen, die Kunst, mit der Meinung in Abwesenheit eines demos umzugehen.'“

Eli Cohen zitiert nach: Arondel, Philippe und Madeleine Arondel-Rohaut (2007) Gouvernance. Une démocratie sans le peuple? Paris. S. 92

234 Rose, Nicolas. Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. in: Bröckling, Ulrich (Hrsg.) (2000) Gouvernamentalität der Gegenwart. Frankfurt am Main. S. 81

„Community“ bezieht sich dabei stets auf etwas bereits Existierendes, schafft dieses durch die „Anrufung“ als Gesellschaftsteil aber auch erst. Um mit Hilfe von Communities effizient regieren zu können, müssen die Einzelnen also oftmals erst auf ihre Zugehörigkeit zu einer „Community“ aufmerksam gemacht werden. Communities selbst funktionieren stets nach einer inhärenten Logik von Inklusion und Exklusion, von Verantwortung und Autonomie und verlangen ihren Mitgliedern eine nicht unwesentliche Menge an Konstruktionsarbeit ab.

In Folge der Communitybildung wird die Regierung partikulärer Zonen bzw. das ökonomische Schicksal dieser von der Gesamtgesellschaft abgekoppelt. Der „Erfolg“ dieser Subgesellschaften wird dann als Ergebnis von Unternehmensbereitschaft und Flexibilität ihrer Mitglieder interpretiert, die sich in einer permanenten Konkurrenzsituation befinden. Ein Mechanismus, der dazu dient, das unternehmerische Handeln der Individuen aufs Höchste zu steigern, der aber freilich nur dann funktionieren kann, wenn die Regierung der Ökonomie de-sozialisiert wird. Damit übernehmen Communities Machtbefugnisse und Verantwortlichkeiten, die zuvor bei den PolitikerInnen lagen. Auch stellen sie eine kalkulierbare Größe dar und werden so zur „Voraussetzung und zum Gegenstand von Techniken des Regierens.“²³⁵

4.3. SELBSTBESTIMMUNG, DIREKTE DEMOKRATIE, BASISDEMOKRATIE

Nachdem mit dem Modell von Gouvernance bereits der herrschaftssichernde Aspekt von Zivilgesellschaft vorgestellt wurde, möchte ich mich im Folgenden mit (Selbst-) Regierungsmodellen beschäftigen, die gemeinhin als emanzipativ betrachtet werden und denen eine kritische Funktion im Rahmen der Zivilgesellschaft zugeschrieben wird.

4.3.1. Selbstbestimmung, Selbstbestimmungsrecht, Selbstverwaltung

In der Antike bezog sich Selbstbestimmung lediglich auf politische Gebilde. Diese wurden dann als „autonom“ bezeichnet, wenn sie über ihre eigenen Gesetze bestimmen konnten. Mit Kant, der den Ideen Rousseaus folgte, begann schließlich die Vorstellung der Autonomie der Individuen und somit der individuellen Selbstbestimmung. Damit hat der Begriff „Selbstbestimmung“ gegenwärtig eine doppelte Bedeutung: als individuelle Selbstbestimmung einerseits und als

235 vgl. ebd.

kollektive Selbstbestimmung von Gruppen, Gesellschaften oder Staaten andererseits.²³⁶

Eine seiner Meinung nach „starke“ Definition des Begriffs gibt Werner Titelbach: „Eine Handlung ist nur dann frei, also frei bestimmt, wenn sie unter identischen Umständen auch hätte unterlassen werden können.“²³⁷ Eine durchaus interessante Frage ist in diesem Kontext auch jene nach dem Objekt der Selbstbestimmung. Bei individueller Selbstbestimmung führt die Antwort unweigerlich in das Gebiet der Psychologie und zum intrapersonellen Konflikt zwischen „Sollen“ und „Wollen“. Bei kollektiver Selbstbestimmung besteht jedoch die Gefahr, dass stets einige der Gruppenmitglieder – ob freiwillig oder nicht – die Rolle von Objekten einnehmen.

Das Selbstbestimmungsrecht ist definiert als „der Anspruch von Individuen, Gruppen oder Nationen, eigene Angelegenheiten eigenverantwortlich, ohne äußeren Zwang zu regeln“²³⁸. An Hand des Kampfes für kollektives Selbstbestimmungsrecht von Seiten kultureller, religiöser oder ethnischer Gruppen, die argumentieren, ohne kollektives sei auch das individuelle Selbstbestimmungsrecht ihrer Mitglieder nicht gegeben, werden die Überschneidungspunkte zwischen den beiden Formen deutlich. Die Garantie kollektiven Selbstbestimmungsrechts für diese Gruppen gefährdet wiederum potentiell das Prinzip staatlicher Souveränität, das eine Folge des Selbstbestimmungsrechtes von Völkern und Nationen ist.

Selbstverwaltung bezeichnet „die selbstständige Regelung gemeinschaftlicher Angelegenheiten durch die Mitglieder eines organisierten wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Gebildes“²³⁹. Anders als das Selbstbestimmungsrecht erlaubt Selbstverwaltung also lediglich, sich in einem bereits existierenden und übergeordneten rechtlichen Rahmen selbst Gesetze zu geben. Die Selbstverwaltung von Gemeinden ist etwa nur in jenen Bereichen erlaubt, die nicht bereits durch Landes-, Bundes- oder EU-Gesetzgebung geregelt sind oder die diese Gesetze eindeutig als im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung liegend definieren.

Das Prinzip der Selbstverwaltung existiert aber nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch als demokratietheoretische Perspektive. In diesem Fall ist ihr Ziel eine möglichst unmittelbare Beteiligung der Bürger an der Verwaltung ihrer öffentlichen Angelegenheiten. Meist impliziert

236 vgl. Titelbach, Werner (2003) Aspekte der Selbstbestimmung zwischen Individuum und Gesellschaft. Diplomarbeit. Universität Wien.

237 ebd. S. 14

238 Rieger, Günther. Selbstbestimmungsrecht. in: Nohlen, Dieter und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.) (2002) Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2. München. S. 832f

239 Thibaut, Bernhard. Selbstverwaltung. in: Nohlen, Dieter und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.) (2002) Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2. München. S. 834

dies allerdings nicht den Rückgriff auf Prinzipien direkter Demokratie.²⁴⁰

4.3.2. direkte Demokratie

Ähnlich wie kollektive Selbstverwaltung als Grundvoraussetzung für individuelle Selbstverwaltung gesehen werden kann, könnte direkte Demokratie als der ermöglichende Rahmen für beide gelten.

Direkte Demokratie bezeichnet dabei die „unmittelbare Herrschaft des Volkes im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie.“²⁴¹ Es handelt sich also nicht um ein Organisationsmodell, sondern vielmehr um eine demokratische Maxime, deren Ziel eine politische Umsetzung des Willen des Volkes ohne „repräsentativ-bürokratische Reibungsverluste“ ist.²⁴² Da direkte Demokratie in größeren Entitäten, wie etwa auf Staats- oder Landesebene, nicht allumfassend umgesetzt werden kann, können die Organisationsmodelle von Räte- und Basisdemokratie als Versuche gesehen werden, diesen Grundwiderspruch direkter Demokratie zu überwinden. Gemein ist allen drei Ansätzen der Anspruch, die Gesellschaft von „unten“ nach „oben“ zu organisieren, um die „größtmögliche Selbstbestimmung der von Herrschaft Betroffenen zu gewährleisten“²⁴³. Trotz der Favorisierung von direkter politischer Willensbildung nutzen Räte- und Basisdemokratie repräsentative Organe und verfolgen so einen pragmatischeren Weg als die idealistische Idee direkter Demokratie, die in ihrer ursprünglichen Form Repräsentation völlig ablehnt.

4.3.2.1. Rätedemokratie

Die Idee der prinzipiellen Identität von Regierenden und Regierten ist für das Rätemodell charakteristisch. Das Volk besitzt nicht nur völlige Kompetenzzuständigkeit in allen Angelegenheiten, sondern es wird auch davon ausgegangen, dass sich sein Allgemeinwille quasi „automatisch“ immer wieder von selbst herstellt. Die einzelnen BürgerInnen werden als „homines politici“ gesehen und der Staat ist völlig in der Gesellschaft absorbiert – eine Unterteilung in zwei distinkte Sphären existiert nicht länger.²⁴⁴²⁴⁵ In dieser Situation kann die

240 vgl. ebd.

241 Lösche, Peter: Direkte Demokratie. in: Nohlen, Dieter und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.) (2002) Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1. München. S. 151

242 vgl. Vandamme, Ralf (2000) Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt.

243 ebd. S. 23

244 Womit in der direkten Demokratie auch Gramscis Ideal von der zum Staat gewordenen Zivilgesellschaft umgesetzt wäre.

245 vgl. Lösche, Peter: Direkte Demokratie. in: Nohlen, Dieter und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.) (2002) Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1. München. S. 151f

Gefahr eines „Krieges aller gegen alle“ freilich nur dann gebannt werden, wenn von einem Verzicht auf partikulare, egoistische Interessen zu Gunsten des Gemeinwohls ausgegangen werden kann.

Für die gewählten VolksvertreterInnen gelten die Prinzipien der Ämterrotation und des Recalls, um sie auf diese Art und Weise an die Basis zu binden: „Demokratie wird als gesellschaftliches Prinzip postuliert und nicht [...] auf die politische und staatliche Sphäre begrenzt.“²⁴⁶

Das System der Rätedemokratie ist fest in die klassenlose Gesellschaft bzw. deren Aufbau eingebunden und stellt die Möglichkeit direkt-demokratischer Willensbildung in dieser dar. Daher ist sie Teil eines sozialistischen Modells und hat die Überwindung des kapitalistischen Systems, wenn nicht als Voraussetzung, so zumindest als Ziel.²⁴⁷

4.3.3. Basisdemokratie

Unter dem Sammelbegriff „Basisdemokratie“ wird eine Vielzahl unterschiedlicher gesellschaftlicher Praktiken zusammengefasst. Grundsätzlich können diese in zwei Hauptstränge unterteilt werden, jenen von Basisdemokratie als Partizipationsanspruch und jenen von Basisdemokratie als Organisationsprinzip²⁴⁸. Diese können, müssen aber nicht gemeinsam auftreten.

Da mir im Zusammenhang mit Netznetz letztere Idee bedeutender erscheint, werde ich mich im Folgenden auch hauptsächlich auf diese konzentrieren.

4.3.3.1. Basisdemokratie als Partizipationsanspruch

Vor allem von den Neuen sozialen Bewegungen praktiziert und propagiert, teilt diese im Großen und Ganzen die Charakteristika des Räte Modells, unterscheidet sich von ihm aber in zwei wesentlichen Punkten. Erstens strebt Basisdemokratie keine neue Gesellschaftsform an und abstrahiert von sozialer Zugehörigkeit. Die AktivistInnen verlassen sich stattdessen auf „das politisierte Bewusstsein individueller Betroffenheit“ und streben lediglich Entscheidungsbefugnisse für die von den Folgen politischer Herrschaft Betroffenen an. Da somit „Betroffenheit“ zur einzigen Legitimation für Entscheidungsbefugnisse wird, erscheint der nicht vorhandene Wille zur Reform des repräsentativ-demokratischen Systems nur logisch: Da nicht

246 ebd. S. 151

247 vgl. Vandamme, Ralf (2000) Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt.

248 In dieser Zweiteilung folge ich Ralf Vandamme. vgl. Vandamme, Ralf (2000) Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt.

alle immer von allen Entscheidungen betroffen sind, haben sie auch nicht in allen Bereichen ein Mitspracherecht.²⁴⁹

Weiters ergibt sich aus der Problematik einer genauen Definition des „Betroffenheitsbegriffes“ eine ebensolche Problematik im Bezug auf die Definition der „Basis“.

Einmal mehr finde ich es an dieser Stelle angebracht, auf die Nähe zwischen der ihrem Grundgedanken nach emanzipativen Basisdemokratie und der Instrumentalisierung der Zivilgesellschaft zum Zweck des „Regierens ohne Regierung“ hinzuweisen. Von engagierten Bürgerinitiativen oder Neuen sozialen Bewegungen, die Entscheidungsbefugnisse in jenen Bereichen einfordern, wo ihre persönlichen Betroffenheiten liegen, zu einer Gesellschaft, die von zivilgesellschaftlichen, aus dem Staatsapparat „ausgelagerten“ „Expertengruppchen“ verwaltet wird, ist es nicht weit. PropagandInnen der Idee von Basisdemokratie sehen die Situation freilich wesentlich idealistischer. Ralf Vandamme etwa lobt den innerhalb der Neuen sozialen Bewegungen vorherrschenden „bewegungsorientierten Partizipationsbegriff“, der zu einer Idee von Demokratie als etwas, das „gegen die immanenten Entwicklungstendenzen auch marktvermittelter Gesellschaften immer wieder neu errungen werden muss“²⁵⁰ führt.

4.3.3.2. Basisdemokratie als Organisationsmodell

Als Organisationsmodell ist Basisdemokratie vor allem vom Konsensprinzip geprägt. Das bedeutet, dass zumindest theoretisch sämtliche Entscheidungen so lange diskutiert werden, bis alle Beteiligten einer Entscheidung zustimmen können. Es wird also nicht mittels Mehrheiten entschieden, sondern mittels Konsens.

Einen pragmatischen Grund für diese Form der Entscheidungsfindung gibt Ralf Vandamme am Beispiel der Neuen sozialen Bewegungen. Da diese Individuen in einer Art und Weise in eine Aktion einbinden mussten, die sie motivierte, freiwillig notwendige Ressourcen einzubringen und weiters ein Modell nötig war, das effektive und solidarische Zusammenarbeit förderte, präsentiert sich das Konsensprinzip als ideale Lösung: Das Gelingen eines Vorhabens hängt so buchstäblich von jeder/m Einzelnen ab, was dieser/m das Gefühl gibt, von immanenter Bedeutung für das Ganze zu sein.²⁵¹ Somit erlaubt das Konsensprinzip auch Minderheiten, Meinungen zu artikulieren und Beachtung zu finden:

²⁴⁹ vgl. Vandamme, Ralf (2000) Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt.

²⁵⁰ ebd. S. 52

²⁵¹ vgl. ebd.

„Das wichtigste Merkmal des basisdemokratischen Modells ist – zumindest seinem theoretischen Anspruch nach – der Verzicht auf Entscheidungen, die Einzelnen oder Minderheiten ein Verhalten aufzwingen, das sie nicht akzeptieren können. Mit anderen Worten, dieses System verzichtet auf jede Art von Zwang. Es ist seinem Anspruch nach ein gewaltfreies System politischer Willensbildung.“²⁵²

Freilich ermöglicht das Vetorecht Einzelner eine Umkehr der gewohnten Machtverhältnisse, wie sie etwa in repräsentativen Systemen zu finden sind. Während das „Mehrheitsprinzip“ die so genannte „Diktatur der Mehrheit“ über die Minderheiten fördert, funktioniert das Konsensprinzip in entgegengesetzte Richtung: Hier besteht die Gefahr einer Diktatur der Minderheiten über die Mehrheit. Da alle über alles entscheiden, ergibt sich nicht nur eine ungeheure Macht der/des Einzelnen, sondern auch das Problem mangelnder Effizienz.²⁵³ Dieses Effizienzproblem steht in einem Rückkoppelungsverhältnis mit dem Problem der Legitimität. Basisdemokratische Binnenorganisation erlaubt zwar, sich der nötigen Legitimität sicher sein zu können, zeichnet sich jedoch oft durch nicht ausreichende Effizienz aus. Repräsentative Systeme wiederum arbeiten wesentlich effizienter, allerdings mangelt es ihnen an Legitimität.

Idealistischen Vorstellungen folgend, scheint sich aber zumindest das Problem der „Diktatur der Minderheiten“ lösen zu lassen und eine Vereinigung unterschiedlicher Interessen und Meinungen möglich: „Der Wunsch, zu einer gemeinsamen Entscheidung zu gelangen, die von möglichst vielen getragen wird, reicht im Allgemeinen aus, um auf dem Wege des Austauschs von Argumenten und Gefühlen zu einer Annäherung der Standpunkte zu gelangen.“²⁵⁴

Sicher ist, dass Basisdemokratie von den Einzelnen ein hohes Ausmaß an Verantwortungsbewusstsein erfordert und dass Problemlösungsschwierigkeiten sowohl mit der Heterogenität der Gruppe als auch mit der Komplexität der Aufgabenstellung wachsen. Dennoch ist diese Form interner Organisation auch Grundvoraussetzung, damit aus heterogenen Gruppen neue (soziale) Bewegungen werden können, was zu einer ambivalenten Situation führt: „Erst das Überwältigungsverbot gestattet das Entstehen herrschaftskritischer Bewegungen, die jedoch mangels straffer Entscheidungsstrukturen den Herausforderungen eines komplexen, politischen Systems nicht auf allen Ebenen adäquat begegnen können.“²⁵⁵

252 Sternstein zitiert nach: Vandamme, Ralf (2000) Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt. S. 18

253 vgl. Sternstein, Wolfgang: Keine Macht für niemand! in: Offe, Claus (Hrsg.) (1984) An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. S. 282-296

254 ebd. S. 290

255 Vandamme, Ralf (2000) Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt. S. 19

4.3.3.2.1. historische Beispiele basisdemokratischer Binnenorganisation

Die ersten basisdemokratischen Ansätze stehen in einem direkten Zusammenhang mit dem Mai 1968 und dem zu dieser Zeit von Seite der Studentenbewegungen geäußerten Wunsch nach einer Wiederbelebung des Rätegedankens. Die Umsetzung eines auf den Grundsätzen der Räte Demokratie basierenden Gesellschaftsmodells scheiterte, der Grundgedanke lebte jedoch in Form der Basisgruppen weiter.²⁵⁶

Danach experimentierten die sich seit Mitte der 70er Jahre herausbildenden Ökologie- und Friedensbewegungen mit basisdemokratischer Binnenorganisation und entwickelten das Bezugsgruppenmodell. Die Gesamtgruppe ist in diesem Modell in zehn bis fünfzehn Personen umfassende Bezugsgruppen unterteilt, die gemeinsam sie betreffende Fragen erörtern und entscheiden. An Stelle des starren Konsens-/Vetomodells existieren vier verschiedene Konsens- bzw. Disensformen: Konsens, Bedenken (dennoch Teilnahme an der Aktion), starke Bedenken (daher keine Teilnahme an der Aktion) und Veto. Pro Gruppe gibt es ein bis zwei Sprecher, die am Sprecherrat teilnehmen, und einen Beobachter, der nicht an Aktionen teilnimmt, dafür aber Protokoll führt. Einem Rotationsmodell folgend, wechseln diese Funktionen kontinuierlich zwischen den Bezugsgruppenmitgliedern. Der Sprecherrat selbst dient nicht als Entscheidungs-, sondern lediglich als Kommunikationsorgan. Die in seinem Rahmen ausgetauschten Meinungen werden von den BezugsgruppensprecherInnen wieder in die einzelnen Untergruppen zurückgetragen.²⁵⁷

Konkrete Modelle, wie die Umsetzung eines theoretischen basisdemokratischen Anspruchs möglich sein kann, gibt es kaum und selbst dann nur, wie im oberen Beispiel im Kontext der Ökologie- und Friedensbewegung oder der aus ihnen hervorgegangenen grünen Parteien. Ein Umstand, der Joachim Raschke dazu veranlasst, von einem „Theoriedefizit“ zu sprechen und basisdemokratischen Ansätzen ein schlechtes Zeugnis auszustellen:

„Es gibt nicht nur keine Theorie der Basisdemokratie, sondern es gibt auch kein gemeinsames Konzept und keinen Konsens über Maßstäbe, an denen sich selbstreflexive Prozesse der Demokratie orientieren können. [...] jede/r hat eine andere Vorstellung von Basisdemokratie, aber gescheitert ist sie für alle.“²⁵⁸

²⁵⁶ vgl. ebd.

²⁵⁷ vgl. Sternstein, Wolfgang: Keine Macht für niemand! in: Offe, Claus (Hrsg.) (1984) An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. S. 282-296

²⁵⁸ Joachim Raschke zitiert nach: Vandamme, Ralf (2000) Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt. S.20

4.3.3.3. *Institutionalisierungsgefahr?*

„Auch Bewegungsprojekte, Alternativbetriebe und ähnliche 'freiwillige Vereinigungen' [können] eine innere Dynamik in Richtung Arbeitsteilung, Professionalisierung, Kommerzialisierung und Bürokratisierung aufweisen“²⁵⁹, so das Urteil empirischer Studien. Eine Diagnose, die das Ablaufmodell, das an Hand von Studienergebnissen zur internen Organisation von Arbeiterbewegungen erstellt wurde, bestätigt: Mit zunehmender Mitgliederzahl wachse auch der Grad an Oligarchisierung und Bürokratisierung sozialer Bewegungen. Dies hätte eine Anpassung von Zielen und Aktionsformen an gegebene gesellschaftliche Verhältnisse zu Folge und bewirke einen zunehmenden Konservatismus.²⁶⁰

Dieser Prozess hätte sicherlich seine positiven Auswirkungen. Während nicht institutionalisiertes politisches Engagement meist verbunden ist mit fehlender Existenzsicherung und Ausbeutungsbestrebungen von Seiten institutionalisierter Politik, stellt dies in der institutionalisierten Politik nicht länger ein Problem dar. Die andere Seite der Institutionalisierungsmedaille ist jedoch ein Verlust an Freiheit und radikalen Aktionsformen sowie die bereits angesprochene Gefahr einer Instrumentalisierung für Regierungszwecke im Rahmen der Zivilgesellschaft. Allerdings soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass letztere auch nicht institutionalisierten AkteurInnen droht.

259 Roth, Roland (1994) Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Weg zur politischen Institution. Köln. S. 165

260 vgl. Raschke, Joachim (1987) Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt.

5. ANALYSE

Auf den nächsten Seiten werde ich versuchen, das im letzten Kapitel angesammelte theoretische Wissen auf Netznetz anzuwenden, um so, gestützt von den Theorien anderer Geisteswissenschaftler, meine eigene Leseart des Netznetz-Prozesses zu entwickeln.

Beginnen möchte ich mit der Frage nach dem Grad an Selbstbestimmung sowie mit einer Einordnung im Begriffsfeld von direkter Demokratie, Räte-demokratie und Basisdemokratie. Danach sollen jene Aspekte dargestellt werden, die den Logiken von neoliberaler Gouvernamentalität und Gouvernance folgen. Um schließlich den Bogen zum Anfang der Arbeit zu spannen, werde ich versuchen zu zeigen, welchen der am Ende des ersten Kapitels vorgestellten sehr heterogenen Anforderungen an eine Kulturpolitik des 21. Jahrtausends Netznetz am ehesten gerecht wird.

5.1. SELBSTBESTIMMUNG, DIREKTE DEMOKRATIE, BASISDEMOKRATIE

5.1.1. Selbstbestimmung, Selbstbestimmungsrecht, Selbstverwaltung

Völlig autonom im Sinne der altgriechischen Definition des Wortes war Netznetz wohl nie. Dennoch entsteht der Eindruck, dass zumindest anfangs ein gewisses Maß an Autonomie, verstanden als die Möglichkeit, sich seine eigenen Gesetze zu geben, vorhanden war: Zwar war die Höhe der Fördersumme stets von Außen geregelt und hinderte Netznetz daran, sich gänzlich seine eigenen Gesetze zu geben. Abgesehen von dieser Fremdbestimmung war die Netzkulturvereinigung anfangs aber durchaus in der Lage, den Ablauf im Inneren selbst zu regeln. Mit der Zeit wurden die Eingriffe von außen jedoch immer vehementer. Angefangen von einer Formalprüfung der einreichberechtigten Projekte durch die MA7 über eine zumindest kurzzeitige Auswahl der Wahlberechtigten von eben dieser Stelle bis zu einer veränderten finanziellen Gewichtung der einzelnen Bereiche und eines völlig neuen Vergabemodus gab die MA7 Netznetz nur noch selten die Möglichkeit, wirklich autonom über ihre „eigenen“ Angelegenheiten zu entscheiden. Somit ist „Autonomie“ eine Qualität, die Netznetz in

Anfangszeiten unter Ausnutzung eines gewissen Interpretationsspielraumes vielleicht noch zugestanden hätte werden können, heute jedoch sicher nicht mehr zu seinen Charakteristika gezählt werden kann.

Den weiter vorne gegebenen Definitionen folgend, gilt Gleiches auch im Hinblick auf Selbstbestimmung und Selbstbestimmungsrecht. Weder hätte Netznetz als Prozess unter identischen Bedingungen unterlassen werden können, noch konnten seine Mitglieder, wie bereits im Absatz über Autonomie angemerkt, ihre eigenen Angelegenheiten ohne äußeren Zwang regeln.

Während letzteres Argument auf Grund der vorangegangenen Erläuterungen wohl einsichtig ist, benötigt ersteres vielleicht noch genauerer Erklärung: Hätte es die Initiative zu einem neuen Fördermodell von Seiten der Mitglieder von Netznetz nicht gegeben und hätten seine Mitglieder ihr (finanzielles) Schicksal nicht selbst in die Hand genommen, die Wahrscheinlichkeit, dass sich an der Fördersituation für Netzkulturschaffende bis heute kaum etwas geändert hätte, wäre sehr hoch gewesen. Somit war für all jene, die bis zur Etablierung des neuen Fördermodells nur Kleinstförderungen von der Stadt Wien erhielten, ein neues Modell der einzige Ausweg. Da die Initiative dafür nicht von der MA7 kam, „musste“ sie von Seiten der Netzkulturschaffenden erfolgen. Freilich hätte ein solches neues Fördermodell völlig anders aussehen können, der Umstand, dass dieses von den Betroffenen selbst entwickelt werden musste und diese sich als „brave Schüler“ neoliberaler Gouvernmentalität und Gouvernance somit selbst regiert haben, wäre aber kaum zu vermeiden gewesen.

Dieser Argumentation folgend, ist für mich daher auch klar, dass die „Unterwerfung“ unter das Fördermodell und die Teilnahme am Spiel Netznetz für Fördersuchende nie eine gänzlich freiwillige war. Dies ist unter anderem ein Grund, warum die Frage nach dem Objekt der Selbstbestimmung in diesem Zusammenhang relevant ist: Netznetz hatte von Anfang an die Aufgabe, die gesamte Netzkunst- und -kulturszene zu vertreten, tat dies in der Realität aber nie. Somit wären, selbst wenn es Netznetz tatsächlich geschafft hätte, selbstbestimmt zu sein, stets einige Objekte dieser Selbstbestimmung und damit fremdbestimmt gewesen. Zusätzlich gibt es diese Objekte auch im Inneren von Netznetz und unter denen, die tatsächlich an den Prozess glaubten und daran partizipieren wollten. Personenkomitee und Koordination waren, zumindest zeitweise, ein Beispiel dafür, die Tatsache, dass sich eine Gruppe von Personen das Recht nahm,

im Namen aller zu sprechen²⁶¹, ein anderes.

Klar wird im Kontext von Netznetz auch, wie ein gefordertes, kollektives Selbstbestimmungsrecht in Konflikt mit staatlicher Souveränität treten kann. Zwar wurde dieses Selbstbestimmungsrecht im vorliegenden Fall nie umgesetzt, die Logik der Gouvernance und die damit verbundene Selbstregierung der Zivilgesellschaft ist aber mehr als nur in Ansätzen erkennbar. Mit Netznetz wurde ein Teil der öffentlichen Verwaltung ausgelagert, was dazu führte, dass nicht länger – zumindest theoretisch – die Gesamtheit österreichischer BürgerInnen, vertreten durch den Staat, über die Gesamtheit öffentlicher Angelegenheiten bestimmte, sondern ein Teil dieser nur noch von einer speziellen und begrenzten Gruppe wahrgenommen wurde. Genau genommen ist somit der Staat als Gesamtes nicht länger selbstbestimmt und die staatliche Souveränität nicht länger gegeben.²⁶²

Da Netznetz nie direkt über die Vergabe der Fördermittel bestimmen konnte, sondern immer nur die Rolle einer Jury oder eines Beirats eingenommen hat, kann ebenso wenig von Selbstverwaltung gesprochen werden. Wären die Fördermittel jedoch tatsächlich in den Händen von Netznetz gelegen, so wäre bis Ende 2007 die auf der Homepage angeführte Bezeichnung „selbstverwaltetes Fördermodell“ gerechtfertigt gewesen.

Noch deutlicher ist dieser negative Bescheid bei einem Blick auf Selbstverwaltung als demokratietheoretische Perspektive mit dem Ziel einer direkten Beteiligung aller Bürger an der Verwaltung ihrer Angelegenheiten. Wie bereits im Absatz über (kollektive) Selbstbestimmung erklärt, machte Netznetz jene für die Vergabe der Fördermittel im Netzkunst- und -kulturbereich verantwortlich, die sich selbst in diesem verorteten, alle anderen „NichtkünstlerInnen“ hatten keinerlei Mitbestimmungsrecht. Hier stellt sich einmal mehr die Frage, ob nicht auch BürgerInnen, die nicht im Kunst- und Kulturbereich tätig sind, das Recht haben sollten, an Entscheidungen, die diesen betreffen, teilzuhaben. Freilich hängt mit dieser Frage die Problematik von Mehrheitsentscheidungen in der Kunst aufs Engste zusammen und wird auch etwas später noch Thema dieses Kapitels werden.

261 vgl. die weiter oben zitierte Pressemitteilung Netznetz

262 Detailliertere Ausführungen zur Gouvernance und zum Problem einer „zivilgesellschaftlichen Regierung“ folgen später.

5.1.2. direkte Demokratie

Da im Rahmen von Netznetz nicht „alle über alles“ entscheiden und das Fördermodell daher weit von einer Gleichsetzung von Staat und Gesellschaft entfernt ist, kann es nicht als Form direkter oder Rätedemokratie gesehen werden. Außerdem war Netznetz schon anfangs nicht völlig von „unten“ nach „oben“ organisiert. Zwar stammten die konkreten Bedingungen des Fördermodells und dessen Aufbau vor allem von den Kulturschaffenden, der durchaus relevante Aspekt der Höhe der Fördersumme war jedoch zu keinem Zeitpunkt Gegenstand von Diskussionen, sondern wurde durch die MA7 „von oben“ festgesetzt. Ab November 2007 wurde diese hierarchische Form der Entscheidungsfindung ohnehin Standard und gipfelte 2008 in einer „erzwungenen“ Legitimation der Spitze MA7 durch die Basis Netznetz. Beide Alternativen waren unvorteilhaft für Netznetz und keine von ihnen wäre von seinen Mitgliedern je aus „freiem Willen“ gewählt worden. Daher war meiner Meinung nach die Bereitschaft von Seiten Netznetz, unter diesem Umständen eine Entscheidung zu treffen, auch ein Fehler und diente lediglich der Festigung des Machtanspruches der MA7.

Der Umsetzung der Idee von direkter Demokratie stehen weiters „repräsentative Reibungsverluste“, verkörpert von Koordination und Personenkomitee, im Weg, jener der Rätedemokratie eine ganze Reihe von Aspekten. Der gewichtigste unter ihnen ist wohl, dass weder die Überwindung des kapitalistischen Systems, noch die Etablierung einer sozialen Gesellschaftsordnung je Ziel von Netznetz waren. Auch habe ich den Eindruck, als seien „egoistische, partikulare Interessen“, die im Rätemodell eigentlich eine untergeordnete Rolle spielen sollten, auf Grund der innerhalb Netznetz vorherrschenden Konkurrenzsituation oft erst geschaffen worden. Zusätzlich fehlt das Prinzip des Recalls und die Ämterrotation wurde zwar oft praktiziert, war jedoch nie zwingend vorgeschrieben – Leo Findeisen ist etwa schon seit zwei Jahren Teil des Koordinationsteams.

5.1.3. Basisdemokratie

Betrachtet mensch lediglich den partizipatorischen Anspruch von Basisdemokratie, so ist dieser wohl als einziger des ganzen Begriffsfelds als erfüllt zu betrachten. Bei Netznetz entscheiden die von Kunst- und Kulturförderung Betroffenen über eben diese, fordern keine völlige Selbstbestimmung, sondern lediglich ein Mitspracherecht und üben dieses unter Rückgriff auf repräsentative Organisationsformen aus. Ambitionen, die Gesellschaft als Ganzes zu verändern,

haben sie nicht.

Kommt dann jedoch noch der Aspekt von Basisdemokratie als Organisationsmodell hinzu, ist das Urteil einmal mehr ein negatives. Der Grund dafür ist ein simpler: Nie kam für Binnenentscheidungen das Konsensprinzip zum Tragen, sondern stets eine Form von Mehrheitsentscheidungen. Zwar mag – zumindest für die Anfangszeit – stimmen, was Johannes Grenzfurthner sagt, nämlich, dass einzelne Aspekte des Fördermodells stundenlang in Plena diskutiert wurden, die Tatsache, dass schließlich stets mit Hilfe von Mehrheiten entschieden wurde, spricht aber gegen die Annahme, dass in diesen Diskussionen ein Konsens erzielt worden wäre. Somit existierte nicht nur ein Zwang von außen, sondern auch ein Zwang von innen, in Gestalt der im konventionellen westeuropäischen Demokratieverständnis wohl bekannten Diktatur der Mehrheit. Kombiniert mit einer mangelnden Effizienz, die aus den stundenlangen Plenardiskussionen folgt, ergibt sich für Netznetz auf diese Art und Weise „das Schlechteste beider Welten“: Weder kann es sich einer besonders hohen Effizienz rühmen, noch einer von der Gesamtheit der Basis stammenden Legitimität.

Dennoch waren immer wieder Organisationsformen, wenn auch nur in Ansätzen, präsent, die an die basisdemokratische Binnenorganisation Neuer sozialer Bewegungen erinnern. Sowohl in Reichenau als auch beim Sprintosium „Parliaments of Arts“ wurden Untergruppen gebildet, deren Aufgabe es war, sich mit bestimmten Themen zu beschäftigen. Diese Art der Gruppenbildung deckt sich freilich nicht zu hundert Prozent mit dem Bezugsgruppenmodell, dessen Ziel ja weiterhin eine Entscheidung aller über alles war, während die Untergruppen im Rahmen von Netznetz eher als „Arbeitsgruppen“ gesehen werden müssen, die sich mit jeweils unterschiedlichen Themen befassten. Die Idee der regelmäßig stattfindenden Stadtgespräche ist hingegen fast völlig parallel zu jener des Sprecherrates. Wie dieser dienten sie ausschließlich als Kommunikationsplattform und die KoordinatorInnen hatten keinerlei Entscheidungsbefugnisse, sondern nahmen lediglich eine Vermittlerrolle zwischen beiden Seiten ein. Der signifikante Unterschied liegt hier allerdings darin, dass sich im Sprecherrat die Bezugsgruppensprecher im herrschaftsfreien Raum austauschen sollten, während bei den Stadtgesprächen eindeutig eine Hierarchie zwischen den VertreterInnen der Stadt Wien und jenen von Netznetz bestand.

Was die Institutionalisierung(-sgefahr) zivilgesellschaftlicher AkteurInnen betrifft, so bestätigt sich für mich das Ablaufmodell im Rahmen von Netznetz. Anders als für die Arbeiterbewegung

scheint im vorliegenden Fall die Institutionalisierung jedoch nicht mit der Mitgliederzahl, sondern mit der Lebensdauer zusammenzuhängen. Mit fortschreitender Dauer der Existenz von Netznetz kam es nicht nur zu verstärkter Arbeitsteilung, Professionalisierung und Bürokratisierung, die Gruppe wurde auch zunehmend konservativer. Während sich die ersten drei Aspekte vor allem in der Konstitution einer Koordination, dem Erstellen einer gut strukturierten und übersichtlichen Webseite, einer verbesserten Informationspolitik und vermehrtem Einfluss der MA7 zeigten und, bis auf das Bürokratisierungselement, im Wesentlichen positiv wahrgenommen wurden, zeigte sich letzter vor allem im Verzicht auf den Anspruch alternativer Organisationsformen und dem Rückgriff auf Altbewährtes (Elemente aus Mehrheits- und Basisdemokratie).

Da Netznetz nahezu von Anfang an eng mit der MA7 zusammenarbeitete und auf Grund seiner rechtlichen Stellung als Beirat de facto sogar Teil dieser war, wurde es nicht nur sehr bald von der Politik und Verwaltung instrumentalisiert, sondern war bereits vor seiner völligen Konstituierung institutionalisiert: Netznetz als neues Fördermodell existierte schon zu einem Zeitpunkt, als sich seine Mitglieder noch nicht einmal über seine interne Funktionsweise im Klaren waren. Vor diesem Hintergrund ist es dann auch kaum verwunderlich, dass nicht nur Freiheit und Selbstbestimmung, sondern auch radikale, gesellschaftskritische Aktionsformen Mangelware waren. Den Grund hierfür sehe ich in einer Form der Selbstdisziplinierung, die sich fast zwingenderweise ergibt, wenn mensch Teil der MA7 und somit der städtischen Verwaltung ist, und die aus einer Verhaltensweise besteht, die jenes „Der-Regierung-ans-Bein-Pinkeln“²⁶³, das die Netbase praktizierte, eben nicht erlaubt. Bei den wenigen Gelegenheiten, wo Netznetz ebenfalls den Aufstand übte und Forderungen an die Stadtregierung stellte, wurde ihm von dieser sofort mangelnde Kooperationsbereitschaft vorgeworfen und mit einem verminderten Mitspracherecht geantwortet.²⁶⁴

5.2. GOUVERNEMENTALITÄT, GOUVERNANCE, ZIVILGESELLSCHAFT

5.2.1. Gouvernamentalität des (Neo)liberalsimus

Bei Netznetz handelt es sich sicherlich um den Versuch einer möglichst umfassenden Regierung gesellschaftlicher Bereiche. Der Zusammenschluss eines nicht unwesentlichen Teiles der AkteurInnen der Wiener Netzkunst- und -kulturszene in seinem Rahmen machte diese – der

263 vgl. Sylvia Faßl-Voglers Charakterisierung der Aktionsformen der Netbase

264 vgl. die veränderten Förderrichtlinien ab 2008 sowie Sylvia Faßl-Voglers Begründung für diese.

Logik der Statistik als Wissenschaft der Regierung folgend – nicht nur leichter erfassbar, sondern auch leichter regierbar. Da die Stadtregierung mittels ihrer VertreterInnen bei der MA7 einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die interne Organisation von Netznetz hatte, wie auf den vorhergehenden Seiten deutlich wurde, ermöglichte ihr dies, den Konstituierungsprozess der Gruppe zu beeinflussen. Hätte Netznetz tatsächlich, wie oft behauptet, die gesamte Netzkunst- und -kulturszene Wiens repräsentiert, wäre es für die MA7 auf diese Art und Weise möglich geworden, diese Szene, zumindest gewisse Aspekte betreffend, zu kontrollieren.

Netznetz muss also, auch auf Grund seiner Institutionalisierung, als eine Möglichkeit für die Ausübung jener, laut Foucault für die Gouvernamentalität so typischen, Machtform gesehen werden, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung hat. In diesem Sinne müssen die von der Stadtregierung immer wieder hegemonial vorgeschriebenen Änderungen im Vergabesystem als in Gesetzen verpackte Taktiken betrachtet werden, die die Aufgabe hatten, auf die Realität zu antworten und diese damit zu verändern. Diese Eingriffe in die Freiheit der Einzelnen geschahen jedoch nicht von Anfang an – oder zumindest waren sie anfangs noch relativ begrenzt –, sondern erst nach einer gewissen Zeit des Laissez-faire. Erst nachdem die MA7 festgestellt hatte, dass sich Netznetz nicht „von selbst“ in die von ihr gewünschte Richtung entwickeln würde, griff sie ein. Damit bewahrheitet sich am Beispiel Netznetz nicht nur die These Foucaults, der Liberalismus würde individuelle Freiheit nur so lange zulassen, solange er diese kontrollieren könne, sondern das Panopticon erweist sich auch tatsächlich als ein passendes Modell für die (neo-)liberale Regierungspraxis.

5.2.1.1. Selbstverständnis der Regierung

Gleichzeitig eignet sich Netznetz auch gut zur Illustration des (neo-)liberalen Selbstverständnisses von Regierungen. Wenn Sylvia Faßl-Vogler die Einführung einer Jury damit rechtfertigt, dass dies der Wunsch der KünstlerInnen gewesen sei, zeugt diese Erklärung von einer Regierung, die ihre Aufgabe nicht länger in richtungweisenden Entscheidungen mit gesellschaftsveränderndem Potential sieht, sondern lediglich in der Regelung konkurrierender Interessen dieser Gesellschaft.

Aus dem Umstand, dass die Stadtregierung Netznetz zuerst sich selbst überlassen wollte und erst eingriff, als sie merkte, dass diese Selbstregierung nicht nach ihren Maßstäben funktionierte, lässt sich das Prinzip der Nützlichkeit der Regierung ableiten: Hätte es die Netzkunst- und -kulturszene tatsächlich geschafft, sich selbst zu regieren und die „Mama Stadt“ nicht länger

gebraucht, jener Teil der MA7, der sich mit der Verteilung der Gelder für diesen Sektor beschäftigt, wäre obsolet und daher nicht länger nützlich gewesen. Deutlich wird an Hand der Aussage Syliva Faßl-Voglers, sie hätte nur den Rahmen für Netzzetz zur Verfügung stellen wollen und ihr Traum sei es gewesen, dass Netzzetz schließlich ganz von selbst funktioniere, auch die Suche nach einer gesellschaftlichen Rahmenpolitik, die für deutschen Ordoliberalismus so charakteristisch war.

Mit der Frage nach der Wahrheit des Regierungshandelns in Gestalt einer externen Evaluation, die nicht nur Netzzetz, sondern auch die Entscheidung der Stadtregierung zu seinen Gunsten auf ihren Erfolg hin überprüfen soll, tritt der Gestaltungsanspruch der Lehre der politischen Ökonomie zu Tage, die nicht nur nach der Wahrheit des Regierungshandelns sucht, sondern ebenso den Erfolg zum einzigen Kriterium seiner Legitimität macht. Nie wurde im Rahmen der Diskussionen über Netzzetz die Frage nach dem Recht der KünstlerInnen und Kulturschaffenden auf Selbstbestimmung laut, stets ging es nur darum, ob Netzzetz als Vergabeinstrument funktionierte oder nicht und ob es bessere oder schlechtere Arbeit leistete als die MA7 oder Jurys.

Ähnlich wie für die deutschen StaatsbürgerInnen der Nachkriegszeit bedeutete auch für die AkteurInnen der Wiener Netzkunst- und -kulturszene eine Partizipation an der Fördermittelvergabe durch Netzzetz eine Akzeptanz dieser Ordnung. Freilich gab es immer wieder auch von TeilnehmerInnen vehemente Kritik am Vergabesystem und sogar Boykottaufrufe, deren Ziel ein Kampf im Inneren, im „Schützengrabensystem von Netzzetz“ – um mit Gramsci zu sprechen – war. Dennoch wurde KritikerInnen, die auf diese Art und Weise vorgehen, oft mit dem Argument, mensch könne nicht gegen ein System sein, von dem mensch selbst profitiere, die Legitimität abgesprochen.

5.2.1.2. Wettbewerb

Das die Regierungslogik des Neoliberalismus dominierende Prinzip des Wettbewerbs tritt auch in der Konzeption von Netzzetz ganz deutlich in Erscheinung. Der Idee von Marktwirtschaft und der in ihr vorherrschenden, ständigen Konkurrenzsituation als ideales Modell für das Regierungshandeln folgend, zielt Netzzetz ebenfalls auf eine permanente Rivalität zwischen den Einzelnen im Kampf um, sich in finanzielles verwandelndes, symbolisches Kapital. Vereinfacht ausgedrückt war das Reputationssystem nämlich so konzipiert, dass jene mit dem höchsten symbolischen oder zumindest sozialen Kapital auch die höchsten Fördersummen zugesprochen

bekamen. Hätte ich eine Neigung zur Polemik, würde ich an dieser Stelle sogar so weit gehen, Netznetz mit einem Popularitätswettbewerb im Stile „Starmanias“ zu vergleichen, bei dem nicht die Besten, sondern die Beliebtesten die meisten Peanuts erhalten. Da die Gesamthöhe der Fördermittel begrenzt war – wie natürlich auch bei jeder anderen Art der Fördermittelvergabe durch den Staat –, führte dies unweigerlich zu einer Konkurrenzsituation unter den Einreichenden und zu jenem Nullsummenspiel, das der Logik des Neoliberalismus folgend, zumindest auf wirtschaftlicher Ebene eigentlich nicht länger existieren sollte. Diese Konkurrenzsituation bestand jedoch nicht nur im Moment der Fördermittelvergabe, sondern wurde zu einer chronischen: Da weder symbolisches noch soziales Kapital von einem Moment zum nächsten einfach entsteht, ist seine Akkumulation mit einem langwierigen und permanenten Arbeitsprozess verbunden, dessen Bedeutung gute UnternehmerInnen ihrer/seiner Selbst keinesfalls unterschätzen dürfen und sich daher, Foucaults Konzept der Selbstdisziplinierung folgend, immer wieder selbst zur Arbeit „zwingen“.

Um mich nicht allzu sehr der Polemik oder einer einseitigen Betrachtungsweise schuldig zu machen, muss an diese Stelle freilich noch erwähnt werden, dass etwa durch die Einführung von Trustees sehr wohl versucht wurde, Netznetz nicht zu einem reinen Popularitätswettbewerb verkommen zu lassen. Nicht von der Hand zu weisen ist ebenfalls das Argument, auch bei einer Juryvergabe existiere eine ähnliche Konkurrenzsituation zwischen den Einreichenden und auch dort gebe es auf Grund des Bekanntheitsgrad einzelner KünstlerInnen oder deren persönlichem Verhältnis zu den JurorInnen nicht die gleichen Chancen für alle. Dennoch bin ich der Meinung, diese Konkurrenzsituation intensiviere sich durch Netznetz noch, da in diesem Fall jene zu JurorInnen werden, mit denen die KünstlerInnen tagtäglich Kontakt haben und diese daher auch tagtäglich gezwungen werden, sich bestmöglich zu verkaufen.

5.2.1.3. Humankapital und homo oeconomicus

In einer von der neoliberalen Theorie des Humankapitals geprägten Gesellschaft, in der die einzelnen homines oeconomici sich selbst ihr eigenes Kapital sind und so zu UnternehmerInnen ihrer Selbst werden, erscheint es nur logisch, auch das althergebrachte staatliche Mäzenatentum zu reformieren und so auf den Stand der Zeit zu bringen. Im System von Netznetz reicht es nicht länger aus, einen Förderantrag bei der zuständigen Kulturabteilung zu stellen, die dann mit Hilfe einer von ihr entwickelten Prozedur entscheidet, wer förderwürdig ist, die Initiative zur Fördermodellentwicklung und -umsetzung selbst erfolgt vielmehr von den KünstlerInnen: Sie

waren es, die zuerst mit Hilfe zweier Ausstellungen im Künstlerhaus die Aufmerksamkeit von VertreterInnen der MA7 erregten, danach sich mit einem bereits in den Grundzügen ausgearbeiteten Fördermodellentwurf an diese wandten und schließlich das von ihnen selbst entwickelte Fördermodell umsetzten. Aus dieser Perspektive betrachtet, ergeben sich keinerlei Zweifel mehr daran, dass die AkteurInnen von Netznetz zu wahren UnternehmerInnen ihrer Selbst geworden sind und sich selbst ihr eigenes Kapital sind. Nehmen sie diese Rolle ernst und sehen das Fortbestehen von Netznetz als Teil ihrer Überlebensgrundlage an, so wird ihnen auch viel am Erhalt des Systems liegen, was sie wiederum, dem Rollenbild des neoliberalen homo oeconomicus folgend, gouvernementalisierbar macht. In diesem Umstand könnte auch eine weitere Erklärung für den oft mangelnden Willen zum Widerstand gegen von der Stadtregierung hegemonial diktierte Veränderungen liegen. Nicht nur war Netznetz de facto Beirat und somit „Teil“ der MA7, wie weiter oben angeführt, seine Mitglieder waren sich auch sehr wohl der Gefahr bewusst, die ein Ende von Netznetz für ihre finanzielle Situation mit sich bringen würde und schlossen daraus – nach wirtschaftsrationaler Logik –, dass Kooperation für sie die beste Option sei.

Dabei übernahm die imaginäre „Community Netznetz“ jene Aufgabe, die nach Foucault im klassischen Liberalismus dem Bürgertum zukam und fungierte als netzkulturelles Bindemittel zwischen den Einzelnen, um diese nicht völlig dem freien Spiel der Interessen zu überlassen und somit unregierbar zu machen. Wie sehr die Idee einer „Community“ im Widerspruch zum Prinzip der marktwirtschaftlichen Konkurrenz steht, das in ebendieser herrscht, zeigte sich auf ziemlich eindrucksvolle Weise an den Reaktionen der „Communitymitglieder“ nach den ersten Backbone-Wahlen.²⁶⁵ Auch Foucaults Theorie vom Bürgertum als Matrix politischer Macht kann für Netznetz nicht ganz verworfen werden, denn auch für die Community gilt, wie im Kapitel über Basisdemokratie deutlich wurde, dass Entscheidungen nur von einigen getroffen werden, während andere zum „Objekt der Selbstbestimmung“ werden.

5.2.2. Gouvernance

Nach all dem bisher Geschriebenen bestehen für mich keine Zweifel daran, dass Netznetz eine Verdrängung des Staates zu Gunsten der Zivilgesellschaft als Regulierungsinstanz darstellt. Auf Grund der bereits zitierten Aussage von Sylvia Faßl-Vogler, ihr Ziel sei eine Selbstregierung von Netznetz ohne „Hilfe“ der Stadt gewesen, scheint auch klar, dass die Situation von Seiten der

²⁶⁵ vgl. hierzu etwa den Kommentar von Super.net im Kapitel zu den verschiedenen Wahlmodellen.

Stadtverwaltung nicht nur ebenso interpretiert, sondern von dieser auch als positiv und wünschenswert gesehen wurde. Daher passt die anfänglich nur sehr vage Rahmengesetzgebung, die sich später zwar konkretisierte, nie jedoch künstlerische Richtlinien zur Beurteilung der einreichenden Projekte festschrieb, ebenso gut ins Gesamtbild, wie der Umstand, dass von Seiten der MA7 lediglich eine Formalprüfung dieser Projekte stattfindet. Im Vokabular der Gouvernance würde die Formalprüfung den „unpersönlichen Gesetzen“ der post-demokratischen Gesellschaft entsprechen, die ideologische Fragestellungen sowie gesellschaftspolitische Fragestellungen ablösen, die noch vor 30 Jahren die Kulturpolitik prägten.

Dass ideologische Aspekte in den Hintergrund treten und vom Paradigma der Nützlichkeit abgelöst werden, illustriert ebenso die Einstellung des KünstlerInnenpaars uebermorgen, das paradoxerweise gerade für seine gesellschaftskritische Kunst bekannt ist. Während Hans Bernhard meint, es sei ihm „scheißegal“, ob Netznetz neoliberal sei oder nicht, weil es aus der neoliberalen Gesellschaft, in der wir leben, ohnehin keinen Ausweg gebe, meint Liz Haas, Netznetz bestehe aus einer „Bande von Desperados, die kein Geld bekommen haben und jetzt Geld bekommen wollen“²⁶⁶. Als Netznetz schließlich, zumindest für die Stadt, nicht mehr nützlich war und es zu immer mehr Widerstand gegen die Fördervergabe mittels Wahl kam, entzog die MA7 Netznetz die Verantwortung für einen Großteil der zu vergebenden Mittel und legte diese in die Hände einer Jury.

Eng mit diesem Paradigma der Nützlichkeit verbunden sind die individuellen Interessen der Einzelnen, die zum gesellschaftsbestimmenden Prinzip werden. Eine Logik die sicherlich auch hinter Netznetz steckt und dazu führt, dass sich in seinem Rahmen Kunst- und Kulturschaffende um die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen kümmern, während allen übrigen BürgerInnen ein Mitspracherecht verwehrt wird. Dadurch bewahrheitet sich dann die pessimistische Vorhersage der SkeptikerInnen der Gouvernance, das Ende des politischen Skandals der Demokratie. Wenn, wie es im Rahmen von Netznetz geschieht, nur noch ExpertInnen ein Mitspracherecht haben, ist der „part des sans-part“²⁶⁷, von dem Rancière spricht, nicht länger gegeben und es kommt erneut zur Etablierung jener „natürlichen Ordnung“, deren Überwindung sich die Politik eigentlich zum Ziel gesetzt hätte.

266 vgl. Anhang 8, Interview mit Liz Haas

267 *der Teil der Teilnahmslosen* vgl. hierzu auch Fußnote 224

5.2.2.1. Zivilgesellschaft

Der Grund, warum sich gerade eine zivilgesellschaftliche Initiative für diesen Verstoß gegen die Prinzipien der Demokratie verantwortlich zeigt, liegt in der Dialektik der Zivilgesellschaft oder besser gesagt darin, dass sich im Rahmen von Netznetz das herrschaftssichernde Potential gegenüber dem kritischen und oppositionellen durchgesetzt zu haben scheint. Die KünstlerInnen und Kulturschaffenden wurden zu einem Teil des Staatsapparates; ein Umstand, der ihnen gewisse Verhaltensnormen auferlegte, kritische oder oppositionelle Verhaltensformen erschwerte und so aus Netznetz den Prototypen einer Zivilgesellschaft unter Aufsicht des Staates machte. Widerstand und Opposition gegen Netznetz als Fördersystem traten daher nur anfangs und sehr vereinzelt im Inneren von Netznetz auf, meist erfolgten sie von außen durch AkteurInnen, die sich zur Freien Szene zählen, wie IG Kultur Österreich/Wien, die Zeitung malmoe oder der Kunst- und Medientheoretiker FER. Die in letzter Zeit immer wieder laut werdende Kritik von Seiten Netznetz an der MA7 und den hegemonial vorgeschriebenen Veränderungen des Fördersystems wurden von dieser als „Forderungshaltung“ oder „Klassenkampf“ kategorisiert und führten zu einer weiteren Verringerung des Mitspracherechts der Kunst- und Kulturschaffenden.

Da, wie es scheint, die Zivilgesellschaft im Rahmen von Netznetz nicht ihr kritisches Potential entfalten konnte, stellt sich die Frage nicht nur nach den Gründen hierfür, sondern auch, ob und wie Netznetz vielleicht doch noch einem kritischen Anspruch gerecht werden könnte. Neben einer völligen Autonomie – auch in finanziellen Angelegenheiten – als Grundvoraussetzung denke ich, dass Netznetz nicht länger Instrument zur Vergabe staatlicher Gelder sein dürfte, da ich die Möglichkeit von staatlichen Institutionen, eine kritische Funktion auszuüben, in Zweifel ziehe, eben weil sich diese an gewisse Spielregeln zu halten haben.

Ebenso halte ich, gerade im Interesse einer kritischen Zivilgesellschaft, eine allumfassende und totalitäre Organisation der Wiener Netzkunst- und -kulturszene, die immer wieder von verschiedensten Seiten als Idealbild von Netznetz gezeichnet wurde, für nicht zielführend. Diese Organisationsform hätte den Nachteil, sämtliche Differenzen verschwinden zu lassen und so der Kritik, die aus eben solchen antagonistischen Positionen entsteht, den Nährboden zu entziehen. Aus den Kämpfen gegen Subjektivierung und Unterwerfung, die sonst an vielen verschiedenen Fronten geführt werden könnten und die mir gerade in der heutigen, immer noch neoliberal geprägten Zeit besonders wichtig erscheinen, würde ein einziger werden, der zwar eine starke

Position vertreten mag, aber der Regierungslogik gegenüber dennoch singulär und damit berechen- und beherrschbar bleibt.

Ein noch wesentlich wichtigerer Aspekt als die Ablehnung von Institutionalisierung und Totalisierung liegt aber wahrscheinlich in der Forderung Gramscis begründet, die Zivilgesellschaft solle zum Staat werden, von der ich im Verlauf dieser Arbeit schon behauptet habe, sie würde in dieser Form auch VertreterInnen der Gouvernanceidee erfreuen. Nun, es gibt doch einen grundlegenden Unterschied zwischen der affirmativen und herrschaftssichernden Leseart von Zivilgesellschaft, wie sie von der Gouvernance betrieben wird, und jener Gramscis, die auf Widerstand und Opposition hofft. Der Logik der Gouvernance folgend übernimmt die Zivilgesellschaft die Rolle des Staates und teilt sich in verschiedene Unterbereiche, in denen dann jeweils (selbsternannte) „ExpertInnen“ ohne Rücksprache mit der Gesamtgesellschaft entscheiden. Der Staat verliert somit jegliche Einheit und die Gesellschaft wird zu einer prekären. Die Identität der Zivilgesellschaft mit dem Staat ist ebenso die Vision Gramscis. Allerdings entscheiden bei ihm – und genau das ist auch der Grundgedanke des Rätemodells – alle über alles. Lediglich das Element des staatlichen Zwangs verschwindet, der politische „Skandal der Demokratie“ bleibt hingegen erhalten und sorgt dafür, dass auch Nicht-ExpertInnen an Entscheidungen, wenn auch möglicherweise mit ihren RepräsentantInnen als Vermittlungsinstanz, teilhaben dürfen.

Auf Netznetz angewandt bedeutet dies, dass jene Begrenzung der Grundgesamtheit an Stimmberechtigten, wie sie durch die unterschiedlichen Validierungsprozeduren geschah, nicht nur gänzlich undemokratisch ist, sondern auch ein Hindernis auf dem Weg zur Selbstbestimmung darstellt. Freilich hat sich auch der umgekehrte, anfangs praktizierte Ansatz, alle zur Wahl zuzulassen, als nicht zielführend erwiesen und zum Problem der Bandbreite geführt. Dieses ist wiederum aufs Engste mit der Problematik von Mehrheitsentscheidungen in der Kunst verknüpft und scheint die direkte Auswirkung der Ausdehnung des „Skandals der Demokratie“ auf alle Gesellschaftsbereiche zu sein. Somit scheint mensch sich zwischen einer „Gesellschaft von ExpertInnen“, die die besten Projekte fördert, dafür aber einer demokratischen Legitimität entbehrt, und einer Gesellschaft, an der zwar alle teilhaben dürfen, die jedoch stets das Mehrheitsfähige fördert, entscheiden zu müssen.

Nun, ich glaube, dass auch noch eine dritte Möglichkeit besteht, die in den so unbeliebten Jurys oder KuratorInnen liegt. Sicherlich handelt es sich auch bei diesen um „ExpertInnen“, die Expertenentscheidungen treffen. Anders als Netznetz vertreten sie jedoch den Staat als Ganzes

und nicht nur jene, die im Rahmen von Netznetz organisiert sind. Es entscheiden damit nicht länger nur die Betroffenen über die Verteilung der Fördermittel, sondern, zumindest dem theoretischen Anspruch nach, alle, vertreten durch RepräsentantInnen, die gleichzeitig auch ExpertInnen sind.

5.2.2.2. Communities

Netznetz wurde stets, sowohl von seinen Mitgliedern als auch von den VertreterInnen der MA7, als Community bezeichnet. Ein Umstand, in dem ich bereits eine Vorschau auf die dahinter liegende Logik des Regierens sehe. Der Definition von Nicolas Rose folgend, der in Communities Beispiele für die Abkopplung von Regierungsarbeit und die Dienstbarmachung der Zivilgesellschaft für eben diese Arbeit sieht, muss Netznetz wohl als das Musterbeispiel einer solchen Community gesehen werden. Außerdem treffen sämtliche von Rose angeführten Charakteristika von Communities auf Netznetz zu: Die verschiedenen Validierungsprozesse zeugen, ebenso wie die ausführlich geführten Diskussionen zum Thema der Begrenzung des aktiven und passiven Wahlrechts, von einer Funktionsweise, die mit Inklusions- und Exklusionsprozessen operiert, in den zahlreichen Workshops, Plena und Symposien wurden von den Communitymitgliedern eine enorme Konstruktionsarbeit geleistet und diese verfügten über ein hohes Maß an Selbstbestimmung und Autonomie.

Darüber hinaus sollten nicht nur jene Netznetz angehören, die sich ohnehin schon als ein Teil des Zusammenschlusses sahen, sondern sämtliche AkteurInnen der Wiener Netzkunst- und -kulturszene mussten sich, sofern sie Interesse an einer finanziellen Förderung ihrer Projekte hatten, dessen Spielregeln unterwerfen und wurden auf diese Art und Weise darauf aufmerksam gemacht, dass ihr Platz im Inneren von Netznetz sei. Für den Erfolg dieses Zusammenschlusses jedoch übernahm die Stadt Wien nicht länger die Verantwortung. Netznetz war, auch wenn es nie völlig selbstbestimmt oder autonom war, für seinen eigenen Erfolg verantwortlich, obwohl es immer noch die Stadt war, die die Kriterien dieses Erfolgs definierte. Ganz deutlich zeigte sich diese Einstellung Ende 2008, als die MA7 zwar konstatierte, Netznetz würde nicht funktionieren, sich aber nicht für die Lösung des Problems verantwortlich fühlte, sondern ein Forschungsinstitut mit dieser beauftragte. Die Kosten für diese Problemlösung oder Evaluation wiederum wurden aus dem Förderbudget bezahlt und somit indirekt von Netznetz getragen, das daher auch Auftraggeber der Evaluation sein musste.

Einmal mehr glaube ich daher, dass Netznetz, im Interesse einer kritischen Zivilgesellschaft,

weder eine Totalität sein noch sich als „Community“ anrufen lassen darf, da es sonst zu einer kalkulierbaren und mit den Mitteln der Selbstregierung immanent regierbaren Größe wird.

5.3. KULTURPOLITIK DES 21. JAHRTAUSENDS – CULTURAL INDUSTRIES ODER DRITTER SEKTOR?

5.3.1. organisierte Kreativität und der dritte Sektor

Bei einem Blick auf die beiden Extrempositionen der von mir vorgestellten Literatur zur Zukunft österreichischer Kulturpolitik stellt sich heraus, dass weder Moraks Vision einer von Cultural Industries dominierten und in Symbiose mit der Wirtschaft agierenden kulturellen Landschaft, noch jene der freien Szene, die nach kritischer Kunst und Kultur in Opposition zu Staat und Wirtschaft verlangte, auf die sich an Hand von Netznetz manifestierende Kulturpolitik zutrifft.

Unumstritten ist nicht nur, dass es sich bei Netznetz um einen Zusammenschluss von Kunst- und Kulturschaffenden handelt, sondern ebenso, dass die für Creative Industries und Wirtschaft so bedeutenden TechnikerInnen zu den AkteurInnen zählen, von den Fördermitteln profitieren und zumindest unter den aktiven Mitgliedern wohl die Mehrheit stellen. Daher ist zwar die von Morak gewünschte Synthese von kreativer Intelligenz und Wirtschaft mehr als nur in Ansätzen zu erkennen und es stellt sich die berechtigte Frage, warum gerade TechnikerInnen und stark technologielastrige²⁶⁸ Projekte von Netznetz gefördert werden sollen, wenn ohnehin schon eine ganze Reihe an Technologieförderungsprogrammen existiert, dennoch stellt Netznetz, selbst wenn die Förderentscheidungen nicht länger von Seite der staatlichen Verwaltung getroffen werden, immer noch eine Form staatlicher Kunstförderung dar und ist daher, bei allen Zugeständnissen an kreativwirtschaftliche Bedürfnisse, weit entfernt von Moraks Idealvorstellung einer lediglich privatwirtschaftlich geförderten Kunst- und Kulturszene. Auch wurde auf das Problem zu technologiefreundlicher Förderentscheidungen von Seiten der Kulturabteilung zuerst mit einer Trennung zwischen Kunst- und Kulturprojekten (technologielastrige Projekte wurden hauptsächlich dem Kulturbereich zugerechnet) und dann mit der Etablierung einer Jury für den Kunstbereich geantwortet. Dies bedeutet freilich auch, dass

²⁶⁸ Natürlich findet im Bereich der Netzkunst und -kultur die Technologie Eingang in alle Projekte.

Technologielastrig soll hier und im Folgenden jedoch den Umstand bezeichnen, dass der technologische Aspekt des Projekts alle anderen bei weitem überragt und dieser um seiner selbst Willen existiert, ohne den Anspruch zu stellen, bestimmte Inhalte zu transportieren.

sich in dem noch in der Entscheidungsgewalt von Netznetz verbleibenden Kulturbereich die Entscheidungen zu Gunsten technischer Projekte häufen.

Wie im Verlauf der Arbeit schon deutlich wurde, wird Netznetz auch dem von der freien Szene gestellten Anspruch von Kritik und Widerstand nicht gerecht. Zwar wurden auch von Netznetz immer wieder kritisch oppositionelle Projekte gefördert, diese kritischen Ansätze kamen jedoch nie, weder auf Ebene der Aktionsformen noch auf Ebene des theoretischen Diskurses, auch nur in die Nähe des Erbes der Public Netbase.

Eine ähnliche Diagnose trifft auf die im Rahmen der Konferenz sektor3/ kultur gestellte Forderung nach Vernetzung mit dem Ziel der Verminderung oder gar Vermeidung der Konkurrenz unter den Kunst- und Kulturschaffenden zu. Der durch Netznetz initiierte, sehr intensive Vernetzungsprozess wurde von der gleichzeitigen Etablierung des Fördersystems begleitet, das wie bereits dargelegt, den Effekt einer Intensivierung interner Konkurrenz hatte und somit die positiven, gemeinschaftsfördernden Auswirkungen des Vernetzungsprozesses wieder zunichte machte. Aus diesem Grund muss tatsächlich von der im Rahmen der Konferenz noch als Schreckensvorstellung präsentierten Kannibalisierung der Netzkunst- und -kulturszene gesprochen werden, die ihren Ausdruck in einem verstärkten Kampf untereinander und einer verminderten Kampfbereitschaft gegenüber gesellschaftlicher und sozialer Missstände findet.

Was den Aspekt der Prekarität betrifft, so ist diese zweifelsohne nicht nur im Kunst- und Kulturbereich, sondern ebenso auf gesamtgesellschaftlicher Ebene im Zunehmen begriffen. Auch unterstütze ich die These, dass gerade KünstlerInnen und Kulturschaffende, die oft besonderen Wert auf ihre Freiheit und Ungebundenheit legen, das ideale Modell einer prekären Arbeitskraft darstellen. Allerdings glaube ich kaum, dass Netznetz zu dieser zunehmenden Prekarität einen höheren Beitrag geleistet hat, als es andere Fördermodelle tun. Was ihm oder besser gesagt den Personen, die das Modell entwickelten und unterstützten, aber durchaus vorgeworfen werden muss, ist eine Unterstützung in der Etablierung und Umsetzung der Prozesse von Selbstausbeutung und -regierung.

5.3.2. Weißbuch

Auch das „Weißbuch. Zur Reform der Kulturpolitik in Österreich.“, das den kulturpolitischen Vorschlägen der Freien Szene sicherlich weit näher steht als jenen Moraks, stellt Anforderungen an die Kulturpolitik, denen diese durch die Etablierung von Netznetz nicht gerecht werden

konnte.

Anstatt des von den VerfasserInnen geforderten kulturpolitischen Verantwortungsbewusstseins kommt es bei Netznetz geradezu zu einer Umkehrung dieses Prozesses, indem die staatliche Verantwortung gemeinsam mit dem kulturpolitischen Gestaltungsanspruch vielmehr ausgelagert und an die Zivilgesellschaft abgegeben wird. Gleiches trifft auf die Forderung zu, sozialem Handeln solle Vorrang gewährt werden, die angesichts der im Inneren von Netznetz herrschenden, permanenten Konkurrenzsituation, die sich zeitweise zu einem finanziellen Kannibalismus gesteigert hat, als nicht erfüllt angesehen werden kann.

Auf Grund des fehlenden kulturpolitischen Verantwortungsbewusstseins kann das von Seiten der MA7 hinter der Beauftragung Netznetz mit der Verteilung öffentlicher Kunst- und Kulturförderung stehende Regierungsverständnis keinesfalls als die Umsetzung einer Kulturpolitik gelten, die auch Gesellschaftspolitik sein will. Ein Umstand, der Netznetz selbst als halb zivilgesellschaftlicher, halb staatlicher Akteur – um es vereinfacht auszudrücken – jedoch keinesfalls daran hindert, Kulturpolitik mit gesellschaftspolischem Anspruch zu betreiben. Während von Netznetz also durchaus auch Projekte gefördert wurden, die sich mit gesellschaftlichen Fragen beschäftigten, war die Rolle der MA7 lediglich eine ermöglichende, die die Verantwortung für kulturpolitische Prozesse von sich wies.

Dieser Interpretation würden VertreterInnen der MA7 und der Wiener SPÖ wohl aufs Heftigste widersprechen und entgegenen, gerade der Umstand, dass die MA7 die zivilgesellschaftliche Gruppe Netznetz ermächtigt habe, selbst über die Verteilung der Fördermittel zu bestimmen, zeuge von einer Kulturpolitik, die sich auch als Gesellschaftspolitik verstehe. Generell wurde Netznetz gerade anfangs oft als innovatives und zukunftsweisendes Projekt der Wiener SPÖ stolz der Öffentlichkeit präsentiert. Worin sich für mich nicht nur die bereits ausführlich dargestellte Ambiguität des Themas Selbstverwaltung/Selbstregierung zeigt, sondern auch die Instrumentalisierung von Kulturpolitik zu Gunsten parteipolitischer Interessen, gegen die sich die VerfasserInnen des Weißbuches ebenfalls aussprachen.

Zumindest in der Sparte „Neue Medien“ wurde jedoch eine weitere ihrer Forderungen, jene nach der Erhöhung des Kunstbudgets, Realität. Dieses stieg mit der Etablierung Netznetz von etwa 300.000 auf 500.000 Euro jährlich an. Im Gegenzug verstärkte sich die Personalisierung und Informalität der Förderungspraxis allerdings mit Netznetz, da für die Vergabewahlen keinerlei standardisierte, inhaltliche Richtlinien existierten, sondern jede/r Wähler/in nach ihren/seinen persönlichen Präferenzen entschied. Außerdem wurde im Kapitel über die interne Organisation

Netznetz deutlich, dass auch das Verhältnis von Netznetz zur Stadt Wien oftmals nicht nur der vorgesehenen Kommunikationsstruktur folgte, sondern auch von informellen, persönlichen Kontakten geprägt war. Die im Weißbuch geforderte „Gewaltentrennung“ zwischen kulturpolitischer Planung, Durchführung und Überprüfung von Zielen erfolgte nur teilweise, da Netznetz für Planung sowie Durchführung und die MA7 bzw. ein von ihr beauftragtes Forschungsinstitut für die Evaluation verantwortlich waren.

Was mit Hilfe von Netznetz sicherlich umgesetzt werden konnte, ist die Schaffung entsprechender Kommunikationsplattformen und Produktionsräume im Bereich der Netzkunst- und -kultur. Ob diese einer lebendigen Szene entspringen, die sich im dritten Sektor zwischen Staat und Wirtschaft verortet, wage ich jedoch zu bezweifeln. Diese Zweifel entspringen einerseits dem Umstand, dass ich, auch gestützt auf die Betrachtungen im theoretischen Teil dieser Arbeit, nicht an eine vom Staat und/oder der Wirtschaft unabhängige Zivilgesellschaft glaube oder dies zumindest unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht tue, andererseits der Tatsache, dass im Rahmen von Netznetz bereits Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Akteuren existieren, wofür das von der Telekom Austria gesponserte „net cultur lab“ im, mit Hilfe von Netznetz finanzierten, QDK ein Beispiel ist.

Die Ermöglichung eines Zugangs zum Internet für eine möglichst breite Bevölkerungsgruppe, wie sie im Weißbuch gefordert und lange Zeit von der Public Netbase praktiziert wurde, war im Rahmen von Netznetz nie Thema. Allerdings ist diese Forderung heute weitgehend umgesetzt und hat daher vieles von ihrer Aktualität eingebüßt.

Netznetz entspricht somit weder den Ansprüchen, die Morak an Kunst- und Kulturförderung im 21. Jahrhundert stellte, noch jenen der Freien Szene und der VerfasserInnen des Weißbuchs. Die Tendenz jedoch geht eher in Richtung Creative Industries als in Richtung Opposition und Widerstand. Ein Grund hierfür ist sicherlich, dass, besonders nachdem die Entscheidungsbefugnisse im Bereich Digitaler Kunst weg von Netznetz und hin zu einer Jury verlagert wurden, die technologische, wirtschaftliche Innovationen versprechende Seite der eingereichten und geförderten Projekte bei weitem überwiegt und gesellschaftskritische Ansätze sehr selten bis nie präsent sind. Außerdem ist Netznetz nicht nur Produkt neoliberaler Regierungstechniken, sondern operiert auch mit diesen, wozu eben auch das Verständnis von Kunst als Wirtschaftsfaktor gehört, wie es etwa im Hybrid Cultures Papier kommuniziert wurde.

6. CONCLUSIO

Am Anfang dieser Arbeit stand die Frage nach den Logiken, Strategien, Hoffnungen und Erwartungen, die hinter der Gründung von Netznetz standen. Erhofft habe ich mir eine klare Positionierung von Netznetz zwischen den beiden Polen von emanzipativer Selbstbestimmung und neoliberaler Gouvernentalisierung, die mir eine Antwort darauf geben sollte, ob ich das Fördermodell in die Schublade für „böses, neoliberales Teufelszeug“ stecken kann oder doch an seine emanzipative, ermächtigende Funktion glauben soll.

Dieses Vorhaben stellte sich als wesentlich komplexer und vielschichtiger heraus, als ich anfangs angenommen hatte. Zwar glaube ich, für mich eine Antwort gefunden zu haben, die ich auch argumentieren und zu der ich stehen kann, dennoch fällt es mir schwer, diese Antwort zu geben, ohne das Gefühl zu haben, mich einer viel zu simplifizierten Schwarz-Weiß-Malerei schuldig zu machen.

Relativ klar ist für mich die Ausgangslage und der kulturpolitische Kontext. Wie die gesamte österreichische Kulturpolitik der Nachkriegszeit ist auch jene der Gegenwart von einem Übergewicht traditioneller Hochkultur geprägt, die gleichzeitig einen Tourismus- und somit auch einen nicht unwesentlichen Wirtschaftsfaktor darstellt.

Seit Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre steht Kunst und Kultur aber nicht mehr länger nur im Dienste der Tourismuswirtschaft, sondern findet in Form von Creative Industries auch Eingang in andere Wirtschaftsbereiche. In Folge gilt Kreativität heute eher als Triebfeder wirtschaftlichen Erfolges und weniger als Antriebsmittel kritischer Auseinandersetzungen mit der Gesellschaft. Dieser Umstand verbindet sich mit einer veränderten Sichtweise von Seiten des Staates. Vorbei sind die Zeiten, in denen Kulturpolitik den Anspruch stellte, Gesellschaftspolitik zu sein und Gesellschaftskritik als notwendiges Element einer funktionierenden Demokratie galt. Vielmehr werden Kunst- und Kulturschaffende nun aufgefordert, in Synthese mit der Wirtschaft zu operieren und zu produzieren.

Die Bestimmung der zum Einsatz kommenden Logiken und Strategien fällt mir bereits wesentlich schwerer. Zwar besteht für mich kein Zweifel daran, dass Netznetz auf neoliberalen Regierungstechniken basiert und nur so weit selbstbestimmt ist, wie es die Funktionsweise neoliberaler Techniken erfordert, gleichzeitig bezweifle ich aber, dass es sich dabei um einen, von einer oder mehreren Personen, bewusst initiierten und kontrollierten Prozess handelt. Genauso wenig wie ich an die Existenz eines „neoliberalen Masterplans“ glaube, der von den führenden DenkerInnen multinationaler Konzerne entworfen wurde, bin ich der Meinung, hinter Netznetz stecke ein ausgeklügelter Plan, dessen einziges Ziel eine Selbstregierung und -disziplinierung der Individuen sowie eine Dienstbarmachung dieser für wirtschaftliche Interessen sei.

Dies soll keineswegs heißen, dass ich im Neoliberalismus eine notwendige Entwicklungsstufe in der natürlichen Evolution der Gesellschaftsformen sehe. Natürlich handelt es sich – wie auch anhand von Foucaults Theorien klar wurde – bei seinen Wahrheiten um konstruierte, bei den Logiken und Techniken, nach denen er funktioniert, um von Menschen geschaffene und bei der resultierenden Gesellschaftsordnung um eine in meinen Augen ungerechte und kritikwürdige. Das Resultat eines bewusst und nach einem einheitlichen Plan geschaffenen Prozesses ist er aber ebenso wenig wie Netznetz.

Aus diesem Grund fällt es mir auch schwer, Netznetz einfach in die neoliberale Schublade zu stecken, es als böses Teufelszeug zu klassifizieren und bestimmte Personen(-gruppen) als die „Schuldigen“ zu brandmarken. Denn ich bin davon überzeugt, selbst wenn dies vielleicht als naive Blauäugigkeit abgetan werden mag, dass Netznetz ein „Kind seiner Zeit“ ist und sich viele der AkteurInnen der Tragweite ihrer Entscheidungen nie völlig bewusst waren. KünstlerInnen, die es gewohnt sind, unter prekären Bedingungen zu leben und zu arbeiten, völlig auf sich allein gestellt zu sein, sich selbst auszubeuten und zu regieren, werden es nicht besonders schockierend finden, wenn dieser Zustand in der staatlichen Förderungspraxis seine Fortsetzung findet. Ebenso wenig wird eine Regierung, die es gewohnt ist, vornehmlich für die Wirtschaft zu regieren, Weichen zu stellen, nicht aber gesellschaftsverändernde Entscheidungen zu treffen, die Auslagerung von einem weiteren Verantwortungsbereich als besonderen Verlust empfinden. Netznetz ist ein Symptom der herrschenden Regierungs- und Gesellschaftslogik. Kritik an dieser sowie deren Auswirkungen wäre selbstverständlich wünschenswert und notwendig, dass sie im Rahmen von Netznetz großteils ausblieb, überrascht mich jedoch nicht.

Einige der Hoffnungen und Erwartungen, die hinter Netznetz steckten, traten im Verlauf der Arbeit ganz deutlich hervor, andere können nur auf Vermutungen meinerseits basieren.

Anfangs bestand das Hauptanliegen von Seiten der NetzkünstlerInnen und -kulturschaffenden in einer verstärkten Sichtbarkeit sowohl innerhalb, als auch außerhalb der „Szene“, verbunden mit einer stärkeren Positionierung gegenüber bzw. einer Emanzipierung von der Public Netbase. Ob es tatsächlich auch Ziel einiger war, die Public Netbase völlig zu verdrängen, oder ob es lediglich darum ging, einen Teil des öffentlichen Interesses auf Netznetz umzulenken, kann nicht beantwortet werden und die Antwort variiert wohl auch von AkteurIn zu AkteurIn. Sicher ist, dass zu diesem Wunsch nach Repräsentation mit der beginnenden Entwicklung des Fördermodells auch ein weiterer Aspekt hinzukam, dem heute eine wesentlich größere Bedeutung zukommt als dem ersten, und zwar die Hoffnung, möglichst viel finanzielle Unterstützung von der Stadt Wien zu erhalten. Ebenso war zumindest für einige die Suche nach einem neuen Modell von Selbstbestimmung und -organisation ein weiterer Antriebsgrund für ihre Mitarbeit an Netznetz, auch wenn dieses Modell im Laufe der Zeit viel von seinem utopischen Anspruch einbüßt hat.

Die Stadt Wien erhoffte sich zu Beginn wahrscheinlich nicht viel mehr als die Chance, einen innovativen kulturellen Prozess zu unterstützen und an diesem teilhaben zu können, um sich so soziales und kulturelles Kapital zu sichern. Mit der Unterstützung des von Netznetz vorgeschlagenen Fördermodells und dessen Institutionierung als einzige Möglichkeit, um an Fördermittel im Bereich Netzkunst und -kultur zu kommen, verband sich dann aber sicherlich eine ausgedehntere Erwartungshaltung von staatlicher Seite. Selbst wenn Sylvia Faßl-Vogler Netznetz nicht als neoliberales Regierungsinstrument sehen will, hätte sie wohl kaum etwas gegen seine Einschreibung in Praxen der Gouvernance – ein Begriff, der meist wesentlich positiver konnotiert ist als jener des „Neoliberalismus“. Somit wird das Fördermodell, zumindest in den Augen der MA7, zum guten Beispiel einer neuen Regierungsweise, die der Zivilgesellschaft mehr Mitspracherecht in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten verspricht.

Ob die Etablierung von Netznetz wirklich nur zufällig mit dem Ende der Netbase zusammenfiel oder ob die MA7 in Netznetz einen Nachfolger der Netbase und eine Möglichkeit sah, einen kritischen, kulturwirtschaftlich nicht verwertbaren Akteur durch einen schlechter organisierten, unkritischeren und wirtschaftsträchtigeren zu ersetzen, darüber können nur Vermutungen angestellt werden. An einen reinen Zufall glaube ich unter den gegebenen Umständen allerdings

nicht. Ebenso auf Vermutungen basiert meine Annahme, Netznetz sei für die MA7 eine Chance gewesen, ihren Verwaltungsaufwand zu reduzieren und die „Szene“ besser kontrollieren zu können.

Die Hoffnung auf eine Erhöhung der staatlichen Fördermittel für Netzkunst und -kultur erfüllte sich für Netznetz ebenso wie der Wunsch nach mehr Sichtbarkeit und einer stärkeren Position gegenüber der Netbase: Die Fördermittel stiegen nicht nur im Gesamten von rund 300.000 auf 500.000 Euro an, auch der Großteil der Projekte und Medienkulturinstitutionen erhielt entweder eine wesentlich höhere Summe als zuvor oder wurde gar zum ersten Mal gefördert. Das Festival der Netzkulturen garantiert, wenngleich Netzkunst und -kultur in Wien immer noch ein starker Nischenbereich ist, zumindest ein Minimum an öffentlicher Aufmerksamkeit. Die Public Netbase wiederum existiert nicht länger, was eine Positionierung ihr gegenüber nicht mehr nötig und möglich macht.

Diese „Erfolge“ sind jedoch an eine Reihe negativer Auswirkungen gekoppelt. Die gescheiterte Umsetzung eines Modells von Selbstbestimmung und -organisation ist aus Sicht Netznetz' wohl die gewichtigste von ihnen. Auf Grund einer meiner Meinung nach falsch verstandenen und außerdem nie wirklich umgesetzten „Selbstbestimmung“ schaffte es Netznetz nicht, sich von bereits existierenden, basisdemokratischen Organisationsmodellen zu emanzipieren. Stattdessen übernahmen seine Mitglieder eine Verantwortung, die eigentlich beim Staat liegen sollte, und waren gezwungen, sich selbst zu regieren und disziplinieren. All dies führte zu einer Institutionalisierung von Netznetz als Beirat und somit als Teil des Staatsapparates, was wiederum eine gewisse Kritikunfähigkeit dem Staat gegenüber zufolge hatte. Da im Inneren von Netznetz zudem eine hohe Konkurrenz zwischen KünstlerInnen und Projekten existiert, die jede/n Einzelne/n dazu zwingen, „UnternehmerIn ihrer/seiner Selbst“ zu sein, erzieht Netznetz zu einem mit den Charakteristika des homo oeconomicus konformen Verhalten. Gemeinsam mit der Tendenz zur Förderung netzkultureller Projekte, die ein hohes wirtschaftliches Innovationspotential versprechen, werden so AkteurInnen für die Creative Industries produziert, die zu jenem „idealen Stammpersonal der New Economy“ gezählt werden können, von dem Georg Schöllhammer spricht.

Durch Netznetz wurde weiters nicht nur jene für den Neoliberalismus so essentielle, Konkurrenz- und Wettbewerbssituation verstärkt, es kam auch zu einer zunehmenden Informalisierung und Personalisierung der Förderpraxis.

Für die Stadt Wien bedeutete Netznetz zumindest anfangs die Umsetzung der Idee einer sich selbst regierenden Zivilgesellschaft, wie sie von den TheoretikerInnen der Gouvernance vorgeschlagen wird. Dies war freilich mit dem Verzicht auf einen Teil der Regierungsverantwortung verbunden sowie mit einer Entwicklung weg von einer gestaltenden, hin zu einer ermöglichenden Regierung. Gemeinsam mit dem staatlichen Gestaltungsanspruch ging auch der politische Skandal der Demokratie verloren. Aus einer Gesellschaft, in der jede/r ein Recht auf Anteilhabe am öffentlichen und politischen Geschehen hat, wurde eine, in der die Entscheidungsbefugnisse bei ExperInnen und Betroffenen liegen. Ergebnis eines solchen Gesellschaftsverständnisses ist die Ablösung einer umfassenden, als Gemeinschaft verstandenen Gesamtgesellschaft durch partikulare Teilgesellschaften oder Communities, die unabhängig von den anderen Gesellschaftsteilen agieren.

Die Konstitution von Netznetz als Community hatte für die MA7 allerdings den Vorteil einer besseren Übersichtlichkeit über die Netzkunst- und -kulturszene und ging mit einer leichteren Regierbarkeit der einzelnen AkteurInnen einher.

Umso weniger Netznetz als Förder- und Regierungsinstrument funktionierte, umso weniger ihm die Regelung der verschiedensten Interessen der „Community“ gelang, die sich als bei weitem nicht so homogen wie angenommen herausstellte, umso weniger „Erfolg“ die Selbstregierung also hatte, umso vehementer wurden auch die Eingriffe der Stadtregierung. Da Netznetz somit nicht länger „nützlich“ für die Verwaltung war und außerdem nie wirklich den erhofften Gewinn an sozialem und kulturellem Kapital gebracht hatte, war es auch als Regierungsinstrument nicht länger legitim.

Für mich persönlich hat die Auseinandersetzung mit Netznetz, neben der Erkenntnis, wie schwer es sein kann, sich über herrschende gesellschaftliche Logiken hinwegzusetzen, vor allem eine gewisse „Entromantisierung“ des Begriffes der Zivilgesellschaft gebracht. Während aus meiner Sicht lange die emanzipative und herrschaftskritische Funktion der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt stand und ich den von ihr besetzten Bereich als den einzigen sah, in dem Kämpfe um gesellschaftliche Emanzipation eine Aussicht auf Erfolg haben, fällt es mir mittlerweile schwer, an dieser Perspektive festzuhalten. An Hand von Netznetz zeigt sich nämlich, dass nicht nur Institutionen der Zivilgesellschaft, die einen herrschaftssichernden Anspruch haben, zu Orten der Kritik werden können, sondern auch das Gegenteil der Fall sein kann. Ziel von Netznetz war unter anderem, ein größeres Mitsprache- und Selbstbestimmungsrecht der Einzelnen, das

Ergebnis war eine Instrumentalisierung seiner Mitglieder für Regierungszwecke.

Aus dieser Feststellung ergibt sich unmittelbar die Frage nach der Möglichkeit von Selbstbestimmung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen und Verbindungen, die zwar in der Partizipation und Teilhabe am demokratiepolitischen Geschehen resultiert, nicht jedoch in der Instrumentalisierung durch Regierungstechniken endet. Damit verbunden ist die Suche nach einer Selbstbestimmungs- und Organisationsform, in der Freiheit nicht mit Prekarität, Unabhängigkeit nicht mit dem Verlust sozialer Sicherheiten und Kritik nicht mit einer treibenden Produktivkraft gleichgesetzt wird.

So essentiell mir die Beantwortung dieser Frage auch erscheint, Gegenstand meiner Diplomarbeit war sie höchstens am Rande. Ich denke jedoch, dass die Antwort nie eine allgemein gültige sein und nur in einer Pluralität von Organisationsformen bestehen kann, die stets auf den konkreten Kontext Bezug nehmen müssen. Für Netznetz etwa glaube ich in der gegenwärtigen Situation nicht an die Möglichkeit von Selbstbestimmung, einfach weil es nicht gleichzeitig ein staatliches Instrument zur Vergabe von Fördermitteln und selbstbestimmt sein kann. Ein wirklich unabhängiges, selbstbestimmtes Netznetz mit gesellschaftskritischer Funktion ist nur dann möglich, wenn es nicht gleichzeitig Instrument der (Selbst-)Regierung ist. Vor diesem Hintergrund sehe ich das Ende von Netznetz als Fördersystem durchaus positiv, auch weil, mit der endgültigen Auflösung des Kooperationsverhältnisses mit der Stadt, zivilgesellschaftliche Emanzipationsversuche der beteiligten Netzkunst- und -kulturschaffenden wieder ermöglicht werden.

7. LITERATUR

Arondel, Philippe und Madeleine Arondel-Rohaut (2007) Gouvernance. Une démocratie sans le peuple? Paris.

Becker, Konrad und Martin Wassermair. Public Netbase. A Political Controversy. in: Ćurčić, Branka und Zoran Pantelić (2008) Public Netbase: Non Stop Futur. New Practices in Art and Media. Frankfurt. S.276-279

Bochmann, Klaus und Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.) (1992) Antonio Gramsci. Gefängnishefte. Hefte 6-7. Hamburg.

Bogner, Dieter (Hrsg.) (1999) Weißbuch. Zur Reform der Kulturpolitik in Österreich. Wien.

Botnick, Irmgard und Alfred Smudits (Hrsg.)(1996) Elektronische Kultur zwischen Politik und Markt. Kulturindustrie und Medienpolitik in Österreich. Wien

de Sousa Webber, Francisco. Building a Netbase from Scratch. in: Ćurčić, Branka und Zoran Pantelić (2008) Public Netbase: Non Stop Futur. New Practices in Art and Media. Frankfurt. S.272-275

IG Autorinnen Autoren. Die Förderung der Kunst ist eine gesetzlich festgelegte Verpflichtung. Grundsatzbeschlüsse des Präsidiums, der Geschäftsführung und des Vorstands der IG Autorinnen Autoren zum Umgang mit der neuen Österreichischen Bundesregierung. in: Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien. S.155-159

Knapp, Marion (2005) Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation. Kontinuität und Diskontinuität in der Kulturpolitik des Bundes seit 1945. Frankfurt am Main.

Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe (1991 [1985]) Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien

Lösche, Peter: Direkte Demokratie. in: Nohlen, Dieter und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.) (2002) Lexikon der Politikwissenschaft. Band 1. München. S.151f

- Ludwig, Katharina. Opposing Nest Culture. The Political Conflicts of Public Netbase 1994-2006. in: Ćurčić, Branka und Zoran Pantelić (2008) Public Netbase: Non Stop Futur. New Practices in Art and Media. Frankfurt. S.280-285
- Marchaft, Oliver. Kulturarbeit als „freie Opposition“ in: Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien. S.49 – 55
- Metscher, Thomas: Zivilgesellschaft und Kultur. in: Borek, Johanna, Birge Krondorfer und Julius Mende (Hrsg.) Kulturen des Widerstandes. Texte zu Antonio Gramsci. Wien. S.39ff
- Mießgang, Thomas. Kultur? Zurück in die Zukunft. in: Becker, Konrad und Martin Wassermair (Hrsg.) (2008) Kampfzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik. Wien. S.109-119
- Mokre, Monika. Wo rechtskonservative Kulturpolitik passiert. Das MuseumsQuartier Wien. in: Becker, Konrad und Martin Wassermair (Hrsg.) (2008) Kampfzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik. Wien. S.98-108
- Morak, Franz (Hrsg.) (1999) Die organisierte Kreativität. Kulturpolitik an der Wende zum 21. Jahrhundert. Wien.
- Peljhan, Marko. On the S77CCR-Consortium. in: Ćurčić, Branka und Zoran Pantelić (2008) Public Netbase: Non Stop Futur. New Practices in Art and Media. Frankfurt. S.138f
- Rancière, Jacques (1995) La mésentente. Paris
- Rancière, Jacques (2005) La haine de la démocratie. Paris
- Raschke, Joachim (1987) Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt.
- Raunig, Gerald. Repression: Intensity increasing. Zwischen schleichender Repression und offenem Kulturkampf. in: Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien. S.21-28
- Reinfeldt, Sebastian. Charta „Opposition braucht Regeln“ in: Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien. S.149-151

- Riedl, Joachim. Kultur war einmal. Sozialdemokraten wissen nichts mehr mit Bildung anzufangen, also besetzen sie das Ressort. in: Becker, Konrad und Martin Wassermair (Hrsg.) (2008) Kampfbzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik. Wien. S.176-187
- Rieger, Günther. Selbstbestimmungsrecht. in: Nohlen, Dieter und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.) (2002) Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2. München. S. 832f
- Rose, Nicolas. Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. in: Bröckling, Ulrich (Hrsg.) (2000) Gouvernamentalität der Gegenwart. Frankfurt am Main.
- Roth, Roland (1994) Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Weg zur politischen Institution. Köln. S.165
- Schöllhammer, Georg. Einige Lehren aus den Neunziger Jahren. Oder: was das ist eigentlich, eine kritische Institution im Kulturbetrieb? in: Becker, Konrad und Martin Wassermair (Hrsg.) (2008) Kampfbzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik. Wien. S.164-175
- Schwendtner, Rolf. Die Zivilgesellschaft ist mehrheitlich arm. in: Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien. S.37-46
- Sennelart, Michel (Hrsg.) (2006 [2004]) Michel Foucault. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernamentalität I. Vorlesung am Collège de France 1977 – 1978. Frankfurt.
- Sennelart, Michel (Hrsg.) (2006 [2004]) Michel Foucault. Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernamentalität II. Vorlesung am Collège de France 1978 – 1979. Frankfurt.
- Sternstein, Wolfgang: Keine Macht für niemand! in: Offe, Claus (Hrsg.) (1984) An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. S. 282-296
- SPÖ (1998) Das Grundsatzprogramm. Wien
- Thibaut, Bernhard. Selbstverwaltung. in: Nohlen, Dieter und Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.) (2002) Lexikon der Politikwissenschaft. Band 2. München. S. 834
- Travner, Dagmar. Rechte Nichtkultur versus subversive „Unkultur“. Vom Nichtvorhandensein einer schwarz-blauen Kulturpolitik. in: Becker, Konrad und Martin Wassermair (Hrsg.) (2008) Kampfbzonen in Kunst und Medien. Texte zur Zukunft der Kulturpolitik. Wien. S.46-52

Vandamme, Ralf (2000) Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Frankfurt. S.19

Wagner, Manfred (1991) Kultur und Politik. Politik und Kunst. Wien

Zöchling, Robert. Kritik statt Sektor. Es gibt keine Öffentlichkeit – es sei denn, wir schaffen sie. in: Raunig, Gerald (Hrsg.) (2000) Sektor3/Kultur. Widerstand, Kulturarbeit, Zivilgesellschaft. Wien. S.71-84

7.1. WEB

Mailingliste Netznetz (Archiv): <http://listen.esel.at/pipermail/liste/>

Netznetz Wiki: <http://netznetz.net/wiki/Hauptseite>

Super.net „Liebe community, es gibt euch gar nicht....“ 5. April 2006
<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003147.html> (30.12.2008)

Bernhard, Hans „Presse Mitteilung Netznetz“ 2. Mai 2006
<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-May/003463.html> (17.12. 2008)

binsh „Hacking Workshop - „Unsere eigene Bank“ - Einladung“ 26. Februar 2005
<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2005-February/000984.html> (11.12.2008)

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur „Kunstbericht 2006“ 2007
http://www.bmukk.gv.at/medienpool/15397/kunstbericht_2006.pdf (20.11.2008)

esel „results“ 14. Dezember 2005 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2005-December/002426.html> (12. Dezember 2008)

esel, monochrom und Team Teichenberg „Hybrid Cultures. Practices in Cultural Industries.“ 2003 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2007-September/006832.html> (10.2.2009)

Göschl, Valie und Sari Zott „Protokoll 26.November 2007“ 29. November 2007
<http://listen.esel.at/pipermail/liste/attachments/20071129/4d842810/attachment-0001.doc>
(2.1.2009)

Haefele, Simon, Andreas Trawöger & Stefan Lutschinger „Einladung zur Abstimmung am 3.4. um 17:30 im Depot“ 29. März 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-March/003003.html> (10. 12. 2008)

- Kaos „Stadtgespräch 04“ 12. November 2007 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2007-November/007162.html> (12.12.2008)
- Klausner, Thomas „Mana – Busreisen“ 21. April 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003315.html> (30.12.2008)
- Kuhm, Peter „wahltotal.at“ 15. November 2008 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2008-November/008029.html> (31.12.2008)
- Lutschinger, Stefan „Habemus Datam: Endergebnisse des 1. Community Game“ 28. April 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003448.html> (30.12.2008)
- Lutschinger, Stefan „Mana Community Game – Wahlprocedere“ 21. April 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003329.html> (30.12.2008)
- Lutschinger, Stefan „Wichtige Communiy NFO“ 18. März 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-March/002903.html> (12.12.2008)
- MA7 „Förderung der digitalen Kunst und Kultur ab 2008“ <http://listen.esel.at/pipermail/liste/attachments/20071112/ff8fbb44/attachment-0001.doc> (2.1.2009)
- Mair, Martin „danke, backbone voters!“ 4. April 2006 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003123.html> (30.12.2008)
- Mair, Martin „Zweierlei Mass bei der Wahlzulassung“ 6. Oktober 2008 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2008-October/007950.html> (31.12.2008)
- monochrom „monochrom #15-23“ <http://www.monochrom.at/mono/inhalt15-23.htm> (12.2.2008)
- monochrom „Call for Everything. monochrom #26-34“ <http://www.monochrom.at/mono/monochrom26-34/> (12.2.2008)
- Netznetz. „Evolution2009 – Zur Situation – Jetzt“ 8. Dezember 2008 [http://netznetz.net/wiki/Evolution2009 - Zur Situation - Jetzt](http://netznetz.net/wiki/Evolution2009_-_Zur_Situation_-_Jetzt) (12.12.2008)
- Netznetz „Geschichte“ <http://netznetz.net/wiki/Geschichte> (2.1.2009)
- Netznetz. „Netznetz“ 9. Dezember 2008 <http://netznetz.net/wiki/Hauptseite> (11.12.2008)

Netznetz „Producer_Points_Endergebnis“ 5. Oktober 2008

http://netznetz.net/wiki/images/8/81/Projekte-20082H-Producer_Points_Endergebnis.ods
(31.12.2008)

Netznetz „Stellungnahme von Netznetz zum sogenannten Förderungsfahrplan der Stadt Wien für digitale Kunst und Kultur für 2008“ 26. November 2007

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2007-November/007257.html> (2.1.2009) (im Anhang)

Netznetz. „Vergabewahl Network, Backbone 2006-11-26“ 25. Jänner 2008

http://netznetz.net/wiki/Vergabewahl_Network%2C_Backbone_2006-11-26 (12.12.2008)

„Neumann's Play Off“ 27. Jänner 2007 <http://www.joenoname.com/neumann-s/dokumentation.php> (31.12.2008)

Pianka, Joanna „Zur Situation. Jetzt.“ 7. Dezember 2008 <http://listen.esel.at/pipermail/liste/2008-December/008080.html> (2.1.2009)

Stadt Wien „4. Sitzung vom 14. Dezember 2005“ 14. Dezember 2005

<http://www.wien.gv.at/mdb/gr/2005/gr-004-w-2005-12-14-001.htm> (30.12.2008)

Tarasiewicz, Matthias „Final Call netznetz software-sprint 9.- 13. August“ 28. Juli 2005

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2005-July/001596.html> (11.12.2008)

Tarasiewicz, Matthias „Liebe community, es gibt euch gar nicht...“ 6. April 2006

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2006-April/003151.html> (30.12.2008)

Turner, Thomas „Netzkulturenförderung redone V1.0“ 17. März 2005

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2005-March/001007.html> (2.1.2009)

Turner, Thomas „Förderlandschaft reloaded 1.0“ 23. März 2005

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2005-March/001019.html> (2.1.2009)

Trawöger, Andreas „In Peanuts We Trust“ 11. September 2006

http://netznetz.net/wiki/Bild:In_Peanuts_we_Trust.pdf (10. 12. 2008)

Zeltner, Michael „NetzNetz 2008 – Infomail #3“ 15. Jänner 2008

<http://listen.esel.at/pipermail/liste/2008-January/007425.html> (31.12.2008)

7.2. ZEITUNGSARTIKEL

APA. Einstweilige Verfügung gegen Haider. in: Der Standard vom 30. September 1998, S.9

Rollig, Stella und Wolfgang Zinggl. Happy End auf der Baustelle? in: Der Standard vom 27. April 2000, S.33

Trenkler, Thomas. Kulturschau. in: Der Standard vom 30. November 2000, S.15

Trenkler, Thomas. Museumsquartier und Zwickmühle. in: Der Standard vom 26. Mai 2000, S.2

Trenkler, Thomas. Triste Bilanz im letzten Paradies. in: Der Standard vom 2. Juli 2003, S.23

Trenkler, Thomas. Wie Franz Morak Entscheidungen fällt. in: Der Standard vom 17. Februar 2001, S.18

„Kunstherzmansky“ als „Touristenfalle“. in: Der Standard vom 17. November 2000. S.11

„sex.net“: Netbase klagt die FPÖ. in: Der Standard vom 15. Juli 1998, S.15

Subventionskürzung für Public Netbase. in: Der Standard vom 6. März 2001, S.16

8. ANHANG

8.1. INTERVIEWS

Anhang 1

Interview mit Lorenz Seidler
in Reichenau

esel in reichenau.mpg

Anhang 2

Interview mit Sylvia Faßl-Vogler
am 29. Jänner 2009 in der MA7

fassl_vogler_290109.mp3

Anhang 3

Interview mit Johannes Grenzfurthner
am 22. Jänner 2009 bei monochrom

grenzfurthner_220109.mp3

Anhang 4

Interview mit Hans Bernhard
in Reichenau

hans bernhard in reichenau.mp4

Anhang 5

Interview mit Johannes Grenzfurthner
in Reichenau

johannes grenzfurthner in reichenau.mp4

Anhang 6

Interview mit Julia Starsky
in Reichenau

julia starsky in reichenau.mpg

Anhang 7

Interview mit Leo Findeisen
in Reichenau

leo findeisen in reichenau.mp4

Anhang 8

Interview mit Liz Haas
in Reichenau

lizvix in reichenau.mpg

Anhang 9

Interview mit Magnus Wurzer
in Reichenau

magnus wurzer in reichenau.mpg

Anhang 10

Interview mit Matthias Tarasiewicz und
Michael Wlodkowski
am 28. November 2008 im Café Leopold

mic_parasew_281108.mp3

Anhang 11

Interview mit Stefan Lutschinger
in Reichenau

stefan lutschinger in reichenau.mp4

Anhang 12

Interview mit Stefan Nussbaumer
in Reichenau

stefan nussbaumer in reichenau.mpg

Anhang 13

Interview mit Thomas Thurner
am 18. Dezember 2008 im MQ daily

thomas_th_121208.mp3

Anhang 14

Interview mit Thomas Thurner
in Reichenau

thomas thurner in reichenau.mpg

8.2. ABSTRACT DEUTSCH

Netznetz bezeichnet das Wiener Fördermodell für Netzkunst und -kultur, das im Frühjahr 2006 in Kraft trat. Entwickelt wurde es von einem Teil der Wiener Netzkunst- und kulturszene, die sich als Gruppe ebenso Netznetz nennt, gemeinsam mit VertreterInnen der Wiener Kulturabteilung. Der Grundgedanke des Modells besteht darin, dass die „Szene“, die mit der Gruppe Netznetz gleichgesetzt wird, in Wahlen selbst über die Verteilung der Fördermittel bestimmt.

Ziel meiner Arbeit ist nun nicht nur die Vorstellung dieses Fördermodells, sondern auch eine Antwort auf die Frage nach den Logiken, Strategien, Hoffnungen und Erwartungen hinter der Gründung bzw. Unterstützung des Modells Netznetz.

Um diese Fragestellung zu beantworten erfolgt anfangs eine Einordnung in die kulturpolitische Geschichte Österreichs. Besondere Beachtung erfährt dabei der immer mehr an Bedeutung gewinnende Sektor der Creative Industries sowie jener Akteur, der bis zur Etablierung von Netznetz eine vorherrschende Stellung in der Wiener Netzkunst- und -kulturszene einnahm, die Public Netbase.

Anschließend wird ein Blick auf die beiden Theoriestränge geworfen, die immer wieder zur Analyse Netznetz', zu seiner Kritik und seiner Verteidigung herangezogen werden:

Der erste verortet Netznetz im Feld der Selbstbestimmung und sieht im Fördermodell eine Möglichkeit der Anteilhabe von Regierten an den sie betreffenden Entscheidungen. Netznetz wird so zu einer Umsetzung der Idee von direkter Demokratie und Basisdemokratie sowie zu einem Beispiel von Gouvernance.

Der zweite hingegen versteht das Modell als eine Abgabe staatlicher Verantwortung, eine Form neoliberaler Gesellschaftskontrolle und als Ende des politischen „Skandals der Demokratie“ Jacques Rancières. Damit knüpft er an die Gouvernamentalitätstheorie Foucaults sowie an die kritische Gouvernancetheorie an.

Ebenso von Bedeutung ist das Konzept der Zivilgesellschaft und besonders das Spannungsfeld zwischen ihrer affirmativen, herrschaftssichernden Funktion und der kritischen, die das Potential von Widerstand in sich trägt.

All diese theoretischen Aspekte führen, zusammengedacht und in Kombination mit Informationen aus Interviews sowie aus der Mailingliste und dem Wiki von Netznetz, schließlich zu einem Bild des Fördermodells, das sich nicht nur reaktiv klar in neoliberale Logiken einschreiben, sondern auch erahnen lässt, wie und warum der affirmative und herrschaftssichernde Charakter von Zivilgesellschaft siegte.

8.3. ABSTRACT ENGLISH

Netznetz is the name given to the Viennese state sponsorship for netart and -culture, that was established in the spring of 2006. It has been developed by a section of the Viennese netart- and -culturescene, also calling itself „Netznetz“, in co-operation with representatives of the city's cultural council. The basic idea of the sponsorship model resides in the fact that the „cultural scene“ itself, which Netznetz is considered to represent entirely, gets to decide about the distribution of grants through elections.

The presentation of this sponsorship model is not the only objective of my paper. I also try to find out more about the logic, the strategies, the hopes and expectations behind the creation and support of the Netznetz model.

In order to be able to answer this question, Netznetz is first placed within the context of the Austrian history of cultural politics. Special attention is paid to the sector of Creative Industries, that is steadily gaining momentum as well as to the status of Public Netbase, an institution that dominated the field of netart and -culture until Netznetz came into being.

Subsequently two theoretical lines of thought are taken into account, which are constantly referred to when an analysis, a critic or defence of Netznetz is in question:

The first considers Netznetz as a manifestation of self-determination and as a possibility for the governed to take part in those decision, with which they are concerned. Netznetz therefore represents the realisation of the idea of direct and grass-roots democracy as well as an example of governance.

The second, on the contrary, sees in the model the abandonment of state responsibility, a form of neoliberal control of society and the end of Jacques Rancière's political „scandal of democracy“. This line of thought stands in the tradition of both Foucault's theory of „gouvernementalité“ and critical theories of governance.

Another element that is being taken into consideration, is the concept of civil society and the

conflicting field of its affirmative function, supporting authority, and the critical one, facilitating resistance.

If all these theoretical aspects are combined and complemented with information gathered through interviews as well as through Netznetz's wiki and mailinglist, they result in an image of the sponsorship model, that clearly has to be considered neoliberal. At the same time it helps the reader to get an idea on why the affirmative, authority supporting function of civil society triumphed over the revolutionary.

8.4. LEBENSLAUF

Persönliche Daten

<i>Name</i>	Barbara Essig
<i>Adresse</i>	Turmburggasse 8/8, 1060 Wien
<i>Telefonnummer</i>	+43 680 1236241
<i>E-mail</i>	barbara.essig@sciences-po.org
<i>Geburtsdatum</i>	17.09.1984

Schulische Ausbildung

<i>Datum</i>	1995 – 2003 Gymnasium Dachsberg, Prambachkirchen (OÖ)
<i>Datum</i>	2000/2001 Austauschjahr an der Tuscaloosa County High School, Alabama, USA
<i>Datum</i>	2003 Matura mit ausgezeichnetem Erfolg

Studium

<i>Seit</i>	Oktober 2003 Politikwissenschaft an der Universität Wien
<i>Datum</i>	Oktober 2003 – Oktober 2005 Physik an der Universität Wien (erster Studienabschnitt)
<i>Datum</i>	25. Oktober 2005 Erster Studienabschnitt Politikwissenschaft mit Auszeichnung
<i>Datum</i>	September 2006 – Juli 2007 IEP de Paris Diplôme du Programme International, mention bien

Studienrelevante Berufserfahrung

<i>Datum</i>	Oktober 2005 – September 2006
<i>Unternehmen</i>	Super.net - Kulturinitiative zur Förderung, Forschung, Entwicklung und Vernetzung von Medien, Kunst und Technologie im Museumsquartier Wien
<i>Tätigkeit</i>	Künstlerbetreuung und Ausstellungsorganisation, Presse
<i>Datum</i>	Oktober 2007 – März 2008
<i>Unternehmen</i>	IG Kultur Wien
<i>Tätigkeit</i>	Praktikum: Artikel über Kulturpolitik, organisatorische und administrative Tätigkeiten

Sprachkenntnisse

<i>Deutsch</i>	Muttersprache
<i>Englisch</i>	fließend
<i>Französisch</i>	fließend
<i>Spanisch</i>	Grundkenntnisse
<i>Latein</i>	Grundkenntnisse